D 20930 E

# links

## Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 72
Dezember '75 DM 1,50

Bild aus der Serie portugiesischer Plakate; siehe Kasten Seite 19

# Zuspitzung des Konflikts in Portugal

Die Flugzeuge, die von einer NATO-Luftwaffenbasis nördlich Lissabons zum Manöver ausfliegen sollten, waren mit scharfer Munition bewaffnet. Die Hubschrauber wurden (nach amerikanischem Vorbild aus Vietnam) mit schweren Maschinengewehren und Raketen ausgerüstet. Das Manöver sollte vom 7. bis 9. November stattfinden, also unmittelbar vor der Unabhängigkeit Angolas. Rund 10 000 Soldaten sollten im Norden Portugals konzentriert werden. Der Manöverfeind stand im Süden. Unmittelbar zuvor war beschlossen worden, Tausende von Soldaten, die am 25. April beteiligt gewesen waren, zu demobilisieren. Gleichzeitig sollte eine neue Sicherheitstruppe aufgestellt werden, die AMI, die aus traditionell rechten Regimentern (Comandos, Fallschirmjäger) zusammengesetzt, als Gegengewicht zum COPCON geplant war. Das Beunruhigendste an diesen Manövern war, daß sie unter Oberaufsicht der Luftwaffe stattfinden sollten, wobei die Marine fast völlig ausgeschaltet war.

Die „Manöver" fanden nicht statt. Aus drei Gründen: eine Wachsamkeitskommission der Armee hatte Pläne und Hintergründe für diese Manöver rechtzeitig veröffentlicht. Ein Kreuzer der Marine war vorsichtshalber in Schußweite des Luftwaffenstützpunktes aufgetaucht. Am entscheidensten jedoch war vielleicht die Weigerung der Soldaten und Sergeanten (Techniker, Bodenpersonal), sich an den Manövervorbereitungen des Luftwaffenstützpunktes zu beteiligen. Sie solidarisierten sich mit den Soldatenkomitees in Lissabon (SUV), die zu höchster Wachsamkeit aufgerufen hatten.

Damit war zunächst diese Etappe einer Lösung à la Chile, zu der auch die Versuche einer Kaltstellung von Copcon-Chef Carvalho und Heereschef Fabiao gehören, gescheitert. Die sechste Regierung unter Vizeadmiral Azevedo, deren Schlüsselpositionen von der Sozialistischen Partei besetzt sind, geriet immer mehr in die Defensive, nachdem es ihr nicht gelang, Land- und Industriearbeiter in ihr politisches Projekt (Dokument der Neun) zu integrieren. Trotz massiver finanzieller Unterstützung durch das westliche Ausland (vergleiche „New York Times" — Bericht über CIA-Gelder), gelang es den PS-Sozialisten nicht, mit einer modernst ausgestatteten Presse

FORTSETZUNG SEITE 3

## In dieser Ausgabe:

**Portugal**
Rosa Cravos: Zuspitzung des Konflikts 1/3
SB-Portugalkampagne 2
Heinz Hauser: In Sachen Soares-Kundgebung 2/21

**Kommentare**
Benjamin Stein: Spanien 3
Roland Roth: SPD-Parteitag 5
H. E. Brand: Tarifrunde 7
B. Hagenauer/S. Lohr: Druckerstreik in Hannover 9
SB-Genossen Marburg: AStA-Kampf 9

**Strategie**
W. D. Narr: Warten auf eine Strategie 11

**Krise**
Arvidsson/Berntson: Die Lage in Dänemark 15

**International**
B. Decke/W. Krebs: Angola 17

**Dokumentation**
Gespräch mit einer spanischen Mutter 23
Lip-Frauen 24

**Modelle**
Anti-Repression 26
Gefangenenarbeit 26

# „Und dann habt ihr 3000 Wohnungen besetzt?“
# Zur Portugal-Solidaritätskampagne des SB

Portugiesische Genossen, Betriebskollegen und SB-Vertreter bei einer Diskussion in Stuttgar

Zustimmendes Lächeln mehrerer Frauen im Saal fanden die Worte des Genossen Fernando Almeida aus Setubal im Süden Portugals, als er von der Besetzung des örtlichen Tennisplatzes und dessen Nutzung als Kindergarten sprach. Offenen Beifall fanden seine Worte bei diesen Frauen, als er die Besetzung von 3000 leerstehenden Wohnungen und deren Verteilung an die Ärmsten in der Stadt schilderte. Die Frauen waren aus Erwitte. Almeida ist Mitglied im Comite de Luta in Setubal. Dieses „Kampfkomitee“ ist die Vereinigung von einigen hundert Arbeiter-, Bewohner- und Soldatenkommissionen in dieser drittgrößten Industriestadt Portugals. Almeida selbst arbeitet auf der Setenave-Werft.

„Ich bin Soldat in der Bundeswehr, ich habe den Film ‚Viva Portugal‘ zusammen mit mehreren deutschen, französischen und amerikanischen Soldaten gesehen. Wir haben sehr schnell festgestellt, daß wir sehr viel gemeinsam haben. Wir werden niemals unsere Waffen gegen Portugal erheben.“ So ein Genosse in Stuttgart. Spontan griff in Ludwigsburg ein portugiesischer Arbeiter zum Mikrofon, um „den deutschen Genossen zu danken, daß sie endlich die Initiative ergriffen haben, um den Lügen der westdeutschen Presse die Wahrheit über die Entwicklung in Portugal entgegenzusetzen.“

Szenen aus der Portugal-Solidaritätskampagne des Sozialistischen Büros. In rund 20 Städten der BRD und in Westberlin wurde bei über 50 Veranstaltungen der Film „Viva Portugal“ gezeigt, traten portugiesische Genossen auf großen öffentlichen Diskussionsforen auf, gab es in kleineren Gesprächskreisen die Möglichkeit für deutsche Arbeiter, mit ihren portugiesischen Kollegen zu diskutieren, konnten sich Medienarbeiter über „Republica“ und Radio Renascenca informieren. Vertreter von Bürgerinitiativen, Sozialarbeiter und Genossen aus dem Gesundheitswesen sprachen mit dem Mitglied einer Bewohnerkommission bei Lissabon, und ein Kreis junger Landwirt diskutierte mit dem Vertreter einer Landkooperative.

An der Kampagne beteiligten sich Joao Freire, Journalist bei der „Republica“, als Vertreter des Sekretariats der FUR; Fernando Sousa von Radio Renascenca; Jorge Rato von der Bewohnerkommission in Cova da Piedade, einem Arbeitervorort von Lissabon; Fernando Almeida vom „Kampfkomitee“ in Setubal; Victor N. für die SUV; Wilelmo Henriquez, Bauer aus der Landkooperative von Quebradas; Matos Gomes, Hauptmann in der Armee; Adelino Gomes, Reporter bei Radio Clube Portugues und Artur Cardoso, Setzer und Mitglied der Arbeiterkommission der „Republica“. In den letzten Tagen der Kampagne im süddeutschen Raum trat außerdem Francisco Fanhais auf, neben José Afonso einer der bekanntesten Sänger des neuen Portugal.

Bezeichnend war, daß diese für bundesrepublikanische Verhältnisse bisher wohl einmalige Repräsentanz der Basisorganisationen der portugiesischen Revolution kaum Widerhall in der hiesigen Presse fand. Diese, sich selbst wohlgefällig, ausgewogen und pluralistisch nennenden Medien zeigten sich – abgesehen von wenigen Ausnahmen – an dieser Solidaritätskampagne für die portugiesische Revolution uninteressiert. Das sorgsam aufgebaute Trugbild von der kommunistischen Unterwanderung sollte wohl nicht gestört werden.

Anderer Meinung waren da die etwa 12 000 Teilnehmer auf den verschiedenen Veranstaltungen und die mehr als 8000 Zuschauer bei den Aufführungen von „Viva Portugal“, die dem Film an vielen Stellen lebhaften Beifall spendeten. Sie alle konnten sehr viel Konkretes über die Entwicklung des revolutionären Prozesses in Portugal hören. Auch allgemeinere Aussagen wurden von den portugiesischen Genossen zur Diskussion gestellt: daß die Basis der PCP und zum Teil auch die der PS durchaus in den Arbeiter- und Bewohnerkommissionen und den Landkooperativen mitarbeitet; aber auch, daß die Politik der PS-Führung einer reaktionären Rückentwicklung Vorschub leistet; daß die PCP deshalb vor allem zu kritisieren sei, weil ihre nicht von der Basis getragene Politik der Übernahme von Machtpositionen die Ausschreitungen im Norden mit verschuldet hätte; daß die FUR sich nicht so schnell entwickle, wie es der revolutionäre Prozeß in der autonomen Basisbewegung eigentlich erforderlich macht.

Da bei den Veranstaltungen die konkrete Darstellung und Analyse der portugiesischen Genossen im Vordergrund stand, war – abgesehen von einigen Störversuchen der „KPD“, die ihre Unterstützung der 6. Regierung zum Ausdruck bringen wollte – durchweg eine solidarische Diskussion möglich, wobei neben SB-Gruppen und SB-Sympathisanten auch Genossen von anderen linken Organisationen und örtlichen Portugalgruppen teilnahmen.

Und nun noch zu einem wichtigen, dem finanziellen Aspekt: Im Rahmen der Kampagne wurden DM 35 000,– gespendet (neben den Eintrittsgeldern von rund DM 20 000.– zur Finanzierung der Veranstaltungen). Während der Kampagne wurden davon den portugiesischen Genossen übergeben: DM 10 000,– zum Wiederaufbau des gesprengten Senders von Radio Renascenca; DM 3000,– an die Arbeiterkommission der „Republica“; DM 5000,– an das Sekretariat der FUR; DM 3000,– an das Sekretariat der SUV; DM 3000,– an das „Kampfkomitee in Setubal“; DM 5000,– an die Landkooperative von Quebradas und DM 3000,– an die Bewohnerkommission von Cova da Piedade.

## Unser Ziel jetzt: DM 100.000 für Portugal

Über das Portugal-Solidaritätskonto des SB konnten einschließlich der Spendenergebnisse der Portugal-Kampagne inzwischen über DM 70 000 für die Unterstützung von Basisprojekten und die Organisationen der revolutionären Linken gesammelt werden. Rund DM 60 000 wurden bereits nach Portugal gebracht bzw. den portugiesischen Teilnehmern der SB-Portugalkampagne mitgegeben. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis zum 31. Dezember DM 100 000 zusammenzubekommen. Gerade die aktuelle Entwicklung in Portugal erfordert mehr denn je die finanzielle Unterstützung durch die linke Bewegung in den westeuropäischen Ländern. Spenden sind einzuzahlen an Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach Nr. 17455702.

Aus Platzgründen und da die Portugalkampagne bei Endumbruch noch in Gang war, konnte für „links“ nur dieser Kurzbericht verfaßt werden. Eine Auswertung und Gesamteinschätzung der Kampagne erfolgt im Portugal-Rundschreiben 4, das alle Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro erhalten, und das weitere Interessenten gegen Voreinsendung von DM 1,– in Briefmarken beim SB anfordern können.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

# Zuspitzung des Konflikts in Portugal

die Arbeiterschaft zu beeinflussen. Wieder, wie schon im Fall Republica" war ihr Hauptgegner nicht etwa ein Organ der Kommunistischen Partei, sondern ein durch Spenden der Arbeiterschaft finanziertes unabhängiges Instrument der basisdemokratischen Bewegung, Radio Renascena. Die Sprengung der eine Million DM teuren Sendeanlagen zeigte klar die terroristischen Aspekte der Normalisierungspolitik der Sechsten Regierung. Sie entlarvte zugleich die Heuchelei der PS-Propaganda von der absolut notwendigen Sparsamkeit und dem unabdingbaren Pluralismus in der Presse. War dies in sich schon eine politische Bankrotterklärung, so bewirkte die Aktion zugleich auch die Zerstörung ihrer einzigen militärischen Trumpfkarte, des AMI: die an der Operation beteiligten Fallschirmjägersoldaten wandten sich einen Tag später in einem Kommuniqué gegen ihren Mißbrauch (über den sie vorher im Unklaren gelassen worden seien), verlangten ihre Trennung von der AMI und ihre Unterstellung unter das Kommando von Othelo Saraiva de Carvalho.

Als einzige Einheit des AMI und operationelle Truppe auf Seiten der 6. Regierung blieben die Commandos von Amadora. Zumindest weiß man von ihrem Befehlshaber Jaime Neves, daß er bedingungslos zur Politik der 6. Regierung steht. Das Makaberste für die PS von Mario Soares ist vielleicht, daß ausgerechnet dieser Offizier von ihr in der Öffentlichkeit als Vorbild eines Militärs im Revolutionsprozeß dargestellt wird. Enger Freund des Militärattachés der bundesrepublikanischen Botschaft in Lissabon und ständig mit ihm in Kontakt, ist Neves der einzige, der sich bisher öffentlich als Noske angeboten hat: einen Bürgerkrieg brauche man nicht zu scheuen, sondern er sei jetzt notwendig geworden, um die Ordnung wiederherzustellen. Die PS dankte ihm diesen Mut mit einer Unterstützungsdemonstration vor seiner Kaserne. Oberst Jaime Neves gilt als einer der Mitverantwortlichen für die Massaker von Moçambique.

Mit der Gegenoffensive der Linken (Etablierung der SUV, gemeinsame Aktion der Metallarbeiter mit den Landarbeitern des Südens, Zusammenschluß der Arbeiterkommissionen der Schwerindustrie für eine Selbstorganisation und Umstellung der Produktion, Sieg der Bauarbeiter und Mobilisierung von über hunderttausend Demonstranten in Lissabon gegen die Regierung) ist die Sechste Regierung in ihre bisher schwerste Krise geraten. Der Revolutionsrat wurde zu Zugeständnissen in zentralen Fragen gezwungen wie offizielle Aufgabe der Aufstellung der AMI, Wiederanerkennung des Projekts zum Aufbau der Basisdemokratie in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Offizieren und Soldaten, Legalisierung der Rolle des COPCON unter Carvalho beim militärischen Schutz dieser Basisprojekte, Verzicht des „gemäßigten" Offiziers Vasco Lourenço auf die militärische Führung der Region Lissabon, nachdem sämtliche Einheiten dieser Region sich dagegen ausgesprochen hatten.

Nachdem die PS damit in ihrem Kampf gegen die revolutionäre Basis derartige Mißerfolge hinnehmen mußte, drohte sie nun auch, auf dem Feld der Parteipolitik an Terrain zu verlieren. Denn es zeigte sich immer deutlicher, daß die antikommunistische Kampagne von Mario Soares vor allem der Volksdemokratischen Partei (PPD) zugute kam. So mußte Soares im letzten Augenblick seine Teilnahme an einer Unterstützungsdemonstration für die 6. Regierung in Viseu (Nordportugal) absagen, weil sie allzu offensichtlich unter dem Zeichen der PPD und deren Führer Sa Carneiro stand und der PS nur noch die zweite Rolle geblieben wäre. Zugleich waren bei der großen Demonstration der Linken in Lissabon gegen die 6. Regierung zum erstenmal geschlossene Gruppen von PS-Mitgliedern mitmarschiert, was eine offene Herausforderung an die Parteispitze bedeutete.

Trotz dieser Offensive und Mobilisierung der Linken sind die realen Kräfteverhältnisse und die Chancen für ein Fortschreiten des revolutionären Prozesses in Portugal in dieser Stunde nur schwer abzuschätzen. Soeben, als „links" in Druck geht, melden die Agenturen die Besetzung von Flughäfen und Rundfunkanstalten und die Absperrung von Zufahrtsstraßen nach Lissabon durch revolutionäre Militäreinheiten. Diese mußten jedoch ihre Positionen wieder aufgeben, und der Revolutionsrat hat erneut General Carvalho seines Amtes als Kommandeur des Bereiches Lissabon enthoben und beabsichtigt, das COPCON aufzulösen. Der Konflikt um die Durchsetzung oder Verhinderung einer sozialistischen Entwicklung in Portugal tritt offensichtlich in ein Stadium, in dem Einsatz militärischer Gewalt wahrscheinlicher wird, da anscheinend die Regierung Azevedo entschlossen ist, den einmal eingeschlagenen Weg, die Revolution zu stoppen und zurückzudrängen, mit aller Entschiedenheit durchzusetzen und sich die militärischen Mittel zur Verwirklichung dieser Politik zu sichern.

ROSA CRAVOS

### Telegramm vom 26. November

An die FUR (Front der Revolutionären Einheit) und an die SUV (Vereinigte Soldaten werden siegen): Genossen, gleichzeitig mit diesem Telegramm übermitteln wir euren Organisationen je 10.000 DM, um damit — im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten — die portugiesische Revolution und euren schweren und wichtigen Kampf in der gegenwärtigen komplizierten Lage direkt zu unterstützen. Venceremos! Sozialistisches Büro

# Frankismus ohne Franco — oder demokratischer Bruch?

Mit dem Tod Francos verschwindet zunächst nur die Symbolfigur eines brutalen Terrorregimes, nicht aber die diktatorischen Strukturen selbst. Als homogene Machtstruktur existierte der Frankismus bereits zu Lebzeiten Francos nicht mehr:

„Die spanische Börse verzeichnete seit der Erkrankung Francos Aufwärtsbewegungen" (FAZ vom 13. 11. 1975). Deutlich wird dadurch, daß das Franco-Regime in seiner bisherigen Form auch von einem Großteil der spanischen Bourgeoisie als Hemmschuh für eine kapitalistische Entwicklung Spaniens angesehen wird. So streben nicht nur die linke Opposition, sondern auch die bürgerliche Opposition und Gruppierungen, die bislang Stützen des falangistischen Systems bildeten, eine — wenn auch in ihren Zielen unterschiedliche — Beseitigung des bestehenden Systems an.

Doch der Frankismus hat noch starke Stützen in der spanischen Gesellschaft. Der „Bunker", jene Gruppierung also um die Familie Franco, die sich auf den industriellen Sektor stützt, der sich von einem Beitritt Spaniens zur EG nichts erhoffen kann, und auf den agrarischen Großgrundbesitz, ist fest entschlossen, die gegenwärtige Herrschaftsform zu erhalten. Der „Bunker" kann sich dabei auch auf den militärisch ausgerüsteten Repressionsapparat der Guardia Civil, der Policia Armada und der Brigada Social Politico stützen, die ihrerseits von jeder Veränderung zu allererst ihre Auflösung zu befürchten haben. Sprachrohr des „Bunkers" sind falangistische Assoziationen wie die Union Democratica Espagnola (UDE), deren Führer Silva Munoz sich engster Kontakte zu Straußens CSU rühmt und der erst kürzlich offiziell von der CSU zur Eröffnung der Hans Seidel-Stiftung eingeladen wurde.

Eine Art Pseudo-Demokratisierung strebte der Franco-Nachfolger Juan Carlos an, der sich dabei auf Industriefraktionen stützen kann, die mittels einer begrenzten Liberalisierung Zugang zum europäischen Markt erlangen will und die sich stark genug wähnt, den Konkurrenzdruck der EG-Konzerne aushalten zu können. Von einer zu weit gehenden Demokratisierung befürchten sie bereits „portugiesische" Zustände. Ihr Konzept sieht zwar die Zulassung von politischen Parteien vor, es sollen aber alle ausgeschlossen werden, die links von der Sozialdemokratischen PSOE stehen. Dem Parlament weisen sie darüber hinaus nur eine Statistenrolle zu. Diese Position kann voraussichtlich mit starker Sympathie der westeuropäischen Staaten rechnen, deren vorrangiges Ziel es ist, die bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen nicht zu gefährden sowie alle sozialistischen und kommunistischen Organisationen, insbesondere die Kommunistische Partei (PCE) weitmöglichst an der Beteiligung am politischen Bestehen auszuschließen. Dies zeigte sich auch an den lauen Protesten der Bundesregierung gegen die 5 Hinrichtungen vom 27. September, denen ein ernsthafter Wille zur Verhinderung dieser staatlichen Morde kaum zugesprochen werden kann. Man gab sich mit der Zusicherung zufrieden, daß Todesstrafen nach dem Anti-Terroristen-Gesetz, also im Schnellverfahren, nicht mehr ausgesprochen würden, und empfahl der spanischen Regierung, die in der BRD bereits erlassenen oder noch zu beschließenden Radikalen-, Verteidigerausschluß- und Terroristengesetze zur Lektüre, um so die Repression rechtsstaatlicher machen zu können. Darüber hinaus gab es vielfältige Kontakte auf ministerialer Ebene, so z. B. den Informationsbesuch des spanischen Kanzlerministers beim Bundesinnenminister hinsichtlich des Verfassungsschutzes und die Visite des Madrider Innenministers beim Bundeskriminalamt. Beide hatten eine erhebliche Modernisierung und Aufrüstung der spanischen Polizei zur Folge. Die sozialliberale Regierung in Bonn tat noch ein übriges: Die offiziellen Trauer- und Beileidskundgebungen sind eine Verhöhnung der vielen hunderttausend Opfer des frankistischen Terrorregimes. Das Problem der Interessenten an der pseudodemokratischen Lösung liegt darin, daß die Arbeiterklasse und auch Teile des Bürgertums sich mit einer solchen Strategie nicht abfinden werden, die sie nach wie vor zum Objekt staatlicher Willkür und der unbegrenzten Ausbeutung durch spanisches und internationales Kapital machen würde.

Demgegenüber fordert die gesamte, bisher illegale politische Opposition den „demokratischen Bruch". Christdemokraten, Monarchisten und sozialdemokratische Gruppierungen verstehen hierunter die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie westeuropäischer Prägung unter kapitalistischem Vorzeichen. Die in der Junta Democratica und der Plataforma de Convergencia zusammengeschlossenen sozialistischen

und kommunistischen Organisationen und Parteien zielen dagegen auf eine vorübergehende Volksfrontregierung unter Einschluß der spanischen KP, die zu einer verfassunggebenden Versammlung und einer Volksabstimmung über die Staatsform überleiten soll. Die PCE versucht, mit ihrem Programm der „nationalen Aussöhnung" eine Art „historischen Kompromisses" mit dem Bürgertum anzubieten, um dadurch die Verwirklichung dieses Konzeptes zu erleichtern.

Die gegenwärtige Situation in Spanien ist gekennzeichnet von dem Versuch aller politischen Gruppierungen, sich für die bevorstehenden Auseinandersetzungen eine möglichst große Machtbasis zu verschaffen. Dabei müssen mit Ausnahme der Assoziationen alle politischen Organisationen illegal arbeiten. Allerdings ist der Grad ihrer Verfolgung durch die staatlichen Repressionsorgane je nach politischen Opportunitätsgesichtspunkten unterschiedlich, so daß dementsprechend auch der Aktionsraum der politischen Parteien teils größer, teils geringer ist. Daß dabei die Repression gegen linke Gruppierungen stärker ist als gegen bürgerliche, liegt auf der Hand. In diesem Konflikt hat der „Bunker" zunächst natürlich die stärksten Repressionsmittel zur Verfügung. Die Guardia Civil hat sich zu einer selbständigen Macht entwickelt, sie maßt sich zunehmend Kompetenzen an, die bislang anderen Polizeieinheiten vorbehalten waren. Sie richtet eigene Folterzentralen ein, versucht, Gewalt über die Gefängnisse zu erlangen, für die sie bisher nicht zuständig war. Ihr Interesse an dieser Kontrolle dürfte nicht zuletzt darin liegen, sämtliche politischen Gefangenen je nach ihrer Einschätzung der Situation liquidieren zu können. Die Guardia Civil arbeitet eng mit falangistischen Terrorbanden (z. B. den Christ-Königskriegern) zusammen und unterstützt deren Anschläge innerhalb Spaniens, aber auch in Frankreich und der BRD. Der „Bunker" verfügt darüber hinaus über erhebliche institutionelle Macht. Zum Beispiel steht dem Kronrat, einem Gremium, das sich ausschließlich aus Frankisten zusammensetzt, das Vorschlagsrecht für den Ministerpräsidenten zu. An die Vorschläge des Kronrates ist Juan Carlos gebunden, er kann somit nicht etwa Repräsentanten seiner Strategie zum Ministerpräsidenten ernennen.

Große Bedeutung in den kommenden Auseinandersetzungen wird das Militär haben, das heute nicht mehr als sichere Stütze des „Bunkers" angesehen werden kann. Allerdings hat das Militär bislang keine eigenständige politische Position eingenommen, es hat sich nur gegen die Übertragung rein repressiver Funktionen wie der Militärgerichtsverfahren nach dem Anti-Terroristen-Gesetz gewandt und ansonsten die mangelnde Qualität der spanischen Armee bemängelt.

Innerhalb der Armee scheinen starke Strömungen zu existieren, die überalterte, auf den spanischen Bürgerkrieg zugeschnittene Strukturen abbauen wollen. Diese Kräfte möchten den spanischen Streitkräften eine selbständige Funktion in der westlichen Militärstrategie der NATO im Mittelmeerraum geben, um nicht länger zu Bütteln des „Bunkers" degradiert zu werden. Insofern stellt die kurzlebige „harte Linie" Juan Carlos in der spanischen Sahara-Affaire (nach anfänglichem Eingehen auf die marokkanischen Annexionswünschen sollte dann das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris notfalls militärisch verteidigt werden, in Wirklichkeit aber mußte der Energie-Lieferant Algerien beschwichtigt werden) auch den Versuch dar, der spanischen Armee wieder eine rein militärische Funktion zu geben und nach der Devise, innere Krisen durch außenpolitische Konflikte zu lösen, die Armee auf seine Seite zu ziehen. Wie groß allerdings die tatsächlichen Unterschiede zwischen der Position des „Bunkers" und der „Pseudo-Demokratie" Juan Carlos tatsächlich sind, läßt sich daran abschätzen, daß schon seit dem provisorischen Machtantritt Juan Carlos eine erneute Repressionswelle über Spanien hinwegfegt, die die Möglichkeiten des Anti-Terroristen-Gesetzes voll ausschöpft. Sie richtet sich auch gegen die bürgerliche Opposition. Wenn sie auch zunächst darauf zielt, die Forderung nach dem „demokratischen Bruch" zum Schweigen zu bringen, so bewirkt sie gleichzeitig eine Schwächung der Position Juan Carlos, der nicht mehr auf die Forderungen links von ihm verweisen kann. Damit erweist sich Juan Carlos nicht nur als Schöpfung Francos (er wurde als Kronprädentent von Franco eingesetzt), sondern auch als gelehriger Schüler, der sich zunehmend dem „Bunker" anbiedert, um seinen Thron zu retten. Eine Konvergenz dieser beiden Richtungen ist demnach naheliegend, beide Positionen müssen von der Opposition als gemeinsamer Feind bekämpft werden.

Mit Sicherheit wird der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus, wie er von der ETA im Baskenland geführt wird, und dort auf eine gewisse Grundsympathie der Basken sich stützen kann, nicht auf ganz Spanien übergreifen. Militante Aktionen, wie die der FRAP, haben keine Basis in der Bevölkerung und können daher keine Massenbewegung initiieren.

Wenn auch noch gegenwärtig eine einheitliche Strategie der gesamten sozialistischen und kommunistischen Opposition zu Überwindung des Frankismus nur in Ansätzen vorhanden ist, so ist doch nicht auszuschließen, daß es der Junta Democratica und der Plataforma de Convergencia und den in ihr zusammengeschlossenen sozialistischen, kommunistischen, linkssozialistischen und maoistischen Parteien sowie den in der Conferencia Sozialistia Iberica vertretenen regionalen Bündnissen gelingt, eine Massenbewegung für den „demokratischen Bruch" zustande zu bringen. Ansätze hierzu finden sich im Bereich der gemeinsamen politischen Erklärungen und auf berufsspezifischer Ebene, z. B. in Zusammenschlüssen von Rechtsanwälten, Medizinern usw. unterschiedlicher politischer Richtungen.

Fraglich ist aber, ob die spanische Arbeiterklasse, die selbständig unter dem Franco-Regime erfolgreich illegale Kampf- und Organisationsformen entwickelt hat, mit den Übergangsstrategien der politischen Linken, die auf ihre Unterstützung angewiesen ist, sich zufrieden gibt. Solange sich keine wesentlichen Änderungen im frankistischen System ergeben, hat jeder Kampf der spanischen Arbeiterklasse zur Durchsetzung materieller Forderungen in der heutigen Krise die politische Dimension des radikalen Kampfes gegen dieses System.

Die Vorstellungen der Parteien des „demokratischen Bruchs" können nur zur materiellen Gewalt werden, wenn sie die Kampferfahrungen der spanischen Arbeiterklasse respektieren und aufnehmen. Eine demokratische Korrektur des politischen Systems unter parlamentarischen Vorzeichen wird den Interessen der spanischen Arbeiter nicht mehr gerecht, die einen jahrelangen konkreten Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung geführt haben.

BENJAMIN STEIN

# In Sachen Soares-Kundgebung — Folgen einer Kritik

. . . „Wir nehmen das selbstverständliche und legitime Recht in Anspruch, demokratische Meinungsäußerung als Lebenselement der SPD zu nutzen und zu verteidigen" und „der Rechtstrend in der BRD darf unter keinen Umständen auf die Partei übergreifen, denn das würde die Fähigkeit der Partei schwächen, dem Generalangriff des Kapitals und seines reaktionärsten Vertreters Strauß auf die demokratische Substanz der BRD und ihrer Verfassung wirkungsvoll zu begegnen." Auf diese Formulierungen einigten sich kürzlich noch einmal die Frankfurter SPD-Linken, die bereits jenseits einer vor allem von Rudi Arndt und Karsten Voigt gezogenen Abgrenzungslinie stehen. Das Recht auf Meinungsäußerung, das sie weiter verteidigen und nutzen wollen, bezieht sich vordergründig auf eine Erklärung, die 60 SPD-Mitglieder nach der Brandt-Soares-Kundgebung am 15. September abgegeben haben. Darin wird kritisiert, daß sich Soares ausschließlich gegen die Gefahr einer ‚kommunistischen Machtübernahme' in Portugal gewandt habe, die Möglichkeit einer Konterrevolution und die sie betreibenden reaktionären und faschistischen Kräfte jedoch nicht erwähnt habe. Außerdem meinten die Unterzeichner, bezogen auf die konkrete Politik Soares' (die bekanntlich im Gegensatz zum Grundsatzprogramm der Sozialistischen Partei Portugals steht), daß es eine Illusion sei, ‚anzunehmen, daß ein Reformkapitalismus nach dem Modell Schweden oder BRD zur Entmachtung der herrschenden Klasse führen könnte'. Bei der Kundgebung selbst, die nur SPD-Mitgliedern mit Eintrittskarten zugänglich war, hatten zwei jüngere Teilnehmer ein Transparent mit dem Text: Sozialismus in Portugal ja — Solidarität mit Soares nein — hochgehalten. Gegen die Transparentträger wurde anschließend sogleich ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet.

Unschlüssigkeit herrschte dagegen zunächst im Frankfurter Vorstand, in dem sich die früheren Sprecher der breiten Frankfurter SPD-Linken, Voigt und Gebhardt, mit Arndt und seinen Epigonen zusammengetan haben (um — nach ihrem Selbstverständnis — Positionen des ‚demokratischen Sozialismus' auf zurückgenommener Linie auch in schweren Zeiten halten zu können), was mit den 60 Erstunterzeichnern zu tun sei, denen sich unter der Hand weitere 70 SPD-Mitglieder unterstützend zugesellt hatten.

Die Erklärung widerspreche, stellte die Mehrheit des Unterbezirksvorstandes zunächst fest, ‚der Verpflichtung eines jeden Sozialdemokraten zu internationaler und innerparteilicher Solidarität, wie zentralen Punkten des politischen Selbstverständnisses der SPD'. Das Letztere bezog sich — wie sich im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung herausstellte — besonders auf den sibyllinischen Satz mit dem ‚Reformkapitalismus'. Die FAZ assistierte sogleich und konstatierte, daß Kritik nach Art der Soareserklärung ‚an der Substanz sozialdemokratischer Politik überhaupt rühre'. Während der Vorstand zunächst bei diesem verbalen Einleitungsakt verblieb, hatten seine Feststellungen, die die bürgerlichen Zeitungen dann weiter vorantrieben, andernorts aktivierende Folgen. Es wurden — mit beträchtlichem Erfolg — in der Parteiorganisation Unterschriften gesammelt mit dem Ziel, gegen alle Soareskundgebungskritiker Ausschlußverfahren einzuleiten — ‚damit es endlich Ruhe in der Partei gibt —, wie einer der Sammler betonte. So ermuntert fiel der Rechts-Mitte-Vorstandsmehrheit eine treffliche Taktik ein: man teilte nun die Kritiker in ‚Initiatoren, Rädelsführer und Mitläufer' ein. Fast allen Beteiligten wurde in

einem formlosen Brief die Frage gestellt: „Wie stehst Du heute zur ‚Portugalerklärung'", um damit eine Rückzugsmöglichkeit zu eröffnen. Den drei Erstunterzeichnern und wenigen anderen wurde dagegen die Initiatoren- und Rädelsführerrolle zugewiesen, indem man sie weitergehend fragte: „Bist Du Mitverfasser des ... Entwurfs und trägst Du die darin zum Ausdruck kommende Position?". An den so Befragten soll dann auch das entscheidende Exempel statuiert werden: Parteiausschlußverfahren. Daß dies Verfahren die Aussichten weiteren konsequenten linken Engagements sichtbar macht, ist naheliegend und gewollt.

Die eingangs angeführten Zitate sind aus einer Stellungnahme aller Betroffenen. Es war noch einmal ein Aufbegehren, wenngleich sich Ausweichen nach allen Seiten und Zersplittern schon abzeichneten. Doch jetzt hat der Bezirksvorstand Hessen-Süd die Verfolgung der Sache mit übernommen und ein sogenanntes ‚Feststellungsverfahren' eingeleitet. Noch bremsen taktische Rücksichten den vollen Durchzug. Aber der Drang nach sogenannter Bereinigung ist stark. Die voranstehende, geraffte Ablaufbeschreibung ist wichtig, da sie Einblick in eine Situation gewährt, die Rückschlüsse auf SPD-Zustände gestattet. Der Anlaß für die Verschärfung der innerparteilichen Repression ist gewichtig, denn der revolutionäre Prozeß in Portugal und die Demaskierung der dortigen Sozialistischen Partei stellt eine Herausforderung der SPD und eine mehr als kritische Aufforderung an die SPD-Linke dar. Doch dergleichen kritische internationalistische Stellungnahmen, vor allem im Bereich der Jusos, wurden gestern noch von einem sogenannten pluralistischen Selbstverständnis in der SPD abgedeckt. Das hat sich nun offensichtlich entscheidend geändert.

Besonders in der Frankfurter SPD bestand oder besteht noch die stärkste und stabilste Linksfraktion im bundesrepublikanischen Spektrum. Tatsächlich gelang es ihr, sich fast bis zur Mehrheit personell in den UB-Vorstand und mit einer kleineren Gruppe in die Stadtverordnetenfraktion hineinzuschieben. Aber es zeigte sich bald, daß diese Linkstendenz, die im wesentlichen nach '68 von außen in die Partei hineinkam und sich nur minimal aus der bis dahin angepaßten, in kleinkarierten Pragmatismus versunkenen Partei selbst entfaltete, ohne Praxisbezug und nur ein Artikulationsereignis blieb. Die Praxis der Partei und ihre Bestimmung blieb in den Händen der politisch rechten ‚Macher', die sich höchstens, den Zeiten gemäß und vorübergehend, Formulierungen und Bemerkungen mit gelindem Linkstouch abquälten. Die Grundlagen sozialdemokratischer Politik — in Frankfurt die Kommunalpolitik — blieben systemimmanent. ‚Doppelstrategie' und auf ‚Systemüberwindung' angelegte Reformen griffen nicht, fanden keine Modellausbildungen. Bis auf wenige Ausnahmen — und die befinden sich inzwischen in totaler Isolation — wurden stattdessen die bewußtseinsmäßig linksorientierten Wortführer, wenn sie Funktionen ‚eroberten', von der normativen Kraft des Faktischen, also von der ‚Staatspartei SPD' integriert und dafür nicht selten honoriert. Diese Entwicklung ist keine moralische oder Qualitätsfrage. Die Reformziele von gestern bezogen sich vom Ansatz her auf den Überbau. Das tragende ökonomische System wurde vom Reformkonzept der SPD-Linken nicht berührt. Es erschien bis dahin auch als leistungsfähig. Die Grundwidersprüche, die Krisenhaftigkeit des Systems brechen wesentlich erst jetzt auf. Für die noch verbliebene, das heißt noch nicht voll integrierte SPD-Linke, soweit sie nicht mit gewerkschaftlicher Funktion im Produktionsbereich wirkt, (das trifft für die meisten zu) ist es von ihrer Randposition her kaum mehr möglich, den sich entwickelnden sozialen Abwehrkampf und Klassenkonflikt politisch in ihrer Auseinandersetzung mit der Partei zu nutzen. Darüber hinaus ist der Parteiapparat entschlossen, unterstützt von der ihm ideologisch hörigen Mehrheit, die konsequent sozialistisch orientierte Restlinke mundtot zu machen, um Versuchen in dieser Richtung einen Riegel vorzuschieben. Das Geschäft besorgen am zwanghaftesten die Voigts, die für diese Rolle geradezu prädestiniert sind. Sie haben die SPD sehr gut erkannt, sich darauf eingerichtet, — was zusätzlich ihren persönlichen Ambitionen gerecht wird. Aber mit ihrem noch bedingt wirkenden ‚linken Image' und ihren Sprüchen von ‚situationsgerechter Vernunft' und ‚linker Solidarität' holen sie herüber, was dadurch ansprechbar ist. Auf die, die dann immer noch standhaft bleiben, wird — siehe oben — die Administration angesetzt, deren parteiliche Formen und Verfahrensweisen sich immer mehr mit den staatlichen verbinden. Der Rechtstrend hat voll in der SPD durchgeschlagen. Der eingangs beschriebende Konflikt und sein bisheriger und weiter absehbarer Verlauf hat deshalb exemplarischen Charakter. Es gibt kaum mehr Chancen, in der SPD für Sozialismus zu streiten. Was die SPD unter ‚demokratischem Sozialismus' versteht, ist diese Gesellschaft, hier und jetzt, — mindestens solange sie in ihr ‚regieren' kann.

HEINZ HAUSER

## Fußnote

### Zu einem Brief an Willy Brandt

**Wir hatten in der „links"-Ausgabe vom Oktober 75 den Brief in Sachen Portugal von Alfred Moos an Willy Brandt abgedruckt. Am 27. Oktober schrieb Hans-Eberhard Dingels von der Abteilung Internationale Beziehungen des SPD-Parteivorstandes folgende „Antwort" an Alfred Moos, die wir, da sie für sich selbst spricht, kommentarlos abdrucken.**

**Redaktion „links"**

... ich darf Ihnen den Eingang Ihres an den Vorsitzenden der SPD gerichteten Schreibens bestätigen; Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich ein wenig sehr verstimmt darüber war, als mir mitgeteilt wurde, daß Ihr Schreiben, das Sie als „persönlich" deklariert hatten, in einer Publikation vor kurzem als offener Brief erschienen ist.

Da ich bis zum Beweis des Gegenteils immer noch davon ausgehe, daß die Veröffentlichung nicht auf Ihre Veranlassung geschah — wobei ich Sie allerdings bitten möchte, doch einmal nachzuforschen, wer die Veröffentlichung veranlaßt hat —, möchte ich Ihnen zum Sachinhalt Ihres Schreibens einige Anmerkungen übermitteln.

1. Die Bundesrepublik, insbesondere die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition, haben stets sich darum bemüht, auf die seinerzeitige portugiesische Regierung unter Caetano im Sinne des Rückzugs und der Aufgabe der portugiesischen Kolonien hinzuwirken. Die SPD hat mit den antikolonialen Befreiungsbewegungen immer einen sehr guten Kontakt gehalten. Dies gilt sowohl für die FRELIMO in Mozambique als auch für die MPLA in Angola und für die PAIGC in Guinea-Bissao.
2. Nach dem Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal hat die SPD unverzüglich ihre Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei Portugals, mit der sie schon vorher in einer sehr engen Verbindung stand, vertieft. Die SPD, also auch der Parteivorsitzende, haben gemeinsam mit anderen Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa alles in ihren Kräften Stehende getan, um eine möglichst enge Kooperation mit den demokratischen Kräften in Portugal zu bewirken.
3. Die Bundesregierung und die sie tragenden Kräfte haben ihre bilateralen Zusagen hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit und für Portugal eingehalten. Es ist doch einfach nicht wahr, wenn Sie sagen, daß die Bundesregierung und auch die SPD sich stillschweigend an Boykottmaßnahmen gegen Portugal beteiligt habe. Diese Unterstellung weise ich schärfstens zurück.
4. Daß die portugiesischen Sozialisten die ihnen nahestehende Zeitung Republica als ein Organ für die Verbreitung der Ideen des demokratischen Sozialismus erhalten wollen, kann ihnen doch nicht, wie Sie das tun, als eine Negativhaltung ausgelegt werden. Sie schreiben von einem „faulen Witz". Ich weiß nicht, wer nach der Lektüre Ihres Briefes zu der Überzeugung gelangt, wer wohl einen faulen Witz gemacht hat. Wenn Sie weiterhin in Ihrem Brief unterstellen, daß das portugiesische Volk nicht weiß, was ein pluralistisch-freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat ist, so empfehle ich Ihnen, sich die Ergebnisse der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung noch einmal anzusehen.
5. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen in Europa haben für sich jede nur mögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit Portugal angeboten. Daß diese wirtschaftliche Zusammenarbeit konkret sein muß, werden Sie doch wohl auch einsehen können. Die Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft und das positive Ergebnis der Verhandlungen des portugiesischen Außenministers Antunes rechtfertigt keinerlei Skepsis.
6. Die SPD, der Sie eine Schuld bei den schwierigen inneren Verhältnissen im politischen und wirtschaftlichen Bereich in Portugal zuschieben wollen, kann sich mit Fug und Recht von einem Verschulden oder Versagen freisprechen.

Vielleicht sollten Sie sich, ehe Sie Unrichtigkeiten vortragen, darüber informieren, was die SPD, auch im Verein mit anderen sozialdemokratischen Parteien, solidarisch für unsere politischen Freunde und auch für Portugal als Ganzes getan hat und sich weiter darum bemüht. . . .

# „Still, weil Schmidt regieren will" — Der Mannheimer SPD-Parteitag

**Willy Brandt war in seiner Schlußrede voll des Lobes für die in Mannheim versammelten Genossen. Gerade in der zentralen Frage der Unterstützung der Regierungspolitik hätten sie die Erwartungen der Parteispitze nicht nur erfüllt, sondern übertroffen. Was sich in der Programmdiskussion im Vorfeld des Parteitages schon abzeichnete (vgl. die letzte Ausgabe von „links"), wurde in den aktuellen politischen Debatten und den Ergebnissen der Vorstandswahlen überdeutlich. Mit dem Mannheimer Parteitag findet eine Entwicklung ihren Höhepunkt, in der sich die Sozialdemokratische Partei nicht nur der Krisenpolitik der Regierungskoalition unterordnet und auf jede ernsthafte Kritik verzichtet, sondern auch keine parteipolitischen Alternativen oder gar Festlegungen für den Regierungskurs versucht. Auch in der SPD ist die Krise die Stunde der Exekutive, in der sozialdemokratisch orientierte Presseorgane besorgt fragen: „Regieren und sonst gar nichts?" (FR vom 11. 11.). Ist die SPD in Mannheim zum Kanzlerwahlverein heruntergekommen, der elf Monate vor den Bundestagswahlen nur noch Regierungsfähigkeit nach dem Motto „Seid einig, einig, einig!" demonstriert und Jubelfeiern nach Unionsvorlage abhält?**

**Die Unterschiede zum zweieinhalb Jahre zurückliegenden Hannoveraner Parteitag sind offensichtlich: kaum mehr kontroverse Diskussionen, Beschlüsse gegen Anträge des Parteivorstands sind in zentralen Fragen ausgeblieben, demonstrative Akklamationen und Einigkeitsbekundungen beherrschten die Szene, Kritik an der Regierungspolitik, die an der damaligen Brandt-Regierung sehr wohl formuliert worden war, blieb aus, sozialdemokratische Forderungen wurden mit Negativformeln wie „lupenrein", „reine Lehre" oder „alles in einem Schritt" den Koalitionskompromissen geopfert.**

**Was hat es mit dem „neuen", durchaus widersprüchlichen Erscheinungsbild der Sozialdemokratie, das in Mannheim den Namen „Gesoldis" (Geschlossenheit, Solidarität, Disziplin) erhielt, auf sich? Seine wesentliche Voraussetzung ist die offensichtliche Integration der Parteilinken; nur von ihr konnte Widerstand gegen den Schmidt-Kurs erwartet werden. Ohne hier auf die Vorbedingungen einzugehen (Programmdiskussion, Umstrukturierung der Mitgliedschaft, innerparteiliche Disziplinierungen und Ausschlüsse, Entwicklung der Juso-Bewegung etc.),**

zeigte sich die Einpassung der Partei-Linken zunächst am Verlauf und der Kompromißstruktur der Debatten über aktuelle politische Fragen. Dazu einige Beispiele:

Im Angesicht der schweren ökonomischen Krise mußte der Schmidt/Friderichs-Kurs in der Wirtschaftspolitik zum heißen Eisen des Parteitags werden. Wenige Tage zuvor hatte eine Gruppe von überwiegend SPD- und gewerkschaftsnahen Wirtschaftswissenschaftlern diese Politik als unwirksam und unsozial gekennzeichnet. Einige ihrer Alternativen tauchten auch in Parteitagsanträgen auf. Doch schon in der Eröffnungsrede machte Brandt den Delegierten klar: „Die SPD ist eine investitionsfreundliche Partei." Schmidt hielt den „Grundwert Arbeit" hoch, den Abbau der Arbeitslosigkeit erklärte er zur wichtigsten Regierungsaufgabe des nächsten Jahres. Mit seiner Bitte, die Lage der Arbeitslosen nicht zu dramatisieren und Apels Klagelied über „die notleidenden kleinen und mittleren Unternehmen", war der Weg für einen Antrag des Parteivorstands bereitet, der sich im Rahmen der Regierungspolitik bewegt. Zaghafte Versuche der Parteilinken, Beschäftigungsprogramme zur Verringerung von Arbeitslosigkeit und Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage bzw. der Massenkaufkraft in die Diskussion einzubringen, wurden mit großen Mehrheiten abgelehnt.

Die „neue Wirtschaftspolitik" der SPD, die durch gezielte staatliche Ausgabenpolitik die öffentliche Infrastruktur zugunsten sozial Schwacher verbessern wollte, wird es nicht geben. Nachdem die Weichen für Steuergeschenke an die Unternehmen (bis zu einer gewissen Höhe in Form von Verlustrückträgen) gestellt waren, zeigte sich Apel großzügig. Der Antrag von Hessen-Süd, der sich nur für direkte, gezielte Liquiditätshilfen aussprach und generelle Steuergeschenke ablehnte, wurde soweit berücksichtigt, daß man zusätzlich zum Verlustrücktrag auch noch die Möglichkeit direkter Hilfen aufnahm.

Die bürgerliche Presse gab denn auch gute Noten: „unglaubliche Disziplin", Genossen, „die mit einer fast schon an Selbstverleugnung grenzenden Enthaltsamkeit die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützen" (Zundel in „Die Zeit", 21. 11., S. 4). Die FAZ schwärmte gar von einem „liberalen Aufbruch": „Vor allem in den Arbeitskreisen haben marktwirtschaftlich orientierte Redner mit bemerkenswert klaren ordnungspolitischen Argumenten die Darbietungen der Systemveränderer förmlich abgeschmettert". Sie sieht „jene Erkenntnis über die ungeheuren Vorzüge freiheitlicher Wirtschaftspolitik ... in einem größeren Kreis von Sozialdemokraten offenbar wieder fester verankert" (18. 11., S. 13).

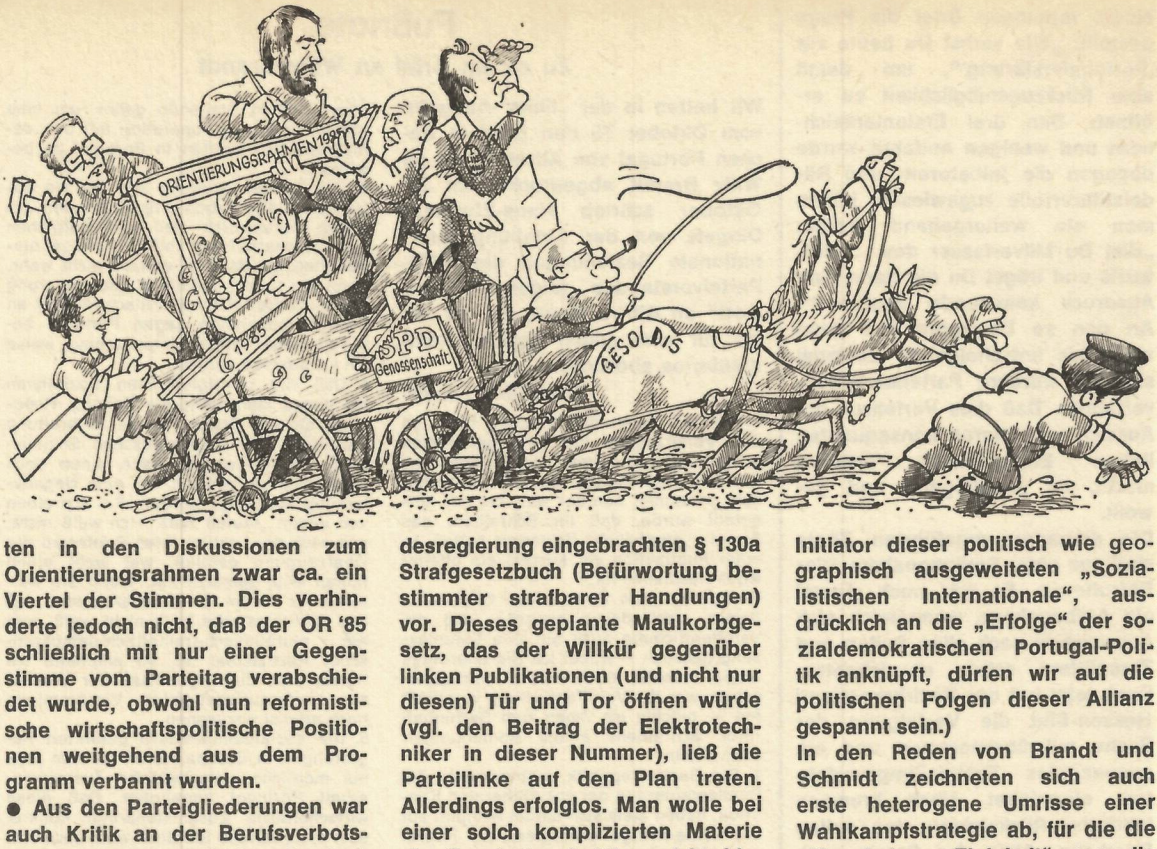
● Die Minderheitsvoten für eine direkte Investitionslenkung erhielten in den Diskussionen zum Orientierungsrahmen zwar ca. ein Viertel der Stimmen. Dies verhinderte jedoch nicht, daß der OR '85 schließlich mit nur einer Gegenstimme vom Parteitag verabschiedet wurde, obwohl nun reformistische wirtschaftspolitische Positionen weitgehend aus dem Programm verbannt wurden.

● Aus den Parteigliederungen war auch Kritik an der Berufsverbotspraxis in den sozialdemokratisch regierten Ländern laut geworden. In der Mini-Debatte über den Ministerpräsidentenerlaß kam es dann zu einer der wenigen Konfrontationen, als ein Delegierter mit Hinweis auf die ausländische Kritik an der westdeutschen „Radikalenhatz" formulierte: „In den sozialdemokratisch geführten Ländern gibt es ebenfalls ein K.O. für die Rechtsstaatlichkeit, wobei dann hinzu gefügt wird: Dieses K.O. buchstabiere ich anders als sonst, nämlich K wie Kühn, Kubel, Koschnick, Klose und O wie Osswald." Der Parteitag „ging hoch". Im Protokoll sind Zurufe wie „unglaublich", „Verleumdung", „aufhören" notiert. Nach massiver Intervention des Vorstands beeilte sich der kritische Delegierte mit seiner Entschuldigung. Er sei eh nur mißverstanden worden, ihm ginge es, nur um ein O.K. in der Anwendung des Ministerpräsidentenerlasses durch Sozialdemokraten. Die Annahme eines vom Parteivorstand eingebrachten Antrags, der zwar die innerparteiliche Kritik an der Berufsverbotspraxis verbal aufgreift, in der Sache aber keine Konzessionen macht, war damit gelaufen. „Auswüchse" sollen zwar eingedämmt werden, praktisch plädiert der verabschiedete Antrag aber für eine Ausweitung und Verallgemeinerung der Überprüfungspraxis: „Der Bundesparteitag erwartet, ... daß die Länder dieses Verfahren einheitlich regeln und im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten auf ein entsprechendes Verfahren im kommunalen Bereich sowie bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts hinwirken".

● Noch ein letztes Beispiel für die „Mannheimer Einigkeit". Dem Parteitag lagen zwei gegensätzliche Anträge zu einem von der Bundesregierung eingebrachten § 130a Strafgesetzbuch (Befürwortung bestimmter strafbarer Handlungen) vor. Dieses geplante Maulkorbgesetz, das der Willkür gegenüber linken Publikationen (und nicht nur diesen) Tür und Tor öffnen würde (vgl. den Beitrag der Elektrotechniker in dieser Nummer), ließ die Parteilinke auf den Plan treten. Allerdings erfolglos. Man wolle bei einer solch komplizierten Materie die Bundestagsfraktion nicht binden. Ablehnung und Befürwortung des Gesetzentwurfs wurden schließlich gleichermaßen als Material an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Eingedenk der Erfahrung, „die Sozialdemokraten in Bonn können keine Politik treiben, die typisch sozialdemokratisch oder gar sozialistisch wäre" (Zundel, „Die Zeit", 14. 11., S. 1), verzichtete der Mannheimer Parteitag darauf, jenseits allgemeiner Programme sozialdemokratische Positionen zu aktuellen politischen Fragen zu entwickeln, die in Konflikt mit der Regierungspolitik geraten könnten.

Diese politisch-programmatische Unterordnung und Wandlung der SPD-Linken wurde nur scheinbar durch die Ergebnisse der Vorstandswahlen honoriert. Die Konsolidierung der „linken" Sitze im Parteivorstand waren Ergebnis eines Kuhhandels, bei dem Helmut Schmidt ebenso wie Willy Brandt ca 95 % der Stimmen erhielten und selbst Georg Leber ein besseres Ergebnis erzielte als in Hannover. Ein Stück weit ist „Gesoldis" auch Produkt einer perfekten Parteitagsstrategie. Der Parteivorstand faßte erst wenige Tage vor Tagungsbeginn die Anträge aus den Parteigliederungen zu einem eigenen Antrag zusammen, der – meist mit verbalen unverbindlichen Konzessionen an die Kritik aus den eigenen Reihen – die Elle der gegenwärtigen Regierungspolitik anlegte. Regte sich zögernd Widerstand, ging die Parteispitze massiv in die Bütt. Auf jeden Delegierten kamen drei Reporter; zusätzlich eingelullt von einem Aufgebot internationaler Prominenz, die sich zur „Allianz für den Frieden und sozialen Fortschritt" zusammentat. (Da die SPD und besonders Willy Brandt, als Initiator dieser politisch wie geographisch ausgeweiteten „Sozialistischen Internationale", ausdrücklich an die „Erfolge" der sozialdemokratischen Portugal-Politik anknüpft, dürfen wir auf die politischen Folgen dieser Allianz gespannt sein.)




In den Reden von Brandt und Schmidt zeichneten sich auch erste heterogene Umrisse einer Wahlkampfstrategie ab, für die die „Mannheimer Einigkeit" nur die parteiinterne Nagelprobe war. Was hier an Disziplinierung, freiwilliger Unterordnung und Geschlossenheit hergestellt wurde, sollte die „Regierungsfähigkeit" der SPD auch programmatisch markieren. Mit der ebenso selbstsicheren wie drohenden Frage „Wer sonst als diese Koalition könnte in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten den sozialen Frieden in der Bundesrepublik sichern?" („Vorwärts", 13. 11. S. 1) bietet die SPD ihre „dynamische Politik des sozialen Ausgleichs" (Dröscher) an. Die SPD wird sich als Garant des sozialen Friedens und der bestehenden Gesellschaftsordnung („liberaler Aufbruch") anbiedern, der die sozialen Lasten kapitalistischer Krisensanierung so verteilen und ideologisch zukleistern kann, daß kein nennenswerter systemkritischer Widerstand in der eigenen Partei oder gar in der Bevölkerung entsteht.

In der Reformphase stetige Kapitalakkumulation und Krisenvermeidung zusichernd, präsentiert sie sich heute als Sachverwalterin einer systemstabilisierenden Krisenpolitik. Als auffälliger Beleg für den Wandel des sozialdemokratischen Selbstverständnisses mögen die nur scheinbar unmotivierten, überzogenen Angriffe Brandts und anderer führender Sozialdemokraten gegen die CDU/CSU dienen. Sowohl in seinem Rechenschaftsbericht wie in seiner Abschlußrede bezeichnete er die Opposition als „nicht nur nicht regierungsfähig; sie wird zu einem Sicherheitsrisiko für unser Land in der Außen- wie der Innenpolitik, wirtschaftlich wie sozial". Dies wird innenpolitisch mit Straußens Sonthofen-Rede und der alternativlosen Ablehnung von Regierungsmaßnahmen zur Krisensanierung (Sparbeschlüsse, Steuererhö-

hungen etc.) begründet.
Während die Unionsparteien die SPD noch an Formeln der Reformphase festmachten und ihr von daher die Schuld an der Krise zuschieben, hat die Sozialdemokratie in Mannheim — so ihr Selbstverständnis — die „geistig-politische Führung" wieder übernommen, indem sie Regierungsfähigkeit in der Krise unter Beweis gestellt hat. In der Tat, ohne antikapitalistische Zielsetzung erscheint es als Leistung, unter Vermeidung brisanter gesellschaftlicher Konflikte eine Etappe einer tiefen ökonomischen Krise politisch verkraftet zu haben; und zwar mit einer Krisenpolitik zu Lasten von Teilen der Lohnabhängigen und sozialen „Randgruppen".
Die SPD wird also aller Voraussicht nach einen im wesentlichen konservativen Wahlkampf führen, dessen Parolen der Mottenkiste vergangener Unionswahlkämpfe entstammen („Jetzt wählen wir die Sicherheit", „Keine Experimente"). In der Krise gewinnen sie scheinbar neuen Glanz. Daneben wird man sicherlich auch das Reform-Spielbein noch etwas bewegen, um dieses für die Integrationswirkung der Partei wichtige Terrain zu halten.
Wie sich dieses „neue sozialdemokratische Selbstverständnis" (in der „erfolgreichen" politischen Krisenbewältigung liegt der Kern der Mannheimer „Gesoldis") für die SPD-Linke auswirkt, konnten die Jusos mit ihren unmittelbar vor dem Parteitag veröffentlichten „Aktuellen Forderungen: Demokratie und Gleichheit" erproben. Die in den Forderungen enthaltene Beschreibung der sozialen Lasten der gegenwärtigen Krise und die, wenn auch kümmerlichen Vorschläge zu deren Linderung wurden erst gar nicht öffentlich wahrgenommen. Mit ihrem obskuren Plädoyer für eine Einkommenshöchstgrenze von 5000,— DM wurden die Jusos vom Parteivorsitzenden auf die Spielwiese geschickt. So harmlos geht es bei einer ernsthaften polit-ökonomischen Analyse der Auswirkungen der „sozialliberalen" Krisenpolitik nicht ab, wenn sie politisch folgenreich oder doch hörbar artikuliert wird, wie etwa bei dem schon erwähnten Memorandum der gewerkschaftsorientierten Wirtschaftswissenschaftler. In auch für die Zukunft beachtenswerter Arbeitsteilung denunzierte die FAZ einige der Ökonomen als „altbekannte Systemveränderer", während Apel sie schlicht für verrückt erklärte: Es könne nicht die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sein, von der die Autoren sprechen.
Der in Mannheim deutlich zu Tage tretende politische Klimawechsel auch in der sozialdemokratischen Propaganda engt den politischen Artikulations- und Handlungsspielraum der sozialdemokratischen Linken noch weiter ein. War die Reformphase auf Spurenelemente von theoretischer und praktischer Gesellschaftskritik als Treibsatz angewiesen, so benötigt der „neue" Konservativismus Marke „Gesoldis" Unterordnung und strenge Abgrenzung zu Systemkritikern bzw -veränderern. Der innerparteiliche Diskussionsspielraum ist mit dem Orientierungsrahmen ohnehin abgesteckt.
Es ist jedoch keineswegs sicher, ob die SPD auf ihre eigene Regierungsfähigkeit in der Krise im Sinne eines Wechsels auf die Zukunft setzen kann. Sieht man einmal von den möglichen ökonomischen Entwicklungstendenzen ab, so lassen sich doch bezogen auf die Veränderungen in der SPD-Mitgliedschaft zumindest folgende Einbrüche und damit auch Ansatzpunkte für sozialistische Politik nach den Mannheimer Debatten denken bzw. erkennen:

- Zentral, wenn nicht entscheidend ist das Stillhalten der Lohnabhängigen und deren Lohndisziplin. „Nur zu schnell könnten sie verlangen, daß der freien Wirtschaft wieder Lasten auferlegt werden, die sie nicht tragen kann. Hier ist die schwache Stelle jeder liberalen Öffnung einer sozialdemokratischen Partei" (FAZ, 18. 11., S. 13). Wenn auch die aktuelle Tarifrunde und die ungebrochene Allianz von Gewerkschafts- und SPD-Führung (Vetter versicherte in einer Grußbotschaft, man würde die Parteitagsbeschlüsse der SPD „respektieren") diese Einschätzung zumindest gegenwärtig zu widerlegen scheinen, in den Reden vor allem der Vorsitzenden der Bezirke und Landesverbände wurde deutlich, daß die lokalen SPD-Gliederungen in der Arbeiterschaft entscheidend an Boden verloren haben. Arbeiter spielen in den Ortsvereinen fast keine Rolle mehr (Brandt), auf dem letzten Parteitag des industriereichen NRW waren von 300 Delegierten noch 16 Arbeiter (H. Heinemann); in der SPD-Bildungsarbeit kommen durchschnittlich 85 % der Teilnehmer aus dem öffentlichen Dienst (B. Friedrich). Bruno Friedrich konstatierte „eine immer stärkere Verarmung der Partei an der Basis".
- Auch in einer anderen Hinsicht steht die Geschlossenheit der SPD in Mannheim auf wackeligen Beinen. Da Mitglieder und Funktionäre der SPD überproportional aus dem öffentlichen Dienst kommen, sind die Möglichkeiten einer Sanierung der Haushaltskrise auf dem Rücken der staatlichen Lohnarbeiter beschränkt. Außerdem besteht dort die „Gefahr", daß sich die öffentlich Bediensteten mit den von sozialer Demontage, Rationalisierungen oder Repressionen Betroffenen solidarisieren und gemeinsame Konfliktfronten aufbauen (so z. B. kürzlich in von Schülern, Lehrern und Eltern gemeinsam getragenen Schulstreiks). Damit würde in mehrfacher Hinsicht die Legitimität der staatlichen Krisenpolitik infrage gestellt.

ROLAND ROTH

# Der eingeschläferte Lohnkampf

Die Lohnbewegung folgt dem Konjunkturzyklus: in Aufschwungs- und Hochkonjunkturphasen, wenn die Unternehmer um die knapp werdenden Arbeitskräfte konkurrieren und die störungsfreie Aufrechterhaltung der Produktion angesichts hoher Profite und ungesättigter Märkte Priorität hat, steigen auch die Löhne. Anders dagegen in Abschwungs- und Krisenzeiten. Mit sinkender Nachfrage nach Arbeitskräften fällt auch ihr Marktpreis. Die Löhne steigen langsamer, wenn sie nicht stagnieren oder sogar sinken. In welchem Ausmaß sich jedoch die zyklische Bewegung der Löhne durchsetzt, hängt nicht zuletzt vom Kräfteverhältnis zwischen den Klassen ab.
Die lange Prosperitätsperiode nach dem 2. Weltkrieg mit ihrer anhaltenden Nachfrage nach Arbeitskräften brachte der westdeutschen Arbeiterklasse trotz weniger großer Kämpfe relativ starke Reallohnerhöhungen. Anders dagegen die Situation seit Beginn der Krise Ende 1973. Der Druck auf die Löhne nimmt ständig zu. Nicht nur, daß die Steigerungsraten der Tariflöhne zurückgehen. Zusätzlich betroffen sind die Arbeitereinkommen durch den Abbau von Überstunden, die Einführung von Kurzarbeit, die Verrechnung übertariflicher Lohnzuschläge, die Kürzung oder Streichung betrieblicher Sonderzulagen wie z. B. Weihnachtsgeld, die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, der Arbeitslosenversicherung usw. Noch härter getroffen aber werden jene Arbeiter, die arbeitslos werden.
Abgesehen von wenigen größeren Streikbewegungen, machte die Arbeiterklasse in den Prosperitätsjahren nur geringe Kampferfahrungen. Der zum Ritual erstarrende jährliche Lohnpoker zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmerverbänden brachte auch ohne offenen Kampf meist verhältnismäßig hohe Lohnsteigerungen. An der Bereitschaft der Gewerkschaftsführung, dieses Pokerspiel auch in der Krise fortzusetzen, hat sich nichts geändert. Im Gegenteil. Sie ist sogar verstärkt bereit, sich auf den Verhandlungsweg zu beschränken — insbesondere angesichts der wachsenden Bedeutung staatlicher Einkommenspolitik, der sich die immer uneingeschränkter als SPD-Richtungsgewerkschaften erweisenden DGB-Gewerkschaften auf Grund ihrer Loyalität gegenüber der sozialdemokratischen Bundesregierung in entscheidenden Momenten immer wieder unterordnen.
Keine der Tarifparteien hat gegenwärtig an einem großen Lohnkonflikt Interesse: die Gewerkschaften nicht, um es der SPD-Regierung ein dreiviertel Jahr vor den Bundestagswahlen zu erlauben, sich als Garant von Ordnung und Stabilität zu profilieren; und die Unternehmer und ihre Verbände nicht, da sie befürchten müssen, daß nach zwei Jahren relativ widerstandsloser Hinnahme der Krise durch die Arbeiterklasse vielleicht ein Funken genügt, um den in den Belegschaften angestauten Unmut über die ihnen aufgebührdeten Krisenlasten zu entladen.
So scheint die Lohnrunde 1975/76 nach einem seit Monaten auf höchster Ebene zwischen Gewerkschaftsführungen, Unternehmern und Regierung abgestimmten Plan abzulaufen. Mit der von Unternehmerseite wie auch aus Regierungskreisen im Spätsommer propagierten „Lohnpause" wurde die Marschrichtung festgelegt. Die IG Metall konnte sich nach diesem auf einen drastischen Reallohnabbau zielenden Versuchsballon mit einer Forderung nach achtprozentiger Lohnerhöhung in der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen und Bremen im Oktober fast als radikal präsentieren, obwohl eine Tariflohnerhöhung von 8 % nicht einmal die Reallöhne sichert, ganz zu schweigen von dem längst stillschweigend begrabenen gewerkschaftspolitischen Ziel der Reallohnsteigerungen entsprechend dem Produktivitätswachstum. Von Unternehmerseite kam — unter Rücknahme der „Lohnpausen"-Forderung — ein 5 % Angebot als Zeichen dafür, daß man sich vermutlich geräuschlos bei der optisch akzeptabel erscheinenden Marke von 6 % als angeblichem Ausgleich für die offizielle Teuerungsrate antreffen würde. Warnstreiks Tausender von Stahlarbeitern (u. a. in der August Thyssen Hütte in Duisburg-Hamborn, den Krupp Hüttenwerken Rheinhausen und dem Stahlwerk Bochum) begleiteten die Schlußrunde der Verhandlungen und trieben die Tarifparteien zur Eile: man einigte sich bei nur 5 % Tariflohnsteigerung, die durch Einbeziehung der Weihnachts- und Urlaubsgelderhöhung mühsam auf 6 % aufgerechnet wurden.
Mit diesem Abschluß haben Gewerkschaften und Unternehmen den Verhandlungsspielraum für die gesamte Lohnrunde des Winters 1975/76 abgesteckt. Breiter Widerstand gegen dieses Arrangement wird angesichts der Einschläferungsstrategie der Gewerkschaftsapparate im allgemeinen nur schwer entstehen. Nicht die Tarifrunde ist zudem in den meisten Fällen in diesem Jahr das zentrale Problem. Viele Kollegen sind noch — unter Druck gesetzt — bereit, Lohnzugeständnisse zu machen, wennn dadurch die Krise insgesamt überwunden werden kann, wie von Regierungs- und Unternehmerseite immer wieder behauptet wird. Aktueller ist für viele die Sicherung des Arbeitsplatzes.

Hier entwickelt sich gegenwärtig auch meist der Widerstand. Nicht als bereits vereinheitlichter, überbetrieblicher Widerstand, wie das bei gewerkschaftlich organisierten Lohnkämpfen im allgemeinen der Fall ist, sondern als betriebsbezogener Widerstand, der an den konkreten Problemen am Arbeitsplatz ansetzt: im einen Fall geht es um die Verhinderung der Stilllegung ganzer Werke oder Betriebsteile; im anderen um Widerstand gegen sich über einen längeren Zeitraum hinziehende Kündigungen als Folge von Rationalisierungsinvestitionen; an anderer Stelle wiederum um den Kampf gegen die zunehmende Disziplinierung der Kollegen und die Arbeitsintensivierung, die die Unternehmer unter Ausnutzung der Krisenangst der Belegschaft betreiben (vgl. den Bericht über den Druckerstreik in Hannover in dieser „links"); in anderen Betrieben um den Widerstand gegen Kürzung oder Wegfall betrieblicher Sonderleistungen usw.

Reine Tariflohnkämpfe auf breiter Ebene, wie sie in Hochkonjunkturzeiten wiederholt geführt wurden, scheinen angesichts der Konzentration der Belegschaftsinteressen auf die soeben benannten umfassenderen Probleme wenig wahrscheinlich. Daß in den Betrieben – insbesondere auch in Klein- und Mittelbetrieben, die von der Krise oft besonders betroffen sind – eine vielleicht sogar wachsende Widerstandsbereitschaft besteht, zeigt außer den bereits erwähnten Stahlarbeiter-Warnstreiks beispielhaft das Ergebnis der Urabstimmung unter den Tischlern Schleswig-Holsteins und Hamburgs, wo sich über 90 % für Streik aussprachen und wo der Streik innerhalb weniger Tage auf über 100 Betriebe ausgeweitet wurde; dies beweist auch die in Nürnberg von 700 Vertrauensleuten des bayrischen Braugewerbes bekundete Streikbereitschaft; das zeigt auch die anhaltende Unruhe in der Druckindustrie; beweisen zahlreiche, auch in der Linken kaum bemerkte Arbeitskämpfe, z. B. der trotz massivster Repressionsversuche (u. a. riesiger Polizeiaufmarsch) wochenlang aufrechterhaltene Streik in der Feinstrumpffabrik Eles in Taunusstein zur Einhaltung tarifvertraglich zugesicherter Lohn- und Arbeitsbedingungen usw.

Wo es in den nächsten Monaten zu offenem Widerstand gegen den mit staatlicher Rückendeckung betriebenen Versuch des Reallohnabbaus kommt, dürfte dieser leicht die gesamte betriebliche Situation einbeziehen. Angesichts dieses Risikos werden die Gewerkschaftsführungen wie die Regierung bemüht sein, vor den Bundestagswahlen im Herbst 1976 größere Lohnkonflikte zu vermeiden. Wo die Gewerkschaften – wie mit dem „10-Punkte-Programm" der IG Metall (vgl. „express", Nr. 11, Nov. 1975) oder der DGB-Kundgebung in Dortmund (siehe den folgenden Kommentar) – die Basis zu mobilisieren vorgeben, dient dies bestenfalls dazu, etwas „Dampf abzulassen", beschränkt sich ansonsten aber auf kraftlos vorgetragene Appelle an die Regierung.

Angesichts der gewerkschaftlichen Kompromißbereitschaft und der schwer abschätzbaren Reaktionen der Belegschaften im Verlauf einer überbetrieblichen Streikbewegung werden auch die Unternehmer nach dem üblichen Schlagabtausch im Verlauf der Tarifverhandlungen bald zum „Einlenken" bereit sein – in einer Lohnrunde, die – wenn die Belegschaften keinen Strich durch die Rechnung machen – die „Ertragslage" von der Lohnseite her eindeutig verbessern dürfte. Widerstand gegen den auch von den Gewerkschaftsführungen insgeheim längst akzeptierten Versuch, über „Lohndisziplin" die „Investitionsneigung als Motor der Wirtschaft" zu stärken, kann nur von den Belegschaften selbst kommen.

H. H. BRAND


Schallplatte von der Spanienveranstaltung

in der Stadthalle Offenbach am 19. Okt. 1975

„Leben, Kämpfen, Solidarisieren"

Biermann, Francolied *(Die DDR-Herrscher verhinderten in letzter Minute, daß er dort singen konnte, so schickte er ein Band – makabrer Beitrag zur Verhinderung der Spaniensolidarität)* /Moßmann/Viglietti/ Kölner Industrietheater/Klaus der Fiedler und Toni/ El Campero/ eine chilenische Genossin/ Tommi/ Corner/ Gedicht von Erich Fried/ Rede eines unbekannten Genossen.

Der Erlös geht an die spanischen Revolutionäre.

Album 2 LP's Best.Nr.US12/L84 25 Mark

erscheint Anfang Dezember

*ebenfalls neu:*

* Carlos Andreu SPANIEN: Ein Volk im Kampf LP Best.Nr.L78 22 Mark

*weitere Platten:*

* Lieder aus dem spanischen Bürgerkrieg I/II 22 Mark

*Raimon, Katalonische Protestlieder 22 Mark

*über uns kann man auch eine Broschüre beziehen:*

Lucha Obrera Für die Vereinigung der revolutionären Marxisten in Spanien 80 S. 4 Mark

Spanisches Zentrum Essen

«Spanische Woche»

*Zunehmend organisieren sich die „Communities" der Fremdarbeiter in der BRD in „Zentren" als Organisationsformen ihres Lebens und ihrer politischen Bestrebungen. In der „Spanischen Woche", die das essener Zentrum veranstaltete, wurde das ganze Spektrum einer Fremdarbeiterexistenz in der BRD exemplarisch thematisiert.*

*ca. 120 Seiten ca. 8 DM*

8 München 80 Trikont Verlag Josephsburgstraße 16


Dieser „links" ist bereits die Rechnung für Abonnementsgebühren 1976 beigelegt. Wie wir in der November-Ausgabe schrieben, erfolgt keine Erhöhung der Abonnementsgebühren von DM 18,–, jedoch müssen wir die Versandkosten mit jährlich DM 5,– voll anrechnen, so daß insgesamt DM 23,– zu zahlen sind. Wir bitten, die Abonnementsrechnung möglichst bald, jedoch spätestens bis zum 31. Januar 1976, zu zahlen, denn wir sind dringend auf das Geld angewiesen. Bei Verwendung der an der Rechnung anhängenden Zahlkarte bitten wir, unbedingt auf der Rückseite des Empfängerabschnitts die genaue Adresse anzugeben, damit wir den eingezahlten Betrag auch gutschreiben können. Im vergangenen Jahr erhielten wir über 400 Einzahlungen, die ohne Absenderangabe aufgegeben wurden. Dadurch kommt es dann zu Mahnungen, Unstimmigkeiten und viel Mehrarbeit. Verlag 2000 GmbH

# DGB-Kundgebung gegen Arbeitslosigkeit

40 000–45 000 Teilnehmer kamen am 8. 11. 1975 nach Dortmund zur DGB-Kundgebung. 25 000 waren in der Westfalenhalle, der Rest fand keinen Einlaß mehr. Sie kamen, obwohl die Vorbereitungen des DGB bewußt zurückhaltend gewesen waren. So erfuhren die meisten Kollegen nur durch Zufall, daß man sich vorher für einen Platz in den vom DGB zur Verfügung gestellten Bussen anmelden mußte, da absichtlich eine sehr begrenzte Zahl von Plätzen für die Einzelgewerkschaften bereitgestellt worden war. Auf diese Weise versuchte der DGB, die Teilnahme linker Gewerkschafter nach Möglichkeit zu unterbinden. In den Bussen selbst erfuhren manche Kollegen, daß sie am offiziellen Demonstrationszug nicht teilnehmen sollten, sondern sofort zur Westfalenhalle fahren und dort auf die Ankunft des Demonstrationszuges warten sollten. In Dortmund machte sich jedoch ein Teil dieser Kollegen selbständig und schloß sich dem Demonstrationszug an. Vor der Halle mußten alle Transparente abgegeben werden: Sichtbarer Protest gegen die offizielle DGB-Politik sollte, so weit wie möglich, unterdrückt werden.

Die Reden des DGB-Vorsitzenden H. O. Vetter und der stellvertretenden Vorsitzenden Maria Weber und des Bundesvorstands-Mitgliedes K. Schwab waren – wie immer – Rechtfertigungsversuche der offiziellen DGB-Politik und zugleich Unterstützungsreden für die SPD-Bundesregierung. Angriffe wurden gegen den Bonner Koalitionspartner FDP, nicht aber gegen die SPD gerichtet. H. O. Vetter bekräftigte noch einmal die bedingungslose Forderung des DGB nach paritätischer Mitbestimmung. Nicht alle im Saal waren mit der Lobpreisung der Gewerkschafts- und SPD-Politik einverstanden. Teilweise wurde Vetters Rede von heftigen Protesten unterbrochen. Statt die kritische Auseinandersetzung zu suchen, beschränkte sich Vetter auf polemische Ausfälle: „Wir sind nicht nach Dortmund gekommen, um uns von Euch beschimpfen zu lassen" oder „Freunde, Euch wollen wir gar nicht hören, wir wollen den DGB hören".

Die Demonstration und Kundgebung fand – so der offizielle Aufruf – statt für:

– Stabilität
– ein zukunftsorientiertes Berufsbildungsgesetz
– paritätische Mitbestimmung

gegen:

– Arbeitslosigkeit
– den Mangel an Ausbildungsplätzen
– das Alleinentscheidungsrecht der Unternehmen.

Die Ziele waren hochgesteckt, konkrete Antworten aber wurden nicht gegeben. Im Gegenteil: Der angebliche Kampf gegen die Auswirkungen der Krise wurde in Wirklichkeit zu einer die SPD-Politik unterstützenden Kundgebung.

Für die Kollegen in den Betrieben aber bleibt unverändert die Aufgabe bestehen, eigene Perspektiven des Kampfes gegen die Krise zu entwickeln.

ROSA BÄR

**SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE**

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte und Dokumente von und über die linke Opposition in den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder abzudrucken.

INFO 11/12: DDR - Arbeiterkämpfe in der DDR:der Aufstand am 17.Juni 1953; ČSSR - K.Kosík: Philosophische Überlegungen; Brief an Sartre; Jugoslawien - Interview mit M.Marković; D.S.Ignjatović:Reden vor Gericht; Ungarn - G.Dalos: Zwei Texte. - E.Bloch zum 9o.Geburtstag .....DM 2,5o

INFO 13:(erscheint im Okt.) ČSSR - Namensliste verfolgter Historiker;V.Prečan (Historiker):Offener Brief; UdSSR - Offener Brief kommunistischer politischer Gefangener;Medwedes:Über d.Dissidenten;Polen - Analyse:Gierek angesichts der Unzufriedenheit der Arbeiter ..... DM 2,5o

Bereits früher erschienen und noch lieferbar: Dokumente übe die Repression in Jugoslawien ('Praxis'),der ČSSR (Situationsberichte), der UdSSR (Texte von R.Medwedew) u.a. Informationen anfordern bei: Sozialistisches Osteuropakomitee, 2 Hamburg 13, Pf 2648

Bestellungen gegen Vorauszahlung (Bestellsumme + 15% Versandkostenaufschlag), Abo's (6 Ausgaben im Jahr + Sonderinfos: DM 12,-) an: SOAK GmbH,3o5 Wunstorf,Pf 231 PSchKto.Hannover 3925 55-3o2.

Dubček: Brief an die Föderalversammlung der ČSSR ... 4o S. DM 2,oo


# Erfolgreicher Kampf gegen verschärfte Arbeitsbelastung

Anstatt der gewohnten Morgenlektüre fanden Hannovers Zeitungsleser Ende Oktober folgende Mitteilung der Druck- und Verlagsgesellschaft Madsack & Co.: „Durch eine längere Arbeitsunterbrechung in einem Teil unseres technischen Betriebes konnten die Freitagausgaben der ‚Hannoverschen Allgemeinen Zeitung', der ‚Neuen Hannoverschen Presse' und der ‚Schaumburger Nachrichten' nicht fertiggestellt werden."

Die „längere Arbeitsunterbrechung" war Folge eines kollektiven Besuches von 200 Kollegen der Technik beim Betriebsrat, die von ihrem Recht nach § 39 Abs. 3 des BetrVG Gebrauch machten. Begonnen hatte es mit der ultimativen Forderung von 20 Fotosatzmonteuren, für jede Schicht zwei weitere Mitarbeiter einzustellen. Sie hatten Überstunden und ständige Mehrarbeit satt. Die Arbeit war ohnehin kaum zu schaffen. Die durch ein an diesem Tag erhöhtes Anzeigenaufkommen (Wochenende, langer Samstag, Vorweihnachtszeit) begründete Mehrarbeit verschärfte die Situation. Hatte die Geschäftsleitung bislang zu den ihr bekannten Forderungen geschwiegen, sah sie sich jetzt „rechtlich und moralisch außerstande, unter dem Zeitdruck dieser Arbeitsunterbrechung die verlangte Zusage zu geben".

Sie erklärte sich jedoch bereit, allerdings erst am nächsten Morgen, „ein ernsthaftes und konstruktives Gespräch mit dem Betriebsrat zu führen". Bis zum nächsten Morgen mochten die Kollegen, die schon oft genug vertröstet worden waren, jedoch nicht warten.

Die Lampen in den Montagetischen blieben ausgeschaltet. Die im Druckzentrum produzierten Zeitungen erschienen nicht, so unter anderem auch die lokale Version der Bild-Zeitung.

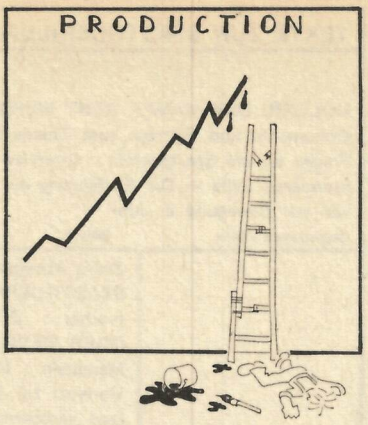
Am folgenden Tag wurde eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt. „Unverzüglich" wird danach eine paritätisch besetzte innerbetriebliche Kommission gebildet, die Organisation, Arbeitszeitplanung und Stellenbesetzung für den gesamten Bereich der Satzherstellung überprüft und binnen zwei Wochen ein Ergebnis vorzulegen hat. Ebenso „unverzüglich" sollen sich Betriebsrat und Personalleitung um weitere Mitarbeiter bemühen. Unabhängig davon sicherte die Geschäftsleitung die sofortige Einstellung von zwei Kollegen zu.

Diese Kollegen werden leicht zu finden sein: Beim Arbeitsamt Hannover sind derzeit allein 40 Setzer arbeitslos gemeldet. Die tatsächliche Zahl dürfte jedoch bei 200 anzusetzen sein.

Sie sind Opfer einer Entwicklung auf dem Hannoverschen Zeitungsmarkt, die im Frühjahr 1973 ihren Anfang genommen hat:

Der zu diesem Zeitpunkt zwischen der SPD-eigenen „Neuen Hannoverschen Presse" und der vom Madsack-Verlag herausgegebenen „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" geschlossene Kooperationsvertrag (Anzeigen- und Vertriebsgemeinschaft) leitete zugleich das Ende der SPD-Zeitungsdruckerei als eigenständigen Betrieb ein. Seit Anfang 1975 erscheint die „HNP", inzwischen Objekt des Madsack-Verlages, nur noch mit einem eigenen Lokalteil, ansonsten ist sie identisch mit der „HAZ". Die Präsenz der SPD auf dem Hannoverschen Zeitungsmarkt bleibt dennoch bestehen. Madsack hatte sich beim Bau des mit modernsten technologischen Einrichtungen zur Zeitungsherstellung ausgestatteten Druckzentrums finanziell übernommen. Die SPD gab ihren eigenen Zeitungs- und Druckereibetrieb auf und sprang als Geldgeber ein.

Neben den verlagseigenen Produkten wird in diesem Druckzentrum für eine ganze Reihe von niedersächsischen Zeitungen der überregionale Teil hergestellt. Ein Druckauftrag Springers von täglich mehreren 100 000 Exemplaren der „Bild"-Zeitung spielt überdies eine bedeutende Rolle. Für die SPD-eigene Druckerei (HDVG) war der Verlust dieses lukrativen Auftrages ein wesentlicher Faktor für ihre Einstellung. Die Übernahme dieses




Auftrages durch Madsack gewährleistet zu einem nicht unwesentlichen Teil die Auslastung der enormen Kapazitäten des Druckzentrums.

Nicht zuletzt die drohenden Regreßansprüche Springers (möglicherweise sogar der Auftragsentzug bei Ausdehnung des Konflikts) dürften für die relativ schnelle Verhandlungsbereitschaft von Madsack und somit für den Teilerfolg der Aktion der Kollegen ausschlaggebend gewesen sein.

Die Setzer im Madsackschen Druckzentrum in Hannover haben gezeigt, daß sie sich trotz der gegenwärtigen Situation gegen verschärfte Arbeitsbelastung wehren können.

BEATE HAGENAUER
STEPHAN LOHR

# Staatskommissar an der Marburger Uni

Nachdem der von MSB/SHB getragene AStA der Marburger Universität vom hessischen Verwaltungsgerichtshof auf Antrag eines RCDS-Studenten zu einer Geldstrafe in Höhe von 22 000 DM verurteilt worden war, weil er nicht hochschulbezogene politische Erklärungen abgegeben hatte — was ihm in einem Urteil vom 18. 11. 74 untersagt worden war —, sah sich Unipräsident Zingel genötigt, einzugreifen. In einer Verfügung vom 22. 10. 75 forderte er den AStA auf, bis zum Mittwoch, dem 29. 10. 75, schriftlich zu erklären, nur noch hochschulbezogene politische Stellungnahmen abgeben sowie den gesetzlichen Rahmen seiner Zuständigkeiten einhalten zu wollen.

Wenn Zingel geglaubt hatte, diesen Konflikt mit dem AStA schnell über die Bühne bringen zu können, so hatte er sich getäuscht. Sein Ultimatum provozierte den politischen Widerstand breiter Teile der Studenten, wie man es in Marburg schon lange nicht mehr erlebt hatte. Auch der MSB/SHB-AStA hatte wohl nicht im Traum daran gedacht, daß sich derart viele Studenten gegen die Drohung Zingels zur Wehr setzen würden.

Eine solch breite Mobilisierung war in erster Linie das Verdienst eines Aktionsbündnisses, das sich kurzfristig aus GIM, KB, KSM (eine KBW-nahe Studentengruppe, die allerdings für KBW-Verhältnisse erfreulich undogmatisch ist), zwei fachbereichsspezifischen nichtrevisionistischen Gruppen, Unorganisierten und dem SB-Marburg zur Verteidigung des politischen Mandats gebildet hatte. Entgegen anderslautenden Presseberichten (FR 14. 11. 75) sei hier vermerkt, daß der KSV nie Mitglied dieses Aktionsbündnisses war.

Das Aktionsbündnis einigte sich auf eine Resolution (zur Vorlage auf einer bevorstehenden Studentenvollversammlung), die zuvor schon auf einer Vollversammlung des Fachbereichs Erziehungswissenschaften auch mit den Stimmen der MSB/SHB Mitglieder verabschiedet worden war. Unter Zurückstellung politischer Differenzen war sie ein Minimalkonsens zum Kampf um den Erhalt des politischen Mandats, dessen Kernpunkt die demonstrative Durchführung einer Spanien-Solidaritätsveranstaltung vom AStA noch vor Ablauf des Zingelschen Ultimatums war.

Bei Verhandlungen des Aktionsbündnisses mit dem AStA wurde klar, daß er gegen die Resolution inhaltlich nichts einzuwenden hatte, außer der Tatsache, daß dem Bündnis „maoistische" und „trotzkistische" Gruppen angehörten. Umgekehrt war es dem Bündnis nicht möglich, sich positiv auf eine vom AStA vorgelegte Resolution zu beziehen, da sie ausgeprägte MSB-Positionen enthielt. Damit war ein gemeinsames Vorgehen am sektiererischen Verhalten des MSB/SHB-AStA gescheitert.

Dem Bündnis aber gelang es, eine politische Alternative zur jahrelang praktizierten MSB-Politik sichtbar zu machen: durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu Fragen wie „Politische Repression in der BRD" oder „Universitäre Verkehrsformen", durch die Veranstaltung von Teach-ins, in denen die Studenten selbst ihre praktischen Probleme diskutierten, statt daß die Organisationen ihre mehr oder minder bornierten Rezepte nach bekanntem Muster herunterbeteten. Die Bewegung wurde immer mehr von unorganisierten Studenten getragen. Das Aktionsbündnis trat in seiner Bedeutung zurück. Selbstbewußt formulierten die Studenten: „Zingel will die Politik von der Uni haben, wir bringen sie wieder rein!"

Freilich konnte damit nicht verhindert werden, daß Zingel am 1. 11. 75 den AStA seines Amtes enthob und einen Staatskommissar einsetzte. Doch dieser konnte bislang seine Amtsgeschäfte nicht aufnehmen; als er am 3. 11. die AStA-Räume betreten wollte, wurde er von einigen hundert Studenten daran gehindert; die Räume werden bis heute (Redaktionsschluß

20. November) besetzt gehalten. Die Räumung durch die Polizei hat sich der Präsident vorbehalten.

Daß er vor einem Polizeieinsatz an der Uni nicht zurückschreckt, zeigte sich am 6. 11., als etwa 250 Studenten versuchten, das Verwaltungsgebäude der UNI zu „besetzen“ und dort ein Teach-in zu veranstalten. Die von Zingel herbeigerufene Polizei verhaftete 4 der „Besetzer“. Der AStA distanzierte sich von dieser Aktion und versprach zu verhindern, daß in Marburg „Frankfurter Verhältnisse“ einkehren.

Aber ob es in Marburg solche „Frankfurter Verhältnisse“ geben wird, hängt von Zingel selbst ab: Mittlerweile hat er die Auseinandersetzung weiter verschärft, indem er dem AStA die Benutzung des Audimax verweigerte. Daraufhin zeigten 2000 Studenten Zingel seine Grenzen, indem sie die geplante Veranstaltung trotz Verbots durchführten, woraufhin Zingel mit der Schließung der Uni drohte. An dieser Veranstaltung nahmen Vertreter der VDS und der hessischen Allgemeinen Studenten-Ausschüsse, die in nächster Zukunft ebenfalls von Amtsenthebungen bedroht sind, teil und drückten ihre Solidarität mit dem Kampf der Marburger Studenten aus. Es wurde klar, daß es nicht nur um die Wiedereinsetzung des Marburger AStA, sondern um den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft überhaupt geht. Eine bayrische Lösung des Problems muß verhindert werden!

Wie geht's in Marburg weiter? Den Studenten des Aktionsbündnisses war von vornherein klar, daß der Staatskommissar nicht zu verhindern war. Es ging ihnen vielmehr darum, eine weitere Eskalation der Repressionsmaßnahmen in Marburg und eine Ausweitung derartiger Angriffe auf andere Hochschulen zu verhindern. „Wir müssen den beabsichtigten Effekt der Maßnahmen, die politische Friedhofsruhe, in sein Gegenteil verkehren: in eine verstärkte und langfristige Politisierung von uns allen!“ (Flugblatt des Aktionsbündnisses).

Eine solche Politisierung sucht ihre eigene Organisationsform. Die Studenten beginnen, fachbereichsbezogene Basisgruppen zu bilden; diese wollen zwar an den unmittelbaren studentischen Problemen und Bedürfnissen ansetzen, die „spontanen Kämpfe der Studenten“ aufgreifen, aber diese nicht als per se sozialistisch affirmieren, sondern: „Es gibt für uns keine bruchlose Verlängerung des ‚breiten studentischen Interessenkampfes‘ in den sozialistischen, sondern dieser Prozeß ist notwendig mit Friktionen verbunden“ (Wahlinfo der Germanistengruppe). Bemerkenswert an den Marburger Vorgängen ist, daß aus dem anfänglichen Kampf der Studenten um den Erhalt des politischen Mandats eine Bewegung erwuchs, die sich nicht nur gegen staatliche Repressionsmaßnahmen wehrt, sondern auch versucht, die eingefahrenen Gleise einer Stellvertreterpolitik a la MSB Spartakus zu verlassen. Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß die in letzter Zeit oft beklagte Entpolitisierung der Studenten nicht als unüberwindliches Schicksal hingenommen werden muß.

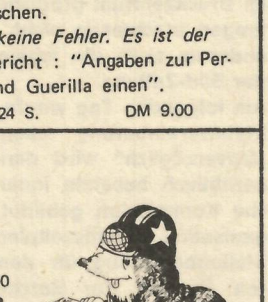
ZWEI GENOSSEN DES SB-MARBURG


TEXTE ZUR STADTGUERILLA–DISKUSSION

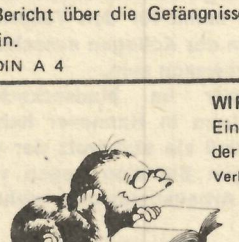
**HOLGER, DER KAMPF GEHT WEITER**
Dokumente und Beiträge zum Thema Stadtguerilla. *Fragen an die Stadtguerilla :* Interview mit der Revolutionären Zelle – *Die Entführung aus unserer Sicht :* von der Bewegung 2. Juni –
Gegendruck–Text 349 S. DM 15.00

*Emile Marenssin / Peter Paul Zahl*
**STADTGUERILLA UND SOZIALE REVOLUTION**
(vorher : DIE "BAADER–MEINHOF–BANDE" ODER REVOLUTIONÄRE GEWALT)
Marenssin : *Von der Vorgeschichte zur Geschichte:* Vorwort zur französischen Ausgabe des in Deutschland verbotenen Buches der RAF : "Das Konzept Stadtguerilla" und "Der bewaffnete Kampf in Westeuropa". aus dem Französischen.
Zahl : *Das System macht keine Fehler. Es ist der Fehler.* Zwei Reden vor Gericht : "Angaben zur Person" und "Massenkampf und Guerilla einen".
Editora Queimada 224 S. DM 9.00

**KAMPF DER VERNICHTUNGSHAFT**
Reden der Gefangenen der RAF im Baader–Befreiungsprozeß – Counterinsurgency gegen die RAF – Beschluß : *Vernichtungshaft* – Dialektik des Kampfes gegen die Vernichtungshaft – Zum 3. Hungerstreik u.a. DM 10.00



**VERNICHTUNGSHAFT UND ISOLATIONSFOLTER**
Bericht über die Gefängnisse der BRD und Westberlin.
DIN A 4 DM 5.00



**WIR, DIE TUPAMAROS**
Eine Selbsdarstellung der Aktionen und der Methode der Stadtguerilleros in Uruguay.
Verlag Roter Stern 156 S. DM 8.50

Bestellungen an:
MAULWURF BUCHVERTRIEB
1 Berlin 36 Waldemarstraße 24
PSchKto 7905 - 103 PSchA Bln-W


# Kein Berufsverbot für Sigrist

Gegen den an der Westfälischen Wilhelmsuniversität in Münster lehrenden Professor für Soziologie Christian Sigrist hat der Wissenschaftsminister in Düsseldorf am 3. November ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Sigrist wird vorgeworfen, im Juli letzten Jahres in Duisburg eine Presseerklärung veröffentlicht und selbst verteilt zu haben, in der er mit anderen zusammen eine gründliche Aufklärung des Todes des Arbeiters G. Routhier forderte, der an den Folgen eines Polizeieinsatzes gestorben war. Bis heute ist es der Polizei gelungen, eine derartige Untersuchung zu verhindern. Im Rahmen der in diesem Zusammenhang stattfindenden Prozesse ist Sigrist in erster Instanz vom Duisburger Amtsgericht wegen Verunglimpfung der Staatsorgane zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Schon vor dem Prozeß hatte die angesehene britische Anwaltsvereinigung „Haldane Society“, London, erklärt, eine Verurteilung Sigrists würde eine Schande für die westdeutsche Justiz darstellen.

Ferner wird Sigrist zur Last gelegt, in einem veröffentlichten Gutachten den Bochumer Soziologen Papalekas als „Faschisten aus prinzipieller Überzeugung“ bezeichnet zu haben. Das Wissenschaftsministerium hat es bis heute versäumt, den gegen Papalekas erhobenen schweren Vorwürfen nachzugehen. Papalekas konnte durch die Gutachten von Sigrist und Prof. Agnoli nachgewiesen werden, daß er nicht nur in seiner lange Zeit geheimgehaltenen Innsbrucker Dissertation von 1947 faschistisches Gedankengut vertreten hat, sondern hiervon auch in seiner weiteren Tätigkeit nicht abrückte. So hat Papalekas schon vor dem Offiziersputsch 1967 ein autoritäres System für Griechenland gefordert und später mit dem Obristenregime zusammengearbeitet. In dem von Sigrist abgegebenen Gutachten, das vor allem die faschistischen Inhalte von Papalekas' Dissertation aufdeckt, sieht das Wissenschaftsministerium eine Verletzung der Pflicht des Beamten „zu einem achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten“ und seiner „Pflicht zur Zurückhaltung bei politischer Betätigung.“

Schließlich nimmt das Wissenschaftsministerium Anstoß an zwei weiteren Aufsätzen Sigrists – der eine erschien bereits im „Kursbuch“ 32/1973 –, in denen auf die Kontinuitäten hingewiesen wird, die zwischen der westdeutschen Justiz und den Justizorganen der Nazi-Zeit bestehen, und wo scharfe Kritik an den Zuständen im Strafvollzug geübt wird.

Das Wissenschaftsministerium hat, obwohl das Urteil in Sachen Routhier noch nicht rechtskräftig ist – beide Seiten haben Berufung eingelegt – gegen Sigrist das Disziplinarverfahren eingeleitet. Damit wird zugleich verhindert, daß Sigrist das ihm nach seiner einjährigen Amtszeit als Dekan zustehende Freisemester erhält. Dieses Freisemester wollte Sigrist vor allem zur Mitarbeit an einem von den Vereinten Nationen geförderten agrarsoziologischen Projekt auf den Kapverdischen Inseln nutzen. Sigrist hat als erster westdeutscher Wissenschaftler Kontakt mit den Regierungen von Guinea (Bissau) und den Kapverden aufgenommen. Diese Regierungen haben ihr lebhaftes Interesse an einer Mitarbeit Sigrists an Projekten betont, die dazu dienen sollen, die durch jahrhundertelange Kolonialherrschaft hervorgerufenen Schwierigkeiten, die vor allem Hungersnöte zu einer ständigen Gefahr machen, zu bekämpfen und beizutragen, die Grundlagen für den Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu legen. Sigrist hat bereits im Auftrag der UNESCO ein Gutachten zu diesen Fragen abgegeben; das erwähnte Projekt hängt mit davon ab, daß Sigrist seine Kenntnisse der Strukturen kolonialer Gesellschaften hier einbringen kann. Die Verweigerung des Freisemesters im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren bedeutet daher nicht die Versagung eines Privilegs; sie verhindert, daß Sigrist seine Arbeitskraft in dieser Zeit auf ein Projekt konzentrieren kann, das von seiner Mitarbeit wesentlich abhängt und für die Organisation der Programme zur Entwicklung der Landwirtschaft auf den Kapverden von größter Bedeutung ist.

Wir fordern daher das Wissenschaftsministerium auf, die Arbeit von Professor Sigrist nicht weiterhin zu behindern und das Disziplinarverfahren einzustellen, das sich gegen einen Wissenschaftler richtet, der vor dem gesellschaftlichen Kontext seiner Arbeit nicht die Augen verschließt und aktiv gegen restaurative Tendenzen aufgetreten ist.

Initiativausschuß gegen die Disziplinierung von Professor Sigrist, c/o Institut für Soziologie, 44 Münster, Klosterstr. 48

# Warten auf eine Strategie

Wolf-Dieter Narr

## Anmerkungen zur Strategiedebatte des SB

### Vorrede

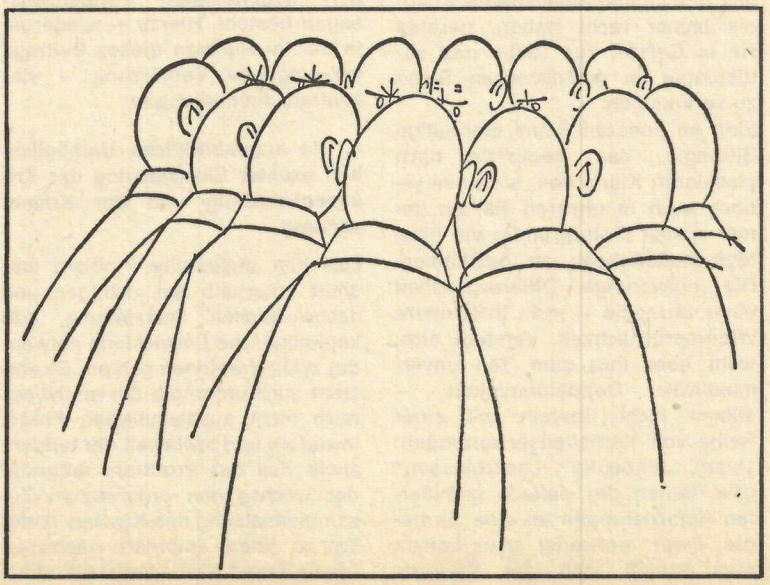
Wer zählt die Autoren, nennt die Positionen, die alle in „links" und während der Tagungen zu Worte kamen oder noch verschwiegen repräsentiert wurden? Ist es da noch ein Wunder, daß sich manchem wie dem Faust'schen Schüler mehr ein „Mühlrad im Kopf herum" zu drehen scheint, als daß sich seine Perspektive lichtet? Ist es da noch erstaunlich, wenn die Debatte mehr hinter der Hand als im direkten Ausdruck immer heftiger, ja persönlicher zu werden beginnt? Diese Entwicklung hebt an, gerade weil sich Positionen und Begriffe so überlagern, überlappen und weil andererseits die verschiedenen Ausgangspunkte zu wenig klargelegt werden. ‚Echte' Kontroversen sind mit Scheingefechten oft ununterscheidbar verkrallt. Liest oder hört man diese Debatten, scheint es zuweilen so, als habe der Genosse X oder die Genossin Y Böses, Unmögliches, ganz und gar Falsches im Sinn, nur weil sie oder er zu anderen – resignativen oder revolutionären – Kriseneinschätzungen und entsprechenden Schlußfolgerungen gelangen. Der Verdacht, dem doch in dieser Gesellschaft alle hinreichend und existenzgefährdend ausgesetzt sind, wütet – wenn auch gewiß in ganz anderer Form – in den eigenen Reihen, als handele es sich hier schon um einen ersten Erfolg der Herrschend-Repressiven.

Wenn hier in diese Strategiedebatte, die ja in der Tat alle SB-Mitglieder – heutige und zukünftige, potentielle und aktuelle – und nicht nur die Schreibenden angeht, eingegriffen wird, dann nicht in der Pose eines „ideellen Gesamtstrategen", der schlichtend, korrigierend, urteilend in die Debatte einzugreifen vermöchte. Dieser Diskussionsbeitrag wird aber auch nicht geliefert, weil eine neue, eine originelle Perspektive aufgerissen werden könnte. Originalität, eine bekanntlich problematische und zum Teil clownhafte Tugend, kann in einer Strategiedebatte keine Rolle spielen, wo es um Situationsangemessenheit, um Bezug auf Interessen, um Anknüpfen an Erfahrungen, um praktikable Handlungsleitlinien geht. Vielmehr versteht sich dieser Beitrag als Erinnerung und Mahnung an Sinn und Zweck der Strategiedebatte; er soll eine Art Verschnauf- und Denkpause ermöglichen. Denn obwohl es gewiß falsch wäre, „in diesen finsteren Zeiten" Gelassenheit zu predigen, stimmt die augenblickliche Hektik der Strategie- und damit gleichzeitig der Identitäts- und Organisationsdebatte des SB bedenklich. Die Hektik widerspricht methodisch dem Entstehungsmotiv und dem Verfahren des SB selbst: sich weder von außen noch „von innen" kurzfristig und kurzgeschlossen manipulieren und fixieren zu lassen. Um eine solche Verschnaufpause – nicht zeitlich, sondern gedanklich – politisch verstanden – wenn möglich zur Profilierung und Entkrampfung der Strategiedebatte nutzbar zu machen, wird dieser Beitrag in folgenden Schritten vorgehen: erstens wird etwas zum Stil der seitherigen Debatte zu sagen sein; zweitens wird der Stellenwert einer strategischen Ortsbestimmung ebenso auszumachen sein wie die notwendige Begrenzung einer solchen Orts- und Funktionsbestimmung; drittens werden zentrale Probleme und Schwierigkeiten einer Strategiefindung anzusprechen sein, um zu zeigen, daß manche Eindeutigkeiten nur scheinbar sind und in die Irre führen; viertens schließlich werden einige Anmerkungen zur weiteren Vorgehensweise des SB Platz haben.

### Zum Stil der Debatte

Stilfragen zu erörten hat oft etwas Altjüngferliches, etwas Konservatives an sich. Polemik erscheint witziger, bissiger, wirkt motivierender. In jedem Fall fiele sie auch dem Schreiber dieser Zeilen leichter. Doch macht bekanntlich der Ton die Musik. Die gegenwärtige Debatte im Kontext des SB wird nicht nur nach längerem, vielleicht zu langem Zuwarten in erheblicher Eile geführt; sie steckt auch voll von wechselseitigem Verdacht, diese oder jene geäußerte Position führe zum Ausverkauf, zum faulen Kompromiß, zur opportunistischen Paktiererei mit de facto Gegnern usw. Nicht die Strategiefindung scheint vorangetrieben zu werden, sondern eine auf vorzeitige Spaltung drängende Polarisierung und äußere sich dieselbe zunächst nur in ‚Fraktionen', die sich wie bei einem Steherrennen mißtrauisch beäugen, um jeweils rechtzeitig in die polemischen und abgrenzenden Pedale zu treten. Abspaltungen sind gewiß im Verlaufe der Bildung einer Gruppe – gar einer Bewegung, von der manche von uns zuweilen und im Verkennen der Stärke oder richtig gesagt der Schwäche des SB sprechen – möglich und sogar nötig. Interne Fraktionsbildung hat ihren Sinn und ist auch für die Diskussion bei weitem besser als dauernde, verstellende Einheitlichkeitsduselei. Nur: solche Spaltung sollte nicht die Folge abstrakter Haarspaltereien sein, Fraktionsbildung sollte um perspektivische Varianten erfolgen und nicht, weil eine Debatte in der Atmosphäre des Verdachts vorschnell abgebrochen bzw. so oder so „entschieden" wurde. Wenn studentische Diskussionen, Bildung und ‚Schicksal' der K-Gruppen während der letzten Jahre eines gezeigt haben, so dies: wie verhängnisvoll eine abstrakt-positivistische Strategiefindung auszufallen vermag; wie falsch eine begrifflich überzogene, nur in der wirklichkeitsfernen Universität mögliche Überpointierung bestimmter Einschätzungen und Aussagen auszufallen vermag; wie kostenreich sowohl für die einzelnen Genossen als auch für die Politik der Organisationen insgesamt eine vorschnelle organisatorische Fixierung strategisch abstrakter Positionen werden kann. Insofern spricht die „Konfusion" der Strategiedebatte für das SB und stellt zum Teil gar eine strategisch wichtige Konfusion dar. Der Suche nach einer klaren sozialistischen, situationsangemessenen Strategie sind allerdings eitel konkurrierende Posen, die gar noch personalistisch festgemacht werden, äußerst abträglich. Es gilt zu vermeiden, daß die Debatte über Strategie mehr als Äußerung psychologischer Strategien einzelner und von Gruppen zu interpretieren ist. Da schon von ‚Erfahrung' und ‚Lernen' so viel die Rede ist, sollte man von der zum guten Teil negativen Geschichte der Arbeiterbewegung, vielmehr ihrer intellektuell-propagandistischen Begleiter lernen: die oft auch rasch in organisatorische Maßnahmen übersetzten polemischen Schlagkeulen, die man sich um und auf die Köpfe haute, haben in der Regel nicht einmal der Klarheit und kaum je dem Fortschritt der Arbeiterbewegung gedient. Weg also mit den Verdächtigungen und den großen, oft so wenig gefüllten Begriffskeulen! Weg aber auch mit den Empfindlichkeiten an der falschen Stelle, die jeden Angriff auf eine Position zu einem Angriff auf eine Person werden lassen – die sich freilich ihrerseits wieder pseudosachlich ‚strategisch' gibt!

Ich werde bei den folgenden Anmerkungen keine Namen nennen, weil ich die personalistischen Fixierungen für falsch halte. Obwohl ich kein Anhänger ‚pluralistischer' Theorie oder Strategie bin, muß ich gestehen, daß ich von allen Positionen, die geäußert und begründet wurden, gelernt habe, daß mir freilich auch keine zureichend schien, zureichend im Hinblick auf die klare, unmißverständliche und auch eigenen Träumen gegenüber rücksichtslose Bestimmung der Bedingungen und Möglichkeiten sozialistischer Strategie heute. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig festzuhalten, daß sich mir bislang keine Position – trotz erheblicher Unterschiede im analytischen und/oder taktischen Detail – völlig unvereinbar mit der anderen dargestellt hat. Diese Unklarheit mag darin liegen, daß die politischen Motive der einzelnen zu wenig expliziert wurden. Diese Unklarheit mag aber auch daran liegen, daß die einzelnen selbst in zentralen Punkten noch unsicher sind. Dann sollte man aber



solche Unsicherheiten nicht begriffslastig überdecken, sondern klar auf den Tisch legen. Denn wer verfügte über ein klares, stichhaltiges, analytisch abgesichertes Aktionsprogramm?

## Zum Stellenwert einer strategischen Ortsbestimmung

Strategiefindung in immer erneuten Anläufen, die Bestimmung der Aufgaben und der Formen der Aufgabenverwirklichung im Kontext der Einschätzung gegenwärtiger Verhältnisse und ihrer Entwicklungstendenzen, ist unabdingbar. Eine solche Strategie, die notgedrungen nie abgeschlossen sein kann, soll hierbei u. a. dreierlei ermöglichen:

1. Ein Handeln, das zweck- und situationsgemäß verfährt, ohne opportunistisch zu verflachen, sprich ohne Anhängsel jeweiliger ‚Tendenzen' zu werden, auf die man selbst nicht mehr Einfluß zu nehmen vermag.
2. Eine klare, nicht über den gemeinsamen Mief bzw. das Milieu erfolgende, politische Orientierung der Mitglieder und gleichzeitig eine politisch-propagandistische Wirkung nach außen. Auf diese Weise stellt eine Strategie den inhaltlichen Bezugsrahmen der Mitglieder – das interne Sozialisationsinstrument sozusagen – dar und bietet gleichzeitig die Identifikationsmöglichkeit: man weiß dann, was das SB ‚repräsentiert', was es ‚ist'. Insofern ist eine gewonnene Strategie die notwendige Voraussetzung, um ohne die Angst „sich zu verlieren," handlungs- und bündnisfähig zu sein.
3. Die interne Kontrolle einer Organisation durch ihre Mitglieder am inhaltlichen, nicht am organisationspatriotischen Maßstab. Gleichzeitig ermöglicht bewußtes, strategiegeleitetes Organisationshandeln, daß eine Organisation sich auf eine neue Situation nicht einfach einstellt, sondern daß sie strategische Abweichungen bewußt vornimmt, Fehler auf den Tisch legt und so als Organisation insgesamt lernfähig bleibt.

Eine auch nur oberflächlich materialistische Bestimmung der gegebenen Umstände demonstriert deren prinzipielle und in einer Reihe von Vermittlungen zu Tage tretende Widersprüchlichkeit, die dauernde Gegebenheit potentieller und aktueller Konflikte. Diese Widersprüche und Konflikte machen auf der einen Seite sozialistische Strategie überhaupt möglich und langfristig Erfolg verheißend. Aufgabe sozialistischer Strategie ist es dann, diese zentralen Widersprüche und Konflikte (Gebrauchswert–Tauschwert, Lohnarbeit–Kapital usw.) politisierend und mobilisierend zu überwinden. Auf der anderen Seite aber ergeben diese Widersprüche und Konflikte, die sich in je verschiedener Konstellation in allen gesellschaftlichen Tatbeständen widerspiegeln, Folgen für die interne Struktur und die ableitbare Vorgangsweise sozialistischer Strategie selber. Diese kann, kurz und bündig festgestellt, hier und heute nicht ‚eindeutig' sein (vgl. hierzu auch Blochs Anmerkungen im Kursbuch 39). Sie, diese zeitgemäße und damit auch zeitverhaftete sozialistische Strategie, muß davon ausgehen, daß die angesprochenen Widersprüche in verschieden vermittelter Form auch das Verhalten und das Bewußtsein der Arbeiter, der Intellektuellen, der Beamten usw. prägen und verstellen. Hierbei ist wichtig, daß man die Vermittlungsweise der Widersprüche in ihrer eigentümlichen Definitionskraft in Rechnung stellt. Diese hat in der Regel zur Folge, daß man die zentralen Widersprüche gerade nicht direkt und klar ‚erlebt', sondern in verschobener, vielfach zersplitterter und verstellter Form. Eine sozialistische Strategie, die diese Widersprüche in ihrer vermittelten und vielfach verkappten Form nicht begreift, die diese verschobene, auch im Bewußtsein der sozialistischen Gruppen vielschichtig abgelagerte Widersprüchlichkeit nicht in der eigenen Strategie und Vorgehensweise einlöst – schließlich sind auch Sozialisten Bürger dieser kapitalistischen Welt! – genügt ihren Anforderungen nicht: den Erfahrungen und Interessen der Arbeiter usw. zu entsprechen, ohne bei deren augenblicklicher Form stehen zu bleiben. Aus diesen hier nur allgemein angedeuteten Gründen läßt sich – sozialistisch gesehen – kein eindeutiges, ungekrümmtes Ziel- und Handlungsprogramm entwickeln, in dem gleichsam alles ‚aufgeht' wie in einer Aufgabe mit nur zwei Gleichungen und einer Unbekannten. Eine solche Eindeutigkeit und ‚Widerspruchslosigkeit' mag politisch-ästhetisch befriedigen und auch verständlichen Sicherheitsinteressen genügen. Nur: sie ist falsch. Ohne der Theorie, dem Programm und der Praxis der DKP/SEW hier zu nahe treten zu wollen, kann man doch genau daran zeigen, wie gefährlich es ist, wenn Widersprüche, sperrige analytische Ergebnisse unter den Teppich gekehrt werden. Wenn die Strategie, der große Stamokap und das antimonopolistische Bündnis immer recht haben, geraten sie in Gefahr, zur Taktik und zur Ideologie im marxistischen Sinne zu verkommen.

Eine im linearen Sinne eindeutige Strategie, das Bedürfnis nach glasklaren Klarheiten, scheinen jedoch auch in unseren Reihen immer wieder hintergründig die Strategievorstellungen zu bestimmen. Die notwendige Differenziertheit einer Strategie – nicht ihre innere Widersprüchlichkeit, versteht sich, wohl aber ihre zum Teil unvermeidliche Doppeldeutigkeit – stimmt nicht überein mit einer Reihe von Verhaltenserwartungen: „klar", „eindeutig", „geschlossen" usw. lauten die vielfach geäußerten Anforderungen an eine Strategie. Oder: entweder man kommt zum Schluß, daß der Klassenkampf in habhaften Ansätzen besteht und mittelfristig aus den existierenden Inseln zusammenschießen wird, kann dann eine sozialistische Strategie formulieren und ihr entsprechen, oder aber man resigniert skeptizistisch, verfehlt die wahren Interessen der Arbeiterklasse und kann sich nur noch sozialdemokratisch-kapitalistisch beugen. Wer derart die Klassenkampfsituation nicht am nahen Horizont sieht, auf der man im Vorgriff strategisch aufbauen kann, erhält leicht den Vorwurf des Defaitisten, der analytischen Kurzsichtigkeit usw. Dabei vermißt man die analytisch unnachsichtige Diskussion um die gegenwärtigen Konstitutionsbedingungen von Klassenbewußtsein, wie um die Bedingungen der aktuellen Beeinflussung. Dieser Mangel läßt Möglichkeiten und Hindernisse gleicherweise unterschlagen.

## Zentrale Probleme und Schwierigkeiten einer eindeutigen Strategie

Es versteht sich, daß im folgenden nur einige Probleme angetippt werden können. Dies ist ärgerlich und mittelfristig im Hinblick auf die Findung einer Strategie gegenproduktiv. Denn Unzulänglichkeit zeigt sich in den meisten der seitherigen Beiträge genau in der Tatsache, daß sie Probleme nur berühren, nicht behandeln. Aus der knappen verkürzten Behandlung erwachsen ein gut Teil der Mißverständnisse, strategischen Unklarheiten oder Scheinplausibilitäten. Da für eine sozialistische Strategie die Analyse zentral ist, geht es darum, die gegenwärtige Konstellation – die mit dem Reden von der ‚zweiten Restaurationsperiode' eher verdeckt und verniedlicht wird – radikal zu bestimmen, das heißt von ihren dominanten Bestimmungsgründen her. Eine solche notwendige historische Bestimmung steht aus. Um so wichtiger erscheint es, solange diese Analyse nicht geleistet ist (dazu braucht man nicht 6 Jahre in die Archive zu gehen!), daß Klarheit über die jeweiligen Lükken und Schätzungenauigkeiten bei sogenannten Tendenzaussagen besteht. Hierzu – wiederum in der im Rahmen dieses Beitrags erzwungenen Verkürzung – vier zentrale Anmerkungen:

### 1. Die augenblickliche Unmöglichkeit exakter Einschätzung der Krisenentwicklung und der Krisenwirkung

Das hier angepeilte Problem entsteht unterhalb der richtigen und nachweislichen Feststellung, daß kapitalistische Entwicklung notwendig zyklische Krisen gebiert. Es entsteht auch unterhalb der analytisch noch nicht ausdiskutierten Frage, inwiefern und inwieweit der tendenzielle Fall der Profitrate aufgrund der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Tat zu einem empirisch nachweisbaren Trend sich verdichtet habe, so daß daraus eindeutige Schlußfolgerungen nicht nur hinsichtlich der gegenwärtigen, sondern auch hinsichtlich der zukünftigen Krisen-„Gesichter" gezogen werden können. Die Antwort auf diese Frage und mögliche alternative Antworten, die weniger mit der Steuerungsfähigkeit des Staates als mit seiner Kostenverlagerungskapazität zu tun haben dürften, nicht zuletzt der Kostenverlagerung mittels des repressiven Apparats, sind ungeheuer wichtig. Deswegen müssen auch die theoretisch-methodischen und die empirischen Probleme, die sich bei der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus ergeben, weiter diskutiert werden. Sie können nicht – und sei es auch mit den besten strategischen Absichten – so oder so vor-analytisch entschieden werden.

Jedoch: selbst wenn der tendenzielle Fall der Profitrate in der BRD empirisch nachgewiesen werden kann – wobei die Gefahr einer BRD-zentrierten Analyse hier einmal außer acht bleiben mag –, ist nicht vorweg auszumachen, welche Durchbrechungen dieser Tendenz (qua Repression auf der einen, qua technologischer Neuerung auf der anderen Seite) der Fall sein können. Vor allem aber ist auch nicht klar, wie die Krise sich aktuell bis in Bewußtsein und (was gewiß nicht das gleiche ist) Verhalten der Arbeiter hinein auswirken wird. Richtig scheint ebenso: „Die ökonomische Krise allein macht's nicht" (E. Altvater/Chr. Neusüss), d. h. die Krise schafft mit ihren repressiven Mechanismen nicht allein den sozialen Frieden. Richtig erscheint aber auch der unterstrichene Erfahrungssatz, daß die ökonomische Krise zusammen mit den verrechtlichten Auffang- und Differenzierungsmechanismen des Staates (man vergleiche heute etwa nur die veränderte Handhabung des Arbeitsförderungsgesetzes) eine beträchtliche systemstabilisierende Kraft schon dadurch entfaltet, daß Krisenauswirkungen isoliert, individualisiert usw. werden. Außerdem geht es nicht nur um die „Selbstlegitimation" der Krise, die soziale Restriktionen aller Art einbleuen hilft, sondern um die parallele und zusätzliche repressive Komponente des Staates und ihre Wirkungen. Das Gewaltmonopol und seine Wirkungskraft bis hin zum Zerschlagen von Widerstandsnestern darf nicht unterschätzt, darf analytisch nicht ausgeklammert werden.

### 2. Die Arbeiterklasse als „objektives" und „subjektives" Phänomen

Krisenanalyse in strategischer, nicht nur strukturelle Faktoren aufweisender Absicht, ist nicht nur schwer,

weil es nicht allein auf die Krise „als solche", sondern auf ihre Erscheinungs- und Durchsetzungsweise im einzelnen ankommt (scheinbar kleine Modifikationen können entscheidend sein). Eine Krisen-Wirkungsanalyse ist auch schwer, weil die Klassensituation sich klar und unklar zugleich darstellt. Jeder, der nicht nur die bestehenden Strukturen, sondern auch ihre Auswirkungen bis in die einzelnen Lebensbedingungen hinein betrachtet, weiß, daß wir in einer Klassengesellschaft leben. Aus dieser Tatsache, auch das müßte jedem genauer Zusehenden erkenntlich sein, ergibt sich aber nicht gleichsam automatisch die allenfalls noch leicht durch einen ideologischen Schleier verdeckte Tatsache des „antimonopolistischen Bündnisses". Vielmehr müssen die ökonomisch-sozialen Differenzierungen, muß der universell geltende Konkurrenzmechanismus als Funktionsform dieser Gesellschaft, muß der Dienstleistungssektor (insbesondere der öffentliche auch dort, wo man „objektiv" Proletarisierung feststellen kann), usw. ernst genommen werden. Es reicht nicht zu, solche Differenzierungen zwar zu erwähnen, dann aber doch zum abstrakten (Schein)Alltag des Klassenkampfes zurückzukehren. Nimmt man diese Differenzierungs-, Individualisierungs- und Isolierungsmechanismen ernst, entdeckt man nämlich, daß Klassenbewußtsein sich nicht durch einen bloßen Aufklärungsakt einfinden wird, weil sich die Betreffenden endlich auf ihre „eigentlichen" Interessen besinnen. Man entdeckt darüber hinaus, daß von verbalisiertem Klassenbewußtsein nicht nur für Intellektuelle ein weiter Weg zu entsprechendem Klassenverhalten zu gehen ist. Und dies nicht nur und nicht primär, weil eben diese Genossen als feige, korrupt usw. einzustufen wären. Versucht man analytisch, Konstitutionsbedingungen von Klassenbewußtsein in dieser Gesellschaft auszumachen, dann zeigt sich – allgemein, zu allgemein gesprochen –, daß weder institutionell gewordene Verelendung, noch scheinbar ungebrochene Prosperitätsphasen Klassenbewußtsein, gar Klassenverhalten erzeugen. Denn die dichotomische Wirklichkeitssicht als solche – „die da oben", „wir können doch nichts machen", „die beuten einen immer aus" – hat mit Klassenbewußtsein noch wenig zu tun, sie stellt z. T. sogar trotz des verbalen Anklangs das Gegenteil dar und bringt auch gegenteilige Reaktionen mit sich. Offensichtlich sind es eher „Sowohl-Als-Auch"-Perioden, die Erfahrung erzeugen. Gleichzeitig aber müssen auch die herrschenden Gegenmechanismen gegen alle Ausbildung von Klassenbewußtsein systematisch reflektiert werden, das in seiner Wirkung überhaupt nicht zu überschätzende herrschaftsichernde Prinzip: teile, teile, teile und herrsche. Konstitution von Klassenbewußtsein kann deshalb nur als langer, aufhaltsamer, an Rückschlägen reicher Prozeß begriffen werden, der allemal zu versanden droht oder in Gefahr ist, herrschaftlich aufgesogen zu werden. Auch die Unterstützung des gewerkschaftlichen Interessenkampfes – gegen die Gewerkschaftsführung – kann hierbei durchaus zweischneidig wirken.

**3. Die traditionellen Organisationen der Arbeiter und der Reform sind keine Träger einer Arbeiterpolitik und entsprechender Reformen mehr! Kann man sie deshalb rechts liegen lassen?**

Das Dilemma und die falsche Alternative von Reform und/oder Revolution soll hier gar nicht angesprochen werden. Die abstrakte Umschlagsvorstellung von Revolution ist ebenso falsch wie die tantenhafte Reformvorstellung des Durchwurstelns mit stückwerkstechnischem Löffel. Habhafter und bedeutsamer erscheint im Zusammenhang einer Diskussion sozialer Träger von aktiver Veränderung, daß die SPD und die Gewerkschaften als Träger einigermaßen konsequent reformerischer, gar nicht zu reden von reformistischer Politik gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht in Frage kommen. Kann man deshalb ohne weiteres zur Tagungsordnung z. B. des SB übergehen?
Zur Beantwortung dieser Frage ist es sicher nicht ohne Bedeutung, zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften – und in allerdings wesentlich geringerem Maße auch SPD – teilweise noch Arbeits- und Schutzfunktionen für Sozialisten und somit auch für eine Reihe von aktuellen und potentiellen SB-Mitgliedern wahrnehmen. Viel wesentlicher ist jedoch, daß die mit sozialistischen Interpretationen ansprechbaren, für sozialistische Zielsetzung mobilisierbaren einzelnen und Gruppen überwiegend in Arbeitszusammenhänge eingebettet sind, die sozialdemokratisch dominiert werden. Trotz oftmalig erlebter und bevorstehender Enttäuschung bleiben sie in der gewerkschaftlichen und berufsspezifischen Arbeit bewußtseinsmäßig und oft auch organisatorisch an die SPD gebunden. Und man kann nicht davon ausgehen, daß die zum Teil zweifellos gelockerte Bindung nur noch etwas aufklärerisch gezogen werden muß, um vollends abzureißen.
Es ist gar keine Frage, daß vom bestimmenden Teil des SPD-, aber auch des Gewerkschaftsapparats Entpolitisierungs- und Entsolidarisierungsprozesse eher unterstützt, ja initiiert denn gebremst und umgekehrt werden. Der angebliche Rechtstrend der Arbeiter stellt zu einem guten Teil nichts anderes dar als eine sich selbst erfüllende Prophetie. Aber selbst wenn der sozialdemokratische Goliath auf tönernen Füßen ginge, selbst dann überschätzte sich das SB derzeitig, wollte es die Davidrolle übernehmen. Der Einwirkungschance auf die Mehrheit der Arbeiter, Angestellten usw. kann man sich nicht deshalb begeben, weil man Angst vor der eigenen Korrumpierung hat. Genau letztere muß durch die Organisation

**Suchen Sie vergriffene Bücher?**

Wenn es um **Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung und Sozialismus** geht, findet man bei uns das größte antiquarische Angebot der Schweiz!

Bestellen Sie unseren neuesten **Politik-Katalog 175**

**Pinkus-Genossenschaft,**
Buchhandlung und Antiquariat,
Froschaugasse 7, **8001 Zürich**
Telefon 32 26 47 oder 32 26 74


des SB und seine Strategie ausgeschaltet werden. Wenn das SB am Beispiel Portugal die, wie es im Portugal-Flugblatt heißt, „objektiv konterrevolutionäre Rolle" sozialdemokratischer Politik aufzeigt, wenn wir im Kampf gegen Berufsverbote und Repression Roß und Reiter nennen, also die exponierte Mittäterschaft der SPD und der meisten Gewerkschaftsvorstände klar als solche bezeichnen, wenn also in solchen zentralen politischen Fragen unmißverständlich sozialistische Positionen vertreten und durchgehalten werden, dann fördern wir einen politischen Orientierungsprozeß, der an aktuellen Erfahrungen anknüpft und längerfristig integrierend für die Herausbildung einer autonomen sozialistischen Strategie wirkt. Diese Einwirkungschance schwindet aber jählings, wenn man sich auf einen organisatorisch abgrenzenden Konfrontationskurs begibt, wenn wir dem SB und seinen Mitgliedern eine abstrakte Entweder-Oder-Entscheidung abfordern.
Dennoch bleibt das Dilemma vor allem im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der SPD und im Hinblick auf den Versuch, linke Positionen in der SPD zu unterstützen. Doch das Dilemma ergibt sich auch im Hinblick auf die gewerkschaftliche Mitarbeit. Was trägt man mit, was kann man noch mittragen, wo begibt man sich der Einwirkungschance genau, weil man noch in diesen Organisationen mitarbeitet? Es gibt hier keine klare Antwort, sondern nur eine fallbezogene Diskussion, solange eine prinzipielle Entscheidung nicht zu treffen ist. In keinem Fall aber scheint es zulässig, sich von wichtigen Aktivitäten auch im Sinne der Basisarbeit abhalten zu lassen, weil man sonst mit dem Apparat in Schwierigkeiten kommt.

**4. Straffe Organisation oder Diskussions-Club?**

Das Problem des SB scheint nicht in zu viel, sondern in zu wenig Verbindlichkeit zu bestehen. Wie will man aber Erfahrungsarbeit, Fortführung von Konflikten u.a.m. leisten, wie will man nicht nur hin und wieder punktuell mobilisieren, sondern die Mobilisierten auch kontinuierlich politisieren, wenn man nur über ein vages organisatorisches Muster verfügt? Gleichzeitig aber besitzen organisatorisch strikter verfugte Prozesse – jenseits der Frage des Verhältnisses zu schon bestehenden Organisationen – eine Eigendynamik, die schon oftmals den Zweck einer Organisation zum Organisationszweck hat verkümmern und sich verkehren lassen. Um das Überschießen organisatorischer Zwänge über die inhaltlich erwiesene, soziale und politische Wirklichkeit des SB zu vermeiden, wurden bekanntlich auch die organisatorischen Schritte z. B. sehr zaghaft unternommen. Auf dieses Zögern bezieht sich auch die organisatorische Ungeduld einer Reihe von Gruppen. Wieder stecken wir in einem Dilemma, das keinen klaren Schnitt im Sinne eines Entweder-Oder erlaubt. Denn so sehr ein Steigern der Verbindlichkeit erforderlich ist, gerade auch in den strategischen Positionen, so wenig hilft doch das bloße Fordern oder die bloße Entscheidung, die Organisation zu straffen. Wer wird denn da wie gestrafft? Und vor allem: begibt man sich mit einer vorgezogenen organisatorischen Entscheidung, gar in Richtung auf ein parteiähnliches Gebilde, nicht aktuell und für die übersehbare Zeit der Chance, den Erfahrungs- und Interessenumkreis des SB auszuweiten, in der Tat in oftmals nur in einzelnen Bereichen faßbaren Krisensituationen zu mobilisieren und die Mobilisierten zu stabilisieren? Indem man Subjekt mit Hilfe einer organisatorischen Entscheidung spielt, gewinnt man noch keine politische, vor allem keine politisch gewichtige Identität. Dennoch darf die relativ lockere organisatorische Struktur nicht zur Diskussion ohne Ende führen, so als gäbe es unendlich viel Zeit und als könnte man sich das Spiel einer entscheidungsoffenen Diskussion in einer verherrschaftlichten Gesellschaft, die über immer enger werdende Repressionsmaschen verfügt, erlauben.

**Zur Vorgehensweise: Ein Schritt hinwärts, ein Schritt herwärts**

Legt nicht das Aufweisen der fehlenden Eindeutigkeiten und der Fülle der Zweideutigkeiten einen Strategieansatz nahe, der ein solcher sinnvollerweise überhaupt nicht mehr genannt werden kann: aufgeregtes Schwanken und sterile

Unsicherheit? Ganz und gar nicht. Es sei denn, man mache es der seitherigen Argumentation zum Vorwurf, daß sie Scheinsicherheiten vermeiden, Einbahnstraßen vorsichtig befahren und Sackgassen umgehen möchte; es sei denn, man vermisse die starken Ausdrücke, die – überzogenen – Begrifflichkeiten. Letztere erwecken zuweilen den Anschein, mehr der analytisch-strategischen Unsicherheit zu entstammen, die durch begrifflichstarkes Pfeifen übertönt werden soll, als das ruhige Wissen um die nächsten und übernächsten Schritte zu dokumentieren. Es scheint mir nicht untypisch, daß sich alle auf „Erfahrung" berufen, sei diese nun unvermittelt oder historisch langatmig. Auch die Erfahrung über die Erfahrung der Arbeiterklasse u. ä. m. spielt eine erhebliche Rolle. Die Erfahrung aber der eigenen Unsicherheit – machen wir doch kein Schauspiel voreinander –, auch gerade im Hinblick auf die einzuschlagende Strategie, die Erfahrung, wie unsicher Verhaltenserwartungen längerfristiger Art sich darstellen, solche Erfahrungen werden anscheinend verdrängt. Werden aber diese Erfahrungen nicht mehr so kaschiert und beginnen die Genossen, die verschiedenen Erfahrungen, die sich durch Lebensalter und Berufsposition ergeben, wechselweise aufzunehmen, dann ergeben sich auch für die Methode der fortlaufenden, der zunehmenden Strategiefindung bestimmbare Schlußfolgerungen. Einige davon seien knapp angedeutet:

**Interessennähe**

Dieses Konzept des SB, wie es kürzlich von Oskar Negt noch einmal beschrieben und unterstrichen worden ist, ergibt sich unmißverständlich aus dem zuvor Gesagten. Nur durch Anknüpfen an die primär (wenn auch nicht ausschließlich) in den verschiedenen Berufsbereichen zum Ausdruck kommenden bzw. unterdrückten Interessen, nur durch deren Beförderung, Artikulation, ansatzweiser Organisierung läßt sich strategische Abstraktion und organisatorische Isolation vermeiden. Dieser Interessenansatz hat aber, da die verschiedenen Interessen nicht ohne weiteres (auch in Krisen nicht, jedenfalls nicht wahrscheinlich) zusammenschießen, beträchtliche strategische und vor allem organisatorisch-methodische Konsequenzen.

**Langfristigkeit und Stufen sozialistischer Strategie**

Der sehr verschiedene Stand der Interessen, ihre lokale und soziale Zersplittertheit, die oftmals sehr kurze individuelle und kollektive Erfahrungszeit machen eine langfristig angelegte, verschiedene Organisationsformen und organisatorische Etappen vorsehende Vorgehensweise unvermeidlich. Diese Langfristigkeit und dieser organisatorische Ansatz sind nicht zu verwechseln mit dem „langen Marsch durch die Institutionen", obwohl manche Analogien vorhanden sind. Es geht auf der einen Seite darum, Interessen und Erfahrungsbereiche mitzustrukturieren und gegebenenfalls organisatorisch mitzutragen, die noch nicht als solche Teile einer sozialistischen Strategie sein können, wohl aber mit ihr vereinbar sind und in sie „hinüberzuwachsen" vermögen. Aus diesem Grunde ist es auch falsch, Aktivitäten, nur weil sie zunächst „bloß" liberale darstellen, nicht auch als SB-Aktivitäten zu betreiben bzw. sie zu verpönen.

Auf der anderen Seite ist es zwar eine Illusion, zu meinen, man könne die bestehenden Institutionen, indem man sich zahlreich in ihnen tummle, nach und nach „übernehmen" – dieser Täuschung sind wohl manche, die den „langen Marsch" so oft zitierten, erlegen. Wohl aber kommt es darauf an, in bestehenden Organisationen und Institutionen (und zwar gewöhnlich nicht in Form frontalen Widerstands) zu wirken. Ein solches Wirken i. S. sozialistischer Strategie ist aber nur möglich, wenn es einerseits so etwas gibt, wie eben das SB, und wenn dieses Tätigsein andererseits i. S. einer „Partisanenarbeit" erfolgt. D. h. wenn man den verherrschaftlichen Tätigkeitssinn innerhalb der einzelnen Institutionen einzeln oder in der Gruppe jeweils so umzubiegen, so zu politisieren vermag, daß man in einem doppelten Sinne erhalten bleibt: als berufliche Existenz und als politische Person ohne Schizophrenie. Das Eingehen auf noch nicht sozialistische Interessen, das sozialistische Verhalten in völlig fremdbestimmten Situationen stellen erhebliche Anforderungen an die einzelnen, an die Gruppen, das SB insgesamt. Man kann solchen Anforderungen nur genügen, wenn die Strategie klar, aber auch gleichzeitig fallnah ausfällt und situationsspezifisch – nach vorgängiger Diskussion – abgewandelt werden kann.

**Exemplarische Mobilisierungsstrategie**

Es kann nicht darum gehen, entweder auf der einen Seite solange zu warten, bis an allen Ecken und Enden, bis in jeder Basisgruppe, in jedem Interessenbereich entsprechende ‚Erfahrungen' gemacht worden sind, bzw. man sich bereit fühlt, solche zu machen. Es geht auf der anderen Seite auch nicht an, nach Maßgabe abstrakt ermittelter Gemeinsamkeiten in die politisierende Bütt zu steigen. Indem man bestimmte Bereiche, in denen Interessen und ihre Unterdrückung besonders laut werden, herausgreift und versucht, diese Interessen allgemeiner zu vermitteln, vermeidet man ein Doppeltes: die Isolation dieser Interessen und das mangelnde Sich-Betroffen-Fühlen anderer Bereiche. Das Beispiel der Arbeitslosigkeit könnte hier angeführt werden – in der Regel reagieren immer nur diejenigen, die direkt betroffen sind –, aber auch das Beispiel der politischen Repression. Man muß die Hindernisse, die beispielsweise ein Arbeiter hat, zu erkennen, daß er von der Repression im öffentlichen Dienst auch betroffen ist, klar sehen. Umso wichtiger ist es, daß man sich exemplarisch Mobilisierungsmöglichkeiten, die Bereiche übergreifen, nicht entgehen läßt.

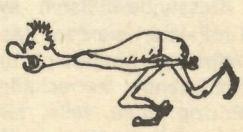
**Basis- und Bundesorganisation**

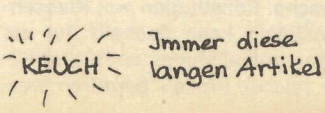
Eine durchgegliederte Organisation mit straffer Entscheidungsbildung wäre für das SB und zugunsten einer sozialistischen Strategie in jeder Weise verfrüht. Gerade infolge der erwähnten Gesichtspunkte, des Interessen- und Erfahrungsansatzes auf der einen, des Standes dieser Interessen auf der anderen Seite, bedarf es starker Basis- und Bereichseinheiten, die über einen relativ großen Manövrierraum verfügen müssen. Das SB als sozialistisch-strategische Kommandozentrale ist eine absurde Vorstellung. Dennoch bedarf es aber größerer Verbindlichkeit, und ist es auch nötig, daß auf Bereichs- und/oder Bundesebene Initiativen ergriffen, Mobilisierungsstrategien in Gang gesetzt werden können, ohne daß alle Basisgruppen und alle Bereiche hinreichend bereit und ‚reif' dazu sind. Deshalb muß das Büro und sein Entscheidungsmuster einerseits gestrafft werden, andererseits bedarf auch das Büro eines relativ großen Entscheidungsspielraums. Starke Basis- und Bereichseinheiten und starkes Büro bedeuten nicht eine Entkoppelung der verschiedenen Aktivitäts- und Entscheidungsebenen, wohl aber die Möglichkeit, sich in differenzierter Weise wechselseitig herauszufordern und voranzutreiben. Eine geschlossene Organisation mit Entscheidung auf- und abwärts würde diesen Prozeß abbrechen, die strategischen Ansatzpunkte des SB ausschnitthaft verkürzen und das SB insgesamt schwächen.

**Kleine Flamme, viele Flammen**

Das SB wird von keiner historischen Welle getragen. Die Zeiten sprechen nicht dafür, daß eine solche Welle, die nicht nur trägt, sondern gesteuert werden könnte, erwartbar wäre. Jede künstlich organisatorisch hochgezogene Stichflamme könnte für das SB und seinen Ansatz tödlich sein, gerade dann, wenn es darum geht, tatsächlich an Erfahrungen, tatsächlich an Interessen und nicht bloß an intellektuellen Einsichten Weniger anzusetzen. Gleichzeitig ist die zunächst defensive Position eindeutig, so ärgerlich, ablehnenswert das klingen mag. Aber es geht in der Tat nicht um solche Gefühle. Diese Position überwindet man nicht mit verbalem Muskelspannen; diese Position bedeutet freilich auch kein wohlgefällig skeptisch-resignatives Sich-Bescheiden, keine Suche nach dem nicht zu findenden sozialistischen Glück im Winkel. Vielmehr erfordert die Klarheit über die defensive Position, in welcher wir uns befinden, ein viel härteres Arbeiten, gerade um die vorantreibenden Momente in den verschiedenen Erfahrungsbereichen zu nutzen und zu fördern. Insoweit besitzt dieses Arbeiten aus der defensiven Position heraus ohne Frage einen „offensiven Stachel". Diesen verliert es freilich in dem Maße wie man die Handlungsfähigkeit, die Subjekthaftigkeit als mitdefinierender Akteur überschätzt.

Es sei an dieser Stelle brüsk abgebrochen. Soll eine sozialistische Strategie des SB aus den schon zahlreich vorhandenen Ansätzen heraus gewonnen werden, dann bedarf es in nächster Zeit der Disziplin ohne organisatorische Sanktionen, einer Atmosphäre ohne Verdacht. Letzteres bedeutet nicht die Gründung eines Clubs der Blauäugigen, wohl aber die Realisation der Einsicht, daß man sozialistische Strategie zu mehr als verbaler „Vollkommenheit" nur treiben kann, wenn man täglich – pardon! – versucht, selbst als Sozialist zu leben.






JETZT ABONNIEREN

SEIT 29 JAHREN BEFREIUNG
DIE ANARCHISTISCHE ZEITUNG

- 4 Extraseiten Spanien/ Portugal
- Problematik Betriebsarbeit Theorie und Praxis
- Aktuelles aus dem In- und Ausland

ABONNEMENT:
12 Ausgaben 12.-- DM 6 Ausgaben 6.-- DM
Postscheckkonto Köln Nr 207557-504 (Uli Dillmann)
Verlag 'Neue Kultur' Uli Dillmann
5 Köln 1 Postfach 2502 63

# Zur Lage in Dänemark

Haakan Arvidsson /
Lennart Berntson

Dänemark befindet sich derzeit in seiner schwersten wirtschaftlichen Krise seit den dreißiger Jahren. Produktion und Investition sind beträchtlich zurückgegangen. Das Zahlungsbilanzdefizit wächst weiter. Die Inflation liegt eher über als unter 15 %. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit 12,5 % (!) überschritten – in absoluten Zahlen sind das ca. 150 000 Personen.

Nun ist ja der größte Teil solcher Verhältnisse ein allgemeiner Zug in den Ökonomien der westlichen Welt. Der fortgeschrittene Kapitalismus befindet sich in seiner schwersten Krise der ganzen Nachkriegszeit, doch das für Dänemark Besondere ist Tiefe und Umfang der Krise. So ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit um die Jahreswende 1974/75 fast doppelt so hoch gewesen wie in der Mehrzahl der anderen westeuropäischen Länder.

## Die Besonderheiten der dänischen Krise

Wie erklärt sich nun die Besonderheit der gegenwärtigen Krise im dänischen Kapitalismus? Nach offizieller dänischer Meinung rührt die Tiefe der Krise insbesondere daher, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit der Industrie als Folge einer kräftigen Lohninflation zu schwach geworden ist. Folgerichtig ist also die wichtigste Forderung der führenden Machtgruppen eine einkommenspolitische Lösung. Auch die dänische Sozialdemokratie folgt im großen und ganzen dieser Linie. Das Motiv ist zweifach: teils wird durch eine Senkung der Löhne der Arbeiterklasse der Import verringert und der Druck auf die Zahlungsbilanzen erleichtert, teils stärkt man die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, erhöht den Export und verringert auch auf diese Weise das Zahlungsbilanzdefizit. Einkommenspolitik in Kombination mit einer Verringerung der öffentlichen Ausgaben, mit dem Ziel, zuallererst die Inflation einzuschränken und das Zahlungsbilanzdefizit zu verringern, sind die beiden beherrschenden Forderungen von Seiten der führenden Politiker, Beamten und Unternehmer.

Der Hauptgrund dafür, daß die internationale wirtschaftliche Krise gerade in Dänemark so schwerwiegend geworden ist, liegt in der spezifischen ökonomischen Entwicklung und Klassenstruktur Dänemarks. Das auffallendste Merkmal ist die vergleichsweise schwache Stellung des Groß- und Monopolkapitals. Gewiß fand und findet eine Eigentumskonzentration in verschiedenen Wirtschaftszweigen statt. Doch das Agrar- und Handelskapital hat – besonders aufgrund seiner langen Dominanz im Exportsektor – eine starke Stellung im Bürgertum; bis in die Mitte der 60er Jahre war der Anteil der Landwirtschaft am Export größer als der der Industrie. Die relativ späte Industrialisierung hat dazu geführt, die Hegemonie des Großkapitals (der Großindustrie und der Finanzaristokratie) zu verzögern und zu schwächen. Das mittlere Kapital und die Kleinkapitalisten sind deshalb innerhalb der bürgerlichen Klasse relativ stark.

Ein weiteres Merkmal für die schwächere Zentralisation und Konzentration der dänischen Industrie ist die Tatsache, daß die Produktivität der dänischen Industrie erheblich niedriger ist als z. B. die der schwedischen Industrie, auch wenn man die Verschiedenheit der industriellen Struktur der beiden Länder berücksichtigt. In den Jahren 1961 bis 1971 war die Produktivitätssteigerung in der schwedischen Industrie 7,7 % jährlich gegenüber 5,7 % in der dänischen Industrie. Dieser niedrige Produktivitätszuwachs spiegelt einen geringeren Grad und ein geringeres Wachstum der Kapitalintensität in Dänemark wider. Ein anderes Indiz für die schwache Expansion und Stellung industriellen Großkapitals findet man darin, daß der Anteil der größeren Unternehmen am gesamten Industrieexport in den Jahren von 1960 bis 1972 von 22 % auf 8 % absank. Die ökonomische Stärke der kleineren und mittleren Unternehmen zeigt sich auch in ihrem bedeutsamen politischen Einfluß und hat das Großkapital zu wirtschaftlichen und politischen Kompromissen gezwungen.

Wie in anderen Ländern ist auch in Dänemark das Kleinbürgertum in den letzten 30–40 Jahren stark zurückgegangen, ist aber immer noch vergleichsweise erheblich. (Unter Kleinbürgertum verstehen wir die einzelnen Besitzer von Produktionsmitteln, die man in der einfachen und kleinen Warenproduktion findet. Das Produktionsmittel ist hier nicht Kapital, sondern dient nur dazu, dem Besitzer die persönliche Versorgung zu garantieren. Diese Gruppe ist daher von den Kleinkapitalisten zu unterscheiden, auch wenn die Grenze zwischen den beiden verschwimmt.) Die folgenden Zahlen über den Anteil des Kleinbürgertums an den gesamten Erwerbstätigen sind aufschlußreich:

| | 1930 | 1965/70 |
|---|---|---|
| Dänemark | 38 % | 21 % |
| Schweden | 31 % | 14 % |

Die Unternehmer machten 1965 in Schweden ca. 11 %, in Dänemark ca. 18 % der Erwerbstätigen aus. Und noch eine andere Statistik zeigt die Stärke des dänischen Kleinbürgertums. Zwischen 1958 und 1970 wuchs die gesamte Personalstärke im Handwerk um ca. 70 000. Die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte belief sich 1969 in Dänemark auf 33 000 und in Schweden auf 14 000. Das macht ein Geschäft auf 149 Einwohner in Dänemark und auf 570 in Schweden. Der Anteil der Supermärkte an allen Geschäften betrug 1970 in Dänemark 2,6 % und in Schweden 10,4 %.

Diese Ziffern weisen eindeutig in die Richtung, daß das Kleinbürgertum in Dänemark immer noch eine vergleichsweise umfassende und bedeutsame Gruppe ausmacht. Dies gilt nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für Handel und Handwerk. Zugleich machen die kleineren und mittelgroßen Unternehmen auch in der Industrie einen beträchtlichen Anteil aus. Die monopolkapitalistische Produktionsweise hat also in Dänemark nicht diese Verbreitung und Verankerung wie in der Mehrheit der anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Während das Kleinbürgertum nach und nach, wenn auch auffallend langsam, zurückgegangen ist, ist die Mittelschicht im Gegensatz dazu angewachsen. 1930 betrug sie 17 % der Erwerbstätigen, 1967 28 %. Eine andere bemerkenswerte Veränderung ist, daß ein ständig wachsender Teil der Angestellten im öffentlichen Bereich arbeitet. 1950 waren es 46 %, 1965 52 % und 1972 waren es 60 %. Dieser Umstand, daß das Kleinbürgertum Zug um Zug durch die Mittelschicht ersetzt wird, nicht aber durch eine Ausweitung der Arbeiterklasse, ist wichtig unter dem Gesichtspunkt, daß die Mittelschicht politisch und ideologisch eine dem Kleinbürgertum ähnliche Haltung einnimmt. Besonders wichtig ist jedoch, daß ein wachsender Teil dieser Mittelschicht im öffentlichen Dienst angestellt ist.

Der größere Teil der Arbeiterklasse hat seine Verankerung in Erwerbszweigen außerhalb der eigentlichen Industrie, besonders in der Landwirtschaft, dem Handwerk, in Transport und Handel und im öffentlichen Dienst. Es gab hier allerdings Verschiebungen von der Landwirtschaft in die übrigen Sektoren, doch mit Ausnahme eben der Industrie, wo die Beschäftigungszahl in den 60er Jahren zurückging. Die relative Schwäche der Industriearbeiter innerhalb der Arbeiterklasse hat ihre Fähigkeit, der gesamten Arbeiterklasse eine selbstbewußte, „proletarische" Prägung zu geben, erschwert. Vielmehr hat die Klasse in Landwirtschaft, Handel und Handwerk enge Beziehungen zum Kleinbürgertum. Doch auch die Tatsache, daß die Mehrzahl der Industriebetriebe klein oder von mittlerer Größe sind, hat die soziologische Nähe zu den Kleinbürgern und Kleinkapitalisten verstärkt.

In der sozialen Nähe von Arbeiterklasse und Kleinbürgertum liegt ein wichtiger Grund für die Empfänglichkeit der Arbeiterklasse für kleinbürgerliche Ideologie und Politik. Die Wirkungen dieser Empfänglichkeit zeigen sich auf verschiedene Art. Radikalismus und Militanz werden abgeschwächt. Tendenzen zur Zurückhaltung und zum Nachgeben werden verstärkt. Innerhalb der Arbeiterklasse reproduziert sich ständig eine ideologische Basis für die Unterstützung von Politik und Organisationen mit bürgerlichen Vorzeichen. Die Reproduktion dieser „ideologischen Basis" wird nicht zuletzt auch durch bestimmte materielle Bedingungen beinflußt. Ein wesentlicher Teil des persönlichen Einflusses in der Arbeiterklasse kommt vom proletarisierten Kleinbürgertum mit vielen bestehenden Bindungen an die frühere Klasse. Andererseits gibt es auch eine Mobilität aus der Arbeiterklasse in neue Angestelltenschichten und auch in kleinbürgerliche Positionen, wie Bauunternehmer, Fuhrunternehmer, Besitzer von Reparaturwerkstätten, Einzelhändler usw. Die Möglichkeit einer solchen Art von Aufstieg wirkt sich politisch und ideologisch auf Teile der Arbeiterklasse aus.

Diese und zusätzliche Bedingungen haben eine reformistische Arbeiterbewegung geschaffen, die jedoch schwächer als die Sozialdemokratie in den anderen skandinavischen Ländern ist.

## Politische Folgen der Klassenverhältnisse

Wie sieht nun die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Großkapital in Dänemark aus, auf dem Hintergrund einer Fraktion des Großkapitals, dessen Hegemonie in der Bürgerklasse schwach und gebrechlich ist; einem auffallend starken und einflußreichen Kleinbürgertum; einer reformistischen Arbeiterbewegung, der die Dominanz und Selbständigkeit fehlt, die etwa für die norwegische, schwedische oder englische Sozial-

demokratie bezeichnend ist? Diese Besonderheiten in der dänischen Sozialstruktur haben eine dauernde und stabile Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Großkapital vereitelt. Sicherlich hat eine informelle Zusammenarbeit stattgefunden und findet auch hin und wieder statt, doch die Dominanz und Hegemonie selbst in dem Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Großkapital brach sich immer wieder an der ungewöhnlich starken Stellung, die mittleres und kleines Kapital in der dänischen Wirtschaft und Sozialstruktur einnehmen. Die Früchte dieser Stärke konnten das mittlere Kapital und das Kleinbürgertum bei Wahlen und auf der parlamentarischen Ebene als Einfluß auf wiederholte bürgerliche Regierungen ernten – besonders in den Jahren 1947–50, 1953–55, 1968–71. In diesen Fällen war das Großkapital, um seine langfristigen Fraktionsinteressen zu sichern, zum Nachgeben und zu Kompromissen mit den mittleren und kleinen Unternehmensbereichen gezwungen. Die monopolistische Fraktion des Großkapitals hat also selbst nicht die Kraft gehabt, die politische Organisation von bürgerlicher Seite zu prägen, im Gegensatz etwa zum Gaullismus in Frankreich, der CDU in Westdeutschland und den Tories in England.

Die unzeitgemäß starke Stellung des Kleinbürgertums und Kleinkapitals trägt zur Zuspitzung und Vertiefung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bei. Die besonderen Züge der dänischen Klassenstruktur bestehen eben in dieser nicht zu Ende gebrachten Auseinandersetzung mit dem Kleinbürgertum. Natürlich ist auch in Dänemark das Kleinbürgertum eine untergeordnete und langsam, doch allzu langsam aussterbende soziale Klasse. Was die dänische Krise so kompliziert macht, ist jedoch die Tatsache, daß bedeutende Teile des Kleinbürgertums und der Mittelschichten zu Beginn der Krise (und teils auch bereits kurz vorher – schon im Hochkonjunkturjahr 1973) in eine rebellische Situation gerieten, eine Art unbewußten und primitiven Aufruhrs gegen die etablierten und traditionellen Parteien und deren Arbeitsformen: das sogenannte Glistrup-Phänomen.

Auf Anhieb könnte es scheinen, als richte sich diese Revolte, die sich bislang auf den parlamentarischen Bereich beschränkte, primär gegen die traditionellen bürgerlichen Parteien. Doch die Revolte drückte sich vor allem im Versuch aus, den öffentlichen Bereich einzuschränken, frühere soziale Reformen zu untergraben, in der Weigerung gegen die Einführung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, in der bewußten Distanz von einer expansiven Finanzpolitik, im Versuch, die wirtschaftlichen Vorteile der Mittelgruppen auf Kosten der schlechter Bezahlten auszudehnen. Angesichts dieser Maßnahmen ist die Revolte genau genommen eine direkte und herausfordernde Drohung gegen die sozialen Fortschritte und Reformen, die die dänische Arbeiterklasse sich in den letzten 40 Jahren aneignen konnte. Die derzeitige Krise läßt sich also nicht nur als ungewöhnlich einschneidende Rezession betrachten, sie ist in mindest eben so hohem Maß eine politische Krise für die dänische Arbeiterklasse.

Die Glistrup-Partei hat einen Stimmenanteil von ca. 450 000 und ca. 15 % der Parlamentssitze. Den Hauptanteil dieser Stimmen holt sich Glistrup teils aus dem städtischen Kleinbürgertum der Kleinhändler, Handwerker, kleineren Familienunternehmen in der Industrie, dem Transport- und Handelssektor, teils auch von Angestellten im privaten Bereich. Dagegen ist die Unterstützung durch öffentliche Angestellte verschwindend gering. Der Anteil der Arbeiterwähler in der Partei Glistrups wird gewöhnlich erheblich übertrieben. Der Hintergrund der kleinbürgerlichen Revolte, des Bruchs des städtischen Kleinbürgertums und der Angestellten im privaten Bereich mit ihren traditionellen politischen Repräsentanten, der Liberalen Partei (Radikale Venstre) und den Konservativen, ist vermutlich in der Politik zu suchen, die die bürgerliche Regierung in den Jahren 1968 bis 1971 verfolgte.

Diese Regierung hatte Maßnahmen ergriffen, die die wirtschaftliche Belastung eben des städtischen Kleinbürgertums erhöhte. Insbesondere zeigte sich das in dem ungewöhnlich raschen Ausbau des öffentlichen Sektors, den sukzessiven Steuererhöhungen, einer gesteigerten staatlichen Intervention in die Wirtschaft. Überdies wurden diese Maßnahmen begründet mit einer für das Kleinbürgertum und die benachbarten Mittelschichten völlig fremden, etatistischen, sozialliberalen Ideologie, mit Betonung einer kollektiven, solidarischen Gesellschaftsmoral.

Die Revolte des Kleinbürgertums hat vermutlich dessen Einfluß auf die dänische Politik erhöht, mit der Folge, daß die schon früher gebrechliche und ineffektive Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Großfinanz zusammengebrochen ist. Der Grund für das politische Dilemma der Regierung Hartling lag darin, daß sie sich von ihren Wählern her eben auf die Gesellschaftsgruppen stützte, deren Interessen die Regierung weitgehend mißachten mußte, um längerfristig die strukturellen Ursachen der Krise auszuräumen und damit dem Expansionsbedarf des Großkapitals entgegenzukommen. Hartling glaubte, die Krise durch eine Politik, die die ökonomischen Ansprüche des Kleinbürgertums und der Mittelschichten auf Kosten der Arbeiterklasse verbesserten, mildern und einschränken zu können. Statt dessen verschärfte die Regierung die sozialen und politischen Widersprüche – besonders zwischen der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum.

In der derzeitigen Situation zeigt sich das Bestreben, die frühere Zusammenarbeit zwischen dem Großkapital und den sogenannten etablierten großen Parteien, mit der Sozialdemokratie an der Spitze, wiederherzustellen. Auf der politischen Ebene sind die traditionellen Machtgruppe offenbar daran interessiert, einerseits den wachsenden Radikalismus in der Arbeiterklasse, der sich heute in der Kommunistischen Partei Dänemarks kanalisiert, andererseits den parlamentarischen Ausdruck der kleinbürgerlichen Wahlrebellion, nämlich die Glistrup-Partei, zu isolieren. Doch dieses Bestreben zeichnet sich durch Unsicherheit bei den etablierten Parteien aus. Die Sozialdemokratie ist geschwächt durch innere Spaltung und Rückschläge bei den Wahlen, was zum Teil die politische Krise der Arbeiterklasse ausdrückt, die unter anderem durch eine politisch-ideologische Polarisierung innerhalb der Klasse zwischen wachsendem Linksradikalismus und der Einwirkung einer kleinbürgerlichen rebellischen Stimmung gekennzeichnet ist. Die Konservative Volkspartei teilt sich in eine Gruppierung unter dem Einfluß der Reformbedürfnisse und Zusammenarbeitsforderungen des Großkapitals und einer Strömung unter dem Eindruck der Revolte von großen Teilen der Wählerbasis der Partei – einer Revolte, die ihre ökonomische Begründung in der allmählichen Ausschaltung des Kleinbürgertums durch das Großkapital hat, deren politische Spitze sich aber gegen die Arbeiterklasse richtet. Die Venstre-Partei (früher Bauern- heute Liberale Partei) hat sich seit den Dezember-Wahlen 1975 teils zum Fürsprecher der massiven Unzufriedenheit im Kleinbürgertum und in den Mittelschichten gemacht, teils versucht, den organisatorischen Ausdruck dieser Unzufriedenheit – die Glistrup-Partei – parlamentarisch zu isolieren. In diesem Punkt hat die Venstre zweifellos ein gemeinsames Interesse mit der Sozialdemokratie, doch der Spielraum der beiden Parteien ist beschränkt, da sie sich auf verschiedene soziale Kräfte stützen, die zur Zeit in zwei völlig unvereinbare Richtungen auseinanderstreben. Hierin liegen auch die Gründe dafür, daß die beiden Parteien unfähig sind, in der Regierung zusammenzuarbeiten. Andererseits gilt es zu bedenken, daß die Parteien nicht nur in verschiedenen sozialen Kräften verankert sind, sondern auch an denselben Staatsapparat gebunden sind, und das führt sie in der gemeinsamen Verantwortung für die übergeordneten und verallgemeinerten Klasseninteressen, die dieser Staat ausdrückt, zusammen. Das Problem ist, daß es heute nicht mehr denselben wirtschaftlichen Raum gibt wie früher, um die Interessen des Großkapitals mit den Forderungen der sozialen Gruppen, auf die sich die Sozialdemokratie und die Venstre-Partei beziehen, zu vereinen. Unter den jetzigen Umständen hätte auch eine breite parlamentarische Koalitionsregierung einen schwachen politischen Stand. Insbesondere würde einer solchen Regierung die ausreichende Stärke fehlen, um die langfristigen strukturellen Probleme der dänischen Krise in Angriff zu nehmen, d. h. eben die Bedingungen, die den weltwirtschaftlich bedingten Aufschwung zuspitzen und vertiefen. Welche Maßnahmen gibt es nun, die auf längere Sicht die Grundlage für einen neuen, wenn auch geringeren Aufschwung des dänischen Kapitalismus sichern könnten?

Die Lösung besteht nicht in einer Beschneidung des öffentlichen Sektors, sondern in der Wegrationalisierung der kleinen, ineffektiven Unternehmen. Deshalb bedarf es solcher Maßnahmen, die die Konzentration und Zentralisierung von Kapital fördern. Nur ein solcher Typ von Rationalisierung kann auf längere Sicht international konkurrenzfähige Unternehmen hervorbringen. Reformen solcher Art lassen sich jedoch nicht auf technisch-administrative Probleme reduzieren, auf die Frage von Verwaltung, besserer Planung und zugänglicher Verwaltungsmittel. Zuallererst handelt es sich um ein politisches Problem. Die überholten Sektoren sind nämlich die materielle Grundlage für das Kleinbürgertum als Gesellschaftsklasse, eine Kraft, die heute nicht nur große Teile der Mittelschichten infiziert, sondern schlimmer: auch den „rechten Flügel" der Arbeiterbewegung. Der politische Einfluß des Kleinbürgertums behindert also heute die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Dänemarks.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die traditionell hinter einer Politik der Wegrationalisierung der Kleinbetriebe stand, weist heute nicht die organisatorische Kraft auf, die solche Reformen im Interesse des Großkapitals verlangen. Hinzu kommt, daß das Großkapital selbst geschwächt ist durch den erhöhten Einfluß, den das mittlere Kapital und das Kleinbürgertum sich über die Venstre- und Glistrup-Partei erzwungen haben. Diese Probleme bedingen u. a. die Schwierigkeiten bei der Bildung einer sogenannten tatkräftigen Regierung.

**Auszüge aus: Zenit. Nordisk socialistisk tidskrift. (Lund/Schweden) Nr. 40, April/Mai 1975**

# Kampf um Angola

Bettina Decke
Wolfgang Krebs

Angola: Am 10. November verließen die letzten offiziellen Repräsentanten des portugiesischen Kolonialismus die angolanische Hauptstadt Luanda. Wenige Stunden später zu Beginn des 11. November rief die „Volksbewegung für die Befreiung Angolas", die MPLA in Luanda, die „Volksrepublik Angola" aus; ihr Präsident wurde Agostinho Neto, der Vorsitzende der MPLA.

Zur gleichen Zeit verkündeten die miteinander gegen die MPLA verbündeten Bewegungen „Front für die nationale Befreiung" (FNLA) und „Union für die totale Unabhängigkeit" (UNITA) im nördlichen Ambriz eine „Gegenregierung": die „demokratische Volksrepublik Angolas". Ihr Präsident ist Holden Roberto (FNLA), sein Vertreter Jonas Savimbi (UNITA). Diese Regierung hat ihren Sitz in Nova Lisboa (umbenannt in Huambo), wo sich FNLA und UNITA bis vor kurzem noch befehdeten. Bis Mitte November hatten ca. 20 Staaten die „Volksrepublik Angola" (MPLA) anerkannt, darunter die Ostblockländer, Mozambik, Guinea (Bissau), Guinea (Conakry), Algerien, Kongo, Mali, Somali, Kuba, Brasilien und Nordvietnam. Von Anerkennungen für die Regierung der FNLA/UNITA war bis zu diesem Zeitpunkt nichts bekannt. Portugal enthielt sich jeder Entscheidung. Zugleich haben die USA (durch ihre politischen Machtträger Kissinger und CIA) sich vollkommen zur materiellen Unterstützung für die FNLA und die UNITA bekannt, das gleiche gilt für die UdSSR in Bezug auf die MPLA.

Zum Termin der „Unabhängigkeit" haben sich die bewaffneten Kämpfe zwischen MPLA und FNLA/UNITA verschärft. FNLA und UNITA haben ihr Ziel erreicht, am Tage der Unabhängigkeit die strategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Hafenstädte im Süden Angolas militärisch zu kontrollieren. (Mocamedes ist der Exporthafen für das Erz von Cassinga, dessen Vermarktung die Krupp AG in der Hand hat; Benguela ist der Endpunkt der Transportbahn für Rohstoffe aus Sambia und Zaire; FNLA und UNITA verfügen nun auch über die Möglichkeit, Waffen auf dem Seeweg zu importieren). Die meisten Beobachter sind sich einig, daß die Einnahme dieser Städte nur gelang aufgrund der Kampfgemeinschaft mit Truppen und Kommandanten der ehemaligen kolonialfaschistischen Sondereinheit „Kommando", mit Soldaten der faschistischen ELP (Heer zur Befreiung Portugals, Sitz in Spa-

**Die FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas).**

**1954 wurde die UPA, eine Vorläuferorganisation der UPNA (Volkspartei für Nordangola) von Mitgliedern des Bakongo-Stammes gegründet. Gründungsmitglied ist Holden Roberto. Die Bewegung hat ihren Sitz in Kongo-Leopoldville (Zaire-Kinshasa) und genießt das Vertrauen und die Unterstützung Menen Williams, Leiter der US-Abteilung African Affairs und Eigentümer eines Seifen- und Kosmetikmonopols.**

**1962 gründete Holden Roberto die GRAE (Revolutionäre Exilregierung Angolas) mit Sitz in Kinshasa. Mit Förderung der USA wurde diese Regierung von der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) anerkannt. (1974 wurde dieser Beschluß jedoch revidiert und die MPLA als repräsentative Befreiungsbewegung anerkannt.)**

**Die Regierung Johnson stellte die offene Unterstützung für die FNLA ein, jedoch flossen weiterhin Gelder verschiedener amerikanischer Organisationen und des CIA in die Taschen der FNLA. Außerdem sollen in den Einheiten der FNLA bis zu zwei Drittel Söldner aus dem Nachbarland Zaire sein. Holden Roberto hat kürzlich selber bestätigt, daß auch weiße Söldner als militärische Berater im Einsatz seien.**

**Die FNLA wird heute auch politisch, finanziell und mit Waffen von der Volksrepublik China unterstützt. Im Süden von Angola, wo die FNLA zusammen mit der UNITA in einer gemeinsamen Offensive gegen die MPLA stehen, kämpfen zur Zeit auch Einheiten der ELP (faschistische Befreiungsbewegung Portugals) und südafrikanische Söldner.** ■

**Die UNITA (Nationale Union für die völlige Befreiung Angolas). Jonas Savimbi, der Führer und Gründer der Unità, war Außenminister der FNLA-Exilregierung GRAE. Auf einer Konferenz in Kairo 1966 kritisierte er die eigensüchtige Machtpolitik Holden Robertos und schied damit aus der GRAE aus. Am 13. Juni 1966 gründete Savimbi in Lusaka, der Hauptstadt Sambias, die Unità. Bis 1969 genoß die Unità die wohlwollende Unterstützung der Regierung Sambias. Nach Angriffen der Unità auf die für die sambischen Kupfer- und Kaffeexporte lebenswichtige Benguela-Bahnlinie im Ostteil Angolas wurde die Unità aus Sambia ausgewiesen. Als Reaktion auf diesen Schritt der Regierung Sambias verband sich die Unità mit der ANC-Oppositionspartei in Sambia, die offen gegen das rassistische Regime in Rhodesien eintrat.**

**Die Unità verlegte in der Folge ihre Aktivitäten in Provinzen und Gebiete, die von der MPLA kontrolliert wurden, wo sie in Konkurrenz zur MPLA auftrat und von der portugiesischen Kolonial-Armee seit 1972 mit Waffen gegen die MPLA ausgerüstet wurde. In der jüngsten Zeit tritt die Unità für eine Zusammenarbeit mit Großbritannien und Südafrika ein. Eine Zeitlang nach der Abkehr Pekings von der MPLA genoß die Unità die volle Unterstützung Chinas.**

**Militärisch ist die Unità bis jetzt die schwächste Organisation, bekommt aber von der militärisch am stärksten gerüsteten FNLA und von Südafrika massive Unterstützung.** ■

**Die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas). 1953 wurde die illegale Massenorganisation PLNA (Partei des einheitlichen Kampfes der Afrikaner Angolas) gegründet. Die MPLA entstand im Dezember 1956 aus dieser und einer zweiten Organisation der MIA (Bewegung für die Unabhängigkeit Angolas) und weiterer politischer Gruppierungen. Es gelang der MPLA trotz der beinahe totalen Unterdrückung, Bespitzelung, Massenverhaftungen durch die PIDE, illegale Massenstrukturen im ganzen Land aufzubauen. Am 4. Februar 1961 löste die MPLA mit dem Angriff auf das Gefängnis in Luanda das Signal für den bewaffneten Aufstand gegen die Kolonialherrschaft aus. Nach einem Rückschlag im Norden durch die Auslösung eines Bürgerkrieges durch die FNLA waren die Eröffnung der Front in Cabinda 1964 und einer dritten Front 1966 in Südostangola wichtige Etappen. Anfang der siebziger Jahre hatte die MPLA in zehn Provinzen ein Netz von Gegenmachtstrukturen aufgebaut, die über die befreiten Gebiete hinaus reichten. 1967 standen bereits 70 000 portugiesische Soldaten im Einsatz gegen die Guerilla, Anfang der siebziger Jahre reichten 180 000 Soldaten nicht mehr aus, um einen weiteren Vormarsch der MPLA zu verhindern.**

**Im Dezember 1973 gelang es der MPLA, ein Abkommen mit der FNLA abzuschließen, es wurde ein gemeinsamer „Oberster Befreiungsrat" gegründet, und die MPLA erhielt zeitweise mehr Bewegungsraum in den Grenzgebieten zu Zaire. Im Ganzen wirkte sich das Abkommen für die MPLA eher negativ aus, es kam in der Folge zur Spaltung und politischen Schwächung der MPLA.** ■

**Am 15. Januar 1975 wurde das Abkommen von Alvor zwischen den Unabhängigkeitsbewegungen FNLA, UNITA und MPLA und der portugiesischen Regierung unterzeichnet. Das Abkommen hat im wesentlichen folgenden Inhalt:**

- **Am 11. November 1975 soll Angola die politische Unabhängigkeit erhalten.**
- **Es soll sofort eine provisorische Regierung gebildet werden, die unter dem Vorsitz des portugiesischen Hochkommissars (FNLA und UNITA lehnten Rosa Coutinho ab, Silva Gardoso trat an seine Stelle; Cardoso genoß das Vertrauen der weißen Bevölkerung und der FNLA und der UNITA) Vertreter der drei Befreiungsbewegungen und Portugiesen umfaßt.**
- **Im Oktober sollten freie Wahlen stattfinden, aus denen eine gewählte Regierung hervorgehen sollte.**
- **Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die portugiesische Armee mit 24 000 Mann, zusammen mit je 8000 Mann der Befreiungsbewegungen, die Ordnung im Land garantieren.**

**In Wirklichkeit glaubte wohl keine der Parteien an die Einhaltung dieses Abkommens. Der Unità und der FNLA öffnete das Abkommen den Weg in die angolanischen Großstädte, in denen die MPLA unter den Arbeitermassen starke Bastionen aufgebaut hatte und über ein breites Netz von Selbstverteidigungsorganen verfügte.**

**Während die FNLA hauptsächlich unter den Bakongo Huambos starke Verankerung hatte, verfügte die MPLA im Norden und die Unità in der zentralen Provinz Bié über ein breites Organisationsnetz. Das Abkommen diente der FNLA und der Unità zur Ausweitung ihres Einflusses über das ganze Land.**

**Die Unità profitierte außerdem durch die Unterstützung der weißen Siedler und weißen Arbeiter in den Städten.** ■

**(Aus: Zeitdienst, Zürich)**

■

nien) und mit Hilfe von Söldnern und Waffen aus Südafrika. Angriffe gegen die Ölenklave Cabinda (durch die separatistische FLEC und Truppen Zaires) und den Vormarsch gegen Luanda konnte die MPLA jedoch zurückschlagen.

Portugal war schon seit Monaten nicht mehr in der Lage gewesen, auch nur die geringsten politischen Entscheidungsfunktionen in Angola wahrzunehmen – Konsequenz der politischen Kämpfe und Kompromisse im „Mutterland", die die Dekolonisationspolitik Angolas von Anfang an unheilvoll bestimmt hatten. Ebenso entscheidend aber war die Tatsache, daß das an Rohstoffen reiche Angola etwa seit 1965 nur noch formalpolitisch Kolonie gewesen war, wirtschaftlich jedoch bereits neokoloniale Züge trug. Die Dekolonisation wurde daher intensiv von ausländischen Mächten bestimmt mit dem Ziel, die Operationsfreiheit der kapitalistischen Konzerne in Angola zu bewahren, bzw. Einfluß und Machtpotential der MPLA zu zerstören. Spinola und die PS 1) vertraten in Angola die noch machtvolle Logik des (internationalen) Kapitals.

Der Umsturz vom 25. 4. 74 in Portugal und die Perspektive der Dekolonisierung der portugiesischen Besitzungen in Afrika hat die imperialistischen Strukturen der ganzen Region erschüttert. Die möglichen langfristigen Auswirkungen mußten die Hauptinteressenten an den Ausbeutungsverhältnissen im südlichen Afrika – allen voran die USA und Südafrika, aber auch einige europäische Länder sowie Zaire – beunruhigen, was die hektischen diplomatischen Aktivitäten in der Folgezeit bestätigten.

Die Rückwirkungen, welche Mozambik und Angola als antiimperialistische und -rassistische Nationen nach einer Phase der internen Konsolidierung auslösen könnten, sind bei einem kurzen Blick auf die politische Geographie der Region leicht ersichtlich. Sie würden nicht nur eine Bedrohung der Rassistenherrschaft darstellen, sie könnten auch den abhängigen schwarzafrikanischen Staaten aus der Umklammerung helfen und den Kampf gegen die Diktatur Mobutus stärken, dessen Stellung selbst in der Herrschaftselite Zaires wankt.

Die imperialistischen roll-back-Versuche sind also nicht allein aus dem schier unermeßlichen Reichtum des Landes an Rohstoffen aller Art zu erklären, obwohl dies natürlich zentrales Interesse ist, es muß auch die strategische Schlüsselstellung Angolas innerhalb der Region gesehen werden und die große Angst des Westens vor der Errichtung sowjetischer Stützpunkte entlang der westlichen Tankerroute. Diese Versuche wurden zunächst durch einige Faktoren begünstigt:

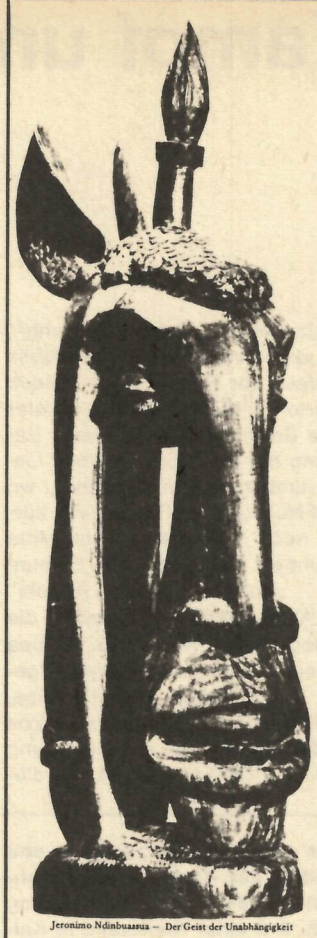
- In Angola bestehen neben der MPLA zwei „Befreiungsbewegungen", die sich dem internationalen Kapital andienen: Die FNLA unter H. Roberto, einem Geschöpf Mobutus und der CIA, sowie die UNITA J. Savimbis, dessen persönliche Ambitionen denen Robertos nicht nachstehen, und der vor der Revolution in Portugal seinen Kampf vor allem auf die MPLA konzentrierte.
- Die schwarzen Nachbarstaaten selbst sind proimperialistisch (Zaire) oder unabhängig (Sambia).
- Die MPLA durchlebte zur Zeit des Putsches eine ernste innere Krise.
- Die imperialistischen Mächte konnten sich zur Regierungszeit Spinolas – zumindest für kurze Zeit – des offenen Einverständnisses Portugals mit neokolonialistischen Manövern sicher sein. Diese Zeit reichte immerhin aus, die FNLA und die gänzlich unbedeutende UNITA als „Befreiungsbewegungen" aufzubauen und an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese ersten Schachzüge waren erfolgreich. Sie konnten sich auf eine sehr weitgehende Interessenidentität zwischen den USA, Teilen des portugiesischen Großkapitals um deren politischen Repräsentanten Spinola und die Ambitionen Mobutus (Treffen Nixon–Spinola, Spinola–Mobutu, Öffnung der Grenzen nach Zaire für FNLA-Zaire-Truppen) stützen. Auch nach dem Sturz Spinolas war die „linke" Fraktion in der MFA nicht in der Lage, diese einmal geschaffenen Fakten noch entscheidend zu ändern, zumal die Streitkräfte in Angola reaktionär waren und die Versuche Rosa Coutinhos in dessen Zeit als portugiesischer Hochkommissar sabotierten, unter seinem Nachfolger Cardoso sogar der FNLA halfen. Deshalb war die MPLA gezwungen, am 15. 1. 1975 den Vertrag von Alvor zu unterzeichnen, der eine formelle Gleichheit und eine gemeinsame Beteiligung der drei Bewegungen an der Übergangsregierung festlegte.

## Die Interessen Washingtons

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Alvor war für die FNLA der Zeitpunkt gekommen, ihr Terrain durch Terror, Provokationen und Einschüchterung der Bevölkerung auszuweiten.

### Agostinho Neto Präsident der MPLA

**„Es ist nicht unser Ziel, den weißen Mann zu bekämpfen, weil er weiß ist. Unser Ziel ist, die zu bekämpfen, die das Kolonialregime unterstützen. Unser Kampf ist nicht ein isolierter Kampf, sondern er ist Tei Ides weltweiten Kampfes der Menschheit gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In dieser Weise müssen wir's verstehen, in dieser Weise müssen wir's in unser Gedächtnis einprägen und die engen Grenzen der rassischen Vorurteile überwinden. Wenn bei einigen unserer Kämpfer noch die Idee des Kampfes gegen die Weißen vorherrscht, so muß diese umgehend ersetzt werden durch die Idee des Kampfes gegen die Unterdrückung und für die Freiheit und Würde aller Menschen."**

Jeronimo Ndinbuassua – Der Geist der Unabhängigkeit

**der Kampf geht weiter...**

"Ebenholzskulpturen" – so heißt eine Kunstpostkartenserie mit acht Motiven der Makondeschnitzerei aus Mosambik. Die Künstler, von denen diese Plastiken stammen, haben unter dem portugiesischen Kolonialismus gelitten; alle sind im Gefängnis gewesen. Jeronimo Ndinhuassua war lange im berüchtigten Konzentrationslager Machava bei Lourenco Marques; dort wurde er nach dem Staatsstreich vom 25. April 1974 in Portugal befreit.

Erfüllt vom revolutionären Geist der FRELIMO wollen die Makondekünstler eine Bildhauerschule aufbauen. Um unabhängig zu sein, braucht eine solche Schule jedoch eine "machamba", eine Farm, als wirtschaftliche Grundlage. Ein finanzieller Beitrag zum Aufbau der "machamba" geschieht durch den Verkauf einer 33 Plastiken umfassenden Sammlung.

Eine Bildhauerschule dieser Art ist ein wichtiger Beitrag zur nationalen afrikanischen Kultur und deshalb zur Einheit des Volkes von Mosambik. Die Einheit der Mosambikaner ist jedoch die einzig dauerhaft wirksame Barriere gegen die Infiltrationen von außen, mit denen die Linie der FRELIMO zugunsten eines politischen Opportunismus verfälscht werden soll.

Die Herstellung der Einheit des Volkes von Mosambik ist ein politischer Kampf. Denn mit der Unabhängigkeitsfeier vom 25. Juni 1975 ist der Befreiungskampf nicht zu Ende. "Wir müssen uns der Tatsache bewußt sein", sagte FRELIMO-Präsident Samora Machel bei der Unabhängigkeitsfeier , "daß wir zwar die politische Macht gewonnen haben, aber noch keine wirtschaftliche, und daß der Apparat der Verwaltung, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, der Justiz, etc. noch nicht von uns kontrolliert ist. Der neue Kampf beginnt gerade erst! Die Ausbeuter und Privilegierten sind gegen uns. Sie werden immer wieder versuchen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den revolutionären Prozeß zu verhindern. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch die Tatsache, daß der Feind im Augenblick nicht direkt interveniert. Er ist nur geschwächt, nicht tot."

Wer diesen Kampf des Volkes von Mosambik begrüßt, sich mit ihm identifiziert, ihn unterstützen und anderen verständlich machen will, der kann als Zeugen und Erzeugnisse dieses Kampfes die "Ebenholzskulpturen aus Mosambik"...

...BESTELLEN BEI:
Sonderbüro VIEIRA PINTO
53 Bonn-Beuel Bergweg 21
Tel. : 0 22 21/ 46 67 16
Solidaritätspreis 5, -DM pro Serie.
Spendenkonto bei der AGDF:
Sonderkonto Pinto–Fonds, Sparkasse Bonn
Nr. 43 593 706
Postscheck Köln Nr. 2944 02-500


Diese Taktik der FNLA deckte sich aufs engste mit den Interessen der USA, vermittelt durch Zaire. Zwar gab und gibt es durchaus Konflikte zwischen den USA und Zaire wegen Mobutus nationalistischer Wirtschaftspolitik, ein Element seiner authenticité-Demagogie (= Rückbesinnung auf die afrikanischen Quellen, tatsächlich eher ein Element eines schwarzen Faschismus und auf Mobutus persönliche Ambitionen zugeschnitten), welche sich in der amerikanischen Unterstützung des mißglückten Putschversuches gegen ihn niederschlugen. Diese Differenzen wurden jedoch im Hinblick auf Angola beigelegt, weil hier beide Seiten aufeinander angewiesen sind; im Augenblick besteht eine gespannte Kooperation.

Die bedeutendsten amerikanischen Interessen im südlichen Afrika befinden sich in Angola, wie Kissinger schon in einem vertraulichen Bericht im Februar 1970 erkannte (zitiert in: afrique-asie 2.–15. 12. 1974). Die engen amerikanischen Beziehungen zu den rassistischen Regimes mußten Rückwirkungen auf die US-Position in der UNO und möglicherweise unfreundliche Reaktionen schwarzafrikanischer Staaten zur Folge haben. Schließlich könnte durch die Befreiung Angolas ein umfassender militärischer Konflikt zwischen Südafrika und schwarzafrikanischen Staaten in Reichweite rücken, was die USA schließlich mit hohen politischen Kosten zwingen könnte, Partei zu ergreifen (vgl. zu diesem Komplex: G. Cremer: NATO–Südafrika, in: „links" Juni '75).

Deswegen mußte Kissinger mehrere Strategien verfolgen, welche, teils defensiv, teils aggressiv, die imperialistischen Positionen absichern sollten: das bewährte Doppelspiel von state department und CIA. Zu ihrer Vorbereitung räumte er im eigenen Haus auf: er feuerte den Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, den liberalen „Mr. Guinea-Bissau" D. Easum und ersetzte ihn durch N. Davis, zur Zeit Allendes Botschafter in Chile, vorher in Guatemala. Nach Pretoria schickte er W. Bowdler, einen der Verantwortlichen der Schweinebuchtinvasion in Cuba mit dem politischen Berater J. Dawidow, der wiederum Davis von Guatemala nach Chile begleitet hatte; nach Kinshasa kam als neuer Botschafter D. Hinton, einer der vier verantwortlichen amerikanischen Offiziere für die Operation „Phönix" in Südvietnam, allesamt hohe CIA-Beamte. Damit waren wichtige Posten mit Männern seines Vertrauens besetzt, die nächsten Putsche in Afrika programmiert. Der erste Coup in Zaire schlug fehl, Hinton mußte seinen Hut nehmen. Andererseits setzte Kissinger sich nachhaltig für eine Politik der „Entspannung und des „friedlichen Wandels" im südlichen Afrika ein.

Im Juni 1974 trafen sich die Außenminister der USA, Großbritanniens und Sambias in London, um Probleme des südlichen Afrika zu besprechen. Im folgenden Monat empfing Vorster in Pretoria Beauftragte Sambias, Tansanias, Botswanas und der Frelimo. Inzwischen brachte Vorster den rhodesischen Premier Smith dazu, den Vertrag von Lusaka mit dem ANC (African National Council) zu unterzeichnen, ebenfalls signiert von Tansania, Sambia, Botswana und Mozambik (Frelimo). Kurz darauf wurde Sambias Präsident Kaunda in Washington „herzlich empfangen". Er ist der einzige der Unterzeichnerländer, auf den sich die Amerikaner stützen können, da er ständig an die prekäre Lage seines Landes erinnert werden kann. Mit dieser Politik hoffte Kissinger, im Einvernehmen mit Südafrika, Zeit zu gewinnen, um über Zaire den Verbleib Angolas im neokolonialistischen Lager zu sichern.

### Die Rolle Zaires

Zaire spielt eine zentrale Rolle in Kissingers Konzept. Hier laufen mittlerweile auch die Fäden der USA, Frankreichs, Belgiens und der BRD zusammen. Zunächst besitzt Mobutu eigene Interessen, seine Vorstellungen vom „praeceptor africas" sind nicht ausgeträumt, Ansatzpunkte für seine subimperialistische Strategie – die alte Hoffnung, aus einem vereinten Zaire und Angola ein afrikanisches Brasilien zu schaffen – sind die ethnischen Bindungen zwischen beiden Nationen (das alte Kongokönigreich erstreckte sich über weite Teile des jetzigen Zaire und Angola); dieses Ziel entspricht den Interessen der multinationalen Konzerne, die Kantanga und Nordangola als einheitlichen Wirtschafts- und Ausbeutungsraum anstreben. Mobutu besitzt ferner ein vitales Interesse an der Benguela-Bahn, von der der Transport von Kupfer quer durch Angola zum Atlantik abhängig ist. Schließlich schielt er auf die ölreiche Enklave Cabinda.

Sein trojanisches Pferd ist sein Schwager, der Präsident der FNLA, H. Roberto. Von den USA aufgebaut, dann vergeblich zu stürzen versucht, als er sich zu verselbständigen begann, schließlich wieder versöhnt, präsentiert er sich seinen alten und neuen Helfershelfern in Europa als der einzige, der ihre Machenschaften exekutieren kann, während sie selber im Halbschatten auf den Erfolg des Komplotts warten können. Zunächst der Versuch, die MPLA direkt zu zerstören, A. Neto, den Präsidenten der MPLA, zu ermorden und D. Chipenda an dessen Stelle zu setzen, war nur zum Teil erfolgreich. Chipenda schlug sich zwar mit ca. 3000 Soldaten auf die Seite der FNLA, doch die MPLA ging aus dem Manöver durch ihre wachsende Popularität gestärkt hervor. Deswegen wurde eine neue Strategie lanciert: über eine Eskalation von Morden und wahllosen Terrorakten die Schaffung eines Chaos mit schließlichem Einsatz von UNO-Truppen wie seinerzeit im Kongo (jetzt Zaire) 1960. Falls sich FNLA und UNITA als zu schwach erweisen würden, die MPLA zu zerschlagen, besteht das Alternativ-Ziel, sich den reichen Norden im Einflußbereich der FNLA einzuverleiben. Dies würde eine Balkanisierung Angolas bedeuten.

### Die Waffen der FNLA

**Die Ausrüstung der Söldnertruppe: „Kampfanzüge der Spezialeinheiten, die aus chinesischen und amerikanischen Lieferungen zusammengestückelt sind", „französische Barette und britische Uniformpullover", „schwere Granatwerfer mit chinesischem Markenzeichen", „Standardgewehr ist das NATO-Modell G-3".**
**(Peter Hornung im Franz-Josef-Strauß-Organ „Bayern-Kurier")**

### Die VR China

Die VR China hatte in der Vergangenheit der MPLA geholfen, schließlich der UNITA. In dem Maße, wie sich Mobutu auf einen heißen Flirt mit ihr einließ, unterstützte sie die FNLA, zunächst mit Waffen und Ausbildern, jetzt angeblich nur noch durch Berater. Die offenbar illusionäre Hoffnung der Chinesen, Widersprüche zwischen nationalistischen Bourgeoisien und den imperialistischen Zentren (USA, EG) soweit stärken und schüren zu können, daß die imperialen Herrschaftsbereiche durch einen Übergang zu polyzentrischen Machtstrukturen geschwächt werden, wird am Beispiel der FNLA blanker Zynismus. Die Gefahr dieser Politik besteht nicht so sehr in der Hilfe, als vielmehr in der politischen Auswirkung: der imperialistischen Propaganda wird Munition für ihre Lügenkanonaden geliefert und unter der Linken Verwirrung gestiftet.

### Die Staaten der EG

Die westeuropäischen Länder schienen sich zunächst abwartend zu verhalten. Das Geschrei der bürgerlichen Presse ließ allerdings vermuten, was die Politiker dachten und auf welchen informellen Kanälen sie insgeheim ihre Fühler ausstreckten. Offiziell beschäftigten sich die Europäer zum ersten Male auf der Brüsseler NATO-Tagung am 29./30. Mai mit dem Thema, wo sie in das amerikanisch-zairische Komplott eingeweiht wurden. Kurze Zeit später saß Genscher im Flugzeug gen Afrika und erklärte: „Radikale Regierungen im südlichen Afrika müssen auf jeden Fall verhindert werden."

Zunächst setzten die europäischen Staaten auf die UNITA. Dies bedeutete nicht nur eine Distanzierung von den USA (Afrika wird ja im Vergleich zu Lateinamerika wohl als EG-Hinterland gesehen). Vielmehr trug dies zugleich der Verschlechterung der Beziehungen einzelner europäischer Staaten (insbesondere Belgiens) zu Zaire Rechnung. Es entsprach aber auch der Furcht einiger schwarzafrikanischer – insbesondere frankophoner (Gabun, Elfenbeinküste) – EG-assoziierter Staaten gegenüber den Ambitionen Mobutus, welche allerdings auf Grund ihrer kapitalistischen Option und, vielleicht auch mit ein wenig Nachhilfe aus Frankreich, die UNITA unterstützten. Nigeria dagegen, schärfster Konkurrent Mobutus auf dem Kontinent, unterstützt, zumindest vorsichtig verbal, die MPLA. Der Gedanke, daß mit Zaire nebenan ein progressiver Staat entsteht, erscheint den Nigerianern offenbar verlockend.

In dem Maße jedoch, wie die UNITA an eigenständiger politischer und militärischer Bedeutung verlor (es wurden auch die verbliebenen portugiesischen Kleinkapitalisten, welche sich unter Savimbis Fittiche begeben hatten, durch Massaker verschreckt), wurde den Europäern klar, daß nur noch auf ein Pferd zu setzen war, die FNLA. Giscard d'Estaing ließ sich im August 1975 in Kinshasa empfangen. Die Franzosen kamen auf Kosten der Belgier ins Geschäft. Außerdem bot sich an, Terrain zu gewinnen, das die USA durch ihre Beteiligung am Putschversuch gegen Mobutu verspielt hatten. Hatte Frankreich vorher von Gabun aus die UNITA unterstützt, so setzte es dann auf das gemeinsame Interesse mit Zaire in der Unterstützung der FLEC (Befreiungsfront der Enklave Cabinda), einer Konstruktion Zaires und des französischen Geheimdienstes in Gabun, welche folgenlos für das

## Portugal- und MPLA-Plakate

**Die SOAK hat in Kooperation mit dem SB eine Serie vier portugiesischer Plakate (Format DIN A 2, zum Teil mehrfarbig) herausgebracht. Das Bild auf der Titelseite dieser „links" ist eine Verkleinerung eines dieser Plakate. Außerdem besteht die Serie aus einem Intersindical-Plakat, einem MPLA-Plakat und einem ästhetisch besonders ansprechenden Plakat-Motiv „Die Kultur ist die Freiheit des Volkes". Die Plakate werden in der Rolle für DM 12,– (einschließlich Versandkosten) gegen Vorauszahlung geliefert ausschließlich über SOAK-Druck- und Verlagskooperative GmbH, 3 Hannover, Am Taubenfeld 30, Postscheck Hannover Konto Nr. 392555-302. Solange noch Vorrat vorhanden ist, wird kostenlos das sehr schöne vielfarbige Plakat der SB-Portugal-Kampagne „das Land denen, die es bearbeiten – solidarität mit der portugiesischen revolution" hinzugegeben. Bei Abnahme größerer Mengen kann mit der SOAK ein Wiederverkäuferrabatt vereinbart werden. Die Plakate sollen auch über den linken Buchhandel vertrieben werden; im Buchhandel können auch Einzelstücke gekauft werden. Ein Teil aus dem Reinerlös des Verkaufs dieser Plakate geht über den Portugal-Solidaritäts-Fonds des SB an Basisprojekte und die Organisation der revolutionären Linken in Portugal.**

□

**Für die Portugal-Kampagne hat die Westberliner SB-Internationalismus-Gruppe ein Agit-Prop-Plakat produziert, das Portugal unter dem erpresserischen Zugriff von EG/SPD/Spanien/US-Dollar darstellt (Format DIN A 1 quer, zweifarbig). Das Plakat ist erhältlich gegen Vorauszahlung von DM 5,–; überweisen an Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Region West-Berlin, 1 Berlin 22, Zingerleweg 14 (bei Bieling), Postscheckkonto Berlin-West Nr. 126921-104.**

□

**Das Plakat zu dem Film „Viva Portugal", eine Komposition etwa der Thematik: Arbeiter und Soldaten vereint, Blickpunkt rote Nelke im Gewehr, eine außerordentlich gut gelungene Farbkombination von rot, grün, schwarz und weiß, Format DIN A 0 hoch, ist gegen Voreinsendung von DM 10,– (Briefmarken, 10-Mark-Schein oder Scheck beifügen) erhältlich über Infoscope-Film, 6 Frankfurt 1, Lenaustr. 80.**

## Unterdrückung und Widerstand

Widerstand gegen die Rassendiktatur im Südlichen Afrika ist das Thema des Internationalen Kalenders 1976 des International Defence and Aid Fund for Southern Africa (London). 16 eindrucksvolle Photographien zeigen wichtige Geschehnisse aus Kämpfen der Völker des Südlichen Afrika um ihre Freiheit; dazu 12 Porträts der Führer der Befreiungsbewegungen.

Der Verkaufserlös des Kalenders dient der Arbeit des International Defence and Aid Fund for Southern Africa und kommt politisch und rassisch Verfolgten in Zimbabwe, Namibia und Südafrika zugute. Der Kalender (Kleinposterformat) kostet DM 10,00. Ein ideales Geschenk für Freunde, Genossen, Eltern, Tanten und andere Progressive.

Bestellungen an:

**issa**
informationsstelle südliches afrika
53 Bonn, Buschstraße 20

von der MPLA stark kontrollierte Gebiet die einseitige Unabhängigkeit ausrief. Inzwischen ist die FLEC sang- und klanglos verschwunden. Seitdem erhält die FNLA militärische Ausrüstung aus Frankreich.

### Südafrika, Sambia

Südafrika reagierte auf die Entwicklung zunächst defensiv. Es ließ seinen Günstling Smith fallen, zog seine Polizeitruppen aus Rhodesen zurück und zwang ihn zu Verhandlungen mit dem ANC, um seinerseits den sich anbahnenden Entspannungsprozeß zu erleichtern. Andererseits kündigte Vorster Verhandlungen über die Zukunft Namibias an. Die Südafrikaner besitzen keine größeren ökonomischen Interessen in Angola (außer dem Staudamm am Cunene-Grenzfluß), jedoch fürchten sie natürlich ein offen antirassistisches Regime, das ihr vorsichtiges Taktieren in der Namibiafrage bedrohen könnte. Insofern unterstützten sie die kompromißlerische UNITA einerseits direkt, andererseits konnten sie hinreichend Druck auf Sambia ausüben, die UNITA zu unterstützen. Sambia hängt nicht nur von südafrikanischen Lebensmitteleinfuhren ab, sondern benötigt auch Techniker und Ärzte aus Südafrika. Allerdings kam die direkte Unterstützung Sambias für die UNITA wegen der militärischen Lage in letzter Zeit praktisch zum Erliegen.

### Solidarität mit der MPLA

Angola ist ein wichtiger Brückenkopf für das westliche Kapital und die kapitalistischen Industriestaaten. Ihre vereinten Anstrengungen, die MPLA doch letztlich zu zerschlagen, haben keineswegs nachgelassen, auch wenn gegenwärtig die Nachrichtenmedien nur spärlich Informationen über den Befreiungskampf in Angola bieten.

### Die Rolle der UdSSR

Die Verbindung zwischen MPLA und der Regierung der UdSSR geht bis in die 50er Jahre zurück – einige Gründungsmitglieder der MPLA gehörten der moribunden angolanischen KP an. Darüber hinaus hat die KP Portugals von allen portugiesischen Oppositionsgruppen die längste Tradition der Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker der portugiesischen Kolonien.
Bis 1958 (dem Zeitpunkt der 1. Konferenz der Solidaritätsorganisation der afro-asiatischen Völker (AAPSO)) lassen sich auch die Kontakte der MPLA und der damals noch mit der UdSSR zusammenarbeitenden VR China zurückverfolgen. Besondere Beziehungen entwickelten sich in den nächsten Jahren zur jugoslawischen Regierung. Deren Politik der Blockfreiheit fand in der MPLA allgemeine Zustimmung.
Nichts spricht dafür, daß die UdSSR einen rein militärischen Sieg der MPLA im Kolonialkrieg forcierte. Sie schickte Waffen – aber durchaus in zögerndem Fluß. Ein generalisierter Kolonialkrieg, der die Ausdehnung der Guerillakämpfe auf das Hochplateau und die Küste bedeutet hätte, hätte eine scharfe Konfrontation mit den USA zur Folge gehabt. Die UdSSR konnte zudem mit dem Zusammenbruch des Kolonialismus rechnen durch die durch die Kolonialkriege beschleunigte Zerrüttung der Diktatur. (Beobachtern zufolge erhielt die FRELIMO mehr Waffen aus der UdSSR als die MPLA, weil sich die chinesisch-sowjetische Konkurrenz in Mozambik auf eine Bewegung konzentrierte, nachdem China im Jahre 1966 einen kurzen Flirt mit der vollkommen bedeutungslosen COREMO versuchte. Darüber hinaus ist im indischen Ozean ein intensives Tauziehen um Einfluß zwischen UdSSR und USA im Gange.)
Kurz vor dem Sturz Caetanos – der Putsch war schon abzusehen – stellte die UdSSR die Waffenlieferungen an die MPLA ein. Sie tat diesen Schritt, obwohl die Kolonialpolitik nach dem 25. April von General Spinola bestimmt wurde. Dieser war bis Juli 1975 nicht bereit, den Kolonien das Recht auf Unabhängigkeit zu garantieren, und bis zu seinem Sturz versuchte er mit allen Mitteln, reaktionäre weiße Siedlergruppen, FNLA, UNITA und von Gnaden der Kolonialregierung amtierende Häuptlingsgruppen als Repräsentanten des angolanischen Volkes gegen die MPLA zu stärken.
Die MPLA andererseits hatte nach dem Putsch erklärt, sie werde den bewaffneten Kampf bis zur Garantie der „indepentencia“ fortsetzen.
Die Zurückhaltung der UdSSR sollte vorsichtig beurteilt werden: Die MPLA war zwar zur Zeit des Aprilputsches die repräsentativste und progressivste nationalistische Bewegung Angolas; sie hatte die Hauptlast des Kolonialkrieges getragen und verfügte über die zahlreichsten und am besten ausgebildeten Kader. Aber sie besaß nicht die militärische Kontrolle über die wichtigsten Zentren des Landes. Zudem war sie durch innere Konflikte geschwächt, und die angolesischen Massen waren eher passiv-wartend mit ihr identifiziert. Unter diesen Umständen wäre jede militärische Aktion gegen die sich formierende Front von Spinolisten, reaktionären Siedlern, UNITA und FNLA zum Scheitern verurteilt gewesen. Daher auch die streng legalistische und begeisterte Haltung der moskauorientierten Presse gegenüber den Verträgen von Alvor (Januar 1975), die bei gleichberechtigter Anerkennung von MPLA, FNLA und UNITA den Siedlern autonome politische Repräsentation verboten und die Teilung der Macht zwischen den drei Bewegungen im Rahmen eines „demokratisch-pluralistischen Systems“ im zukünftigen unabhängigen Angola vorsahen.
Erst durch das brutale und demagogische Vorgehen von FNLA und UNITA in Luanda und in den von ihnen vorwiegend kontrollierten Gebieten gegen die MPLA, gegen Basisorganisationen, in die auch politisch inaktive Bevölkerungsteile hineingezogen werden, erst durch die korrupte und kompetenzlose Verwaltung beider Bewegungen, erst durch die ganz offensichtliche Abhängigkeit der FNLA von Mobuto, erst durch das Zusammengehen der UNITA mit der diskreditierten FNLA und durch das Eintreten beider für die Geschäftsinteressen der Reichen – erst durch diese Erfahrungen entwickelt sich eine Bewegung breiter Massen für die MPLA. Diese Bewegung zwang die (zögernde) MPLA zu einer Offensive, wollte sie nicht eine große Anzahl ihrer unteren und mittleren Kader verlieren.
Und nachdem in der MPLA die Entscheidung für eine Offensive gefallen war (Ende Mai/Anfang Juni), begann die Regierung der UdSSR, wieder Waffen zu schikken (Juli).
Wir können also mit einiger Sicherheit folgern: Nicht die UdSSR initiierte bzw. schürte die politisch-ideologischen und die militärischen Kämpfe in Angola. Diese spitzten sich vielmehr zu aufgrund der Orientierung der Dekolonisationspolitik Portugals und der Bedingungen in Angola selbst. Aufgrund ihrer objektiven Stellung im Systemkonflikt unterstützt die KPdSU in Angola „die richtige Seite“, (MPLA). Sie verfolgte dabei eine Strategie des Kompromisses (Perspektive des Vertrags von Alvor). Erst als das Festhalten an der friedlichen Lösung für die MPLA existenzbedrohend wurde, ließ sich die UdSSR, gezwungen durch die Logik des begrenzten Systemkonflikts, wieder auf eine massive Unterstützung der MPLA ein.
FNLA, UNITA und ELP sind jetzt in der Lage, eine waffentechnische Überlegenheit aufgrund der letzten Lieferungen insbesondere Frankreichs voll auszuspielen. Daß sie sich jedoch ihrer politischen Schwäche vollends bewußt sind, belegt die Drohung Savimbis: Luanda soll dem Erdboden gleichgemacht werden. Hätte diese Strategie Erfolg, würde sie alles Bisherige – selbst die Akte des Kannibalismus der FNLA in Luanda 2) – an Grauen und Brutalität in den Schatten stellen; Savimbi hat die Steigerung Kongo – Nigeria – Angola in Aussicht gestellt.
Allerdings besteht die Hoffnung, daß die MPLA den Vorsprung der FNLA/UNITA egalisieren kann, wenn jetzt rasch energische Hilfe kommt, wofür die letzten Nachrichten sprechen. Darüber hinaus ist die Koalition FNLA/UNITA in sich selber brüchig, das heterogene Bündnis hat nur ein Ziel: die Macht. Savimbi und Chipenda sind „Verräter“. Sie können sich nicht über den Weg trauen. Neueste Nachrichten aus englischsprachiger Quelle berichten im übrigen auch von zusätzlichen Unstimmigkeiten mit den Söldnertruppen Südafrikas. Auch die Versuche Amins (und damit seines Schattens Mobutu), zugunsten von FNLA/UNITA OAU-Truppen nach Angola zu schicken, werden in jedem Falle an der völligen Spaltung der Afrikaner in der Angolafrage scheitern.
Es wird keine schnelle Entscheidung geben, dazu steht zuviel auf dem Spiel, für die Kämpfenden selbst wie für die imperialistischen Hintermänner. Im Moment verfügt keine Seite über ausreichende Stärke, das ganze Territorium militärisch abzudecken, vielmehr konzentriert sich der Kampf auf die Beherrschung wichtiger Städte und Ballungsgebiete, weder ein Guerilla noch ein konventioneller Konfrontationskrieg, das jeweils behauptete Gebiet wird durch kleinere Einheiten kontrolliert, wobei sich die MPLA allerdings zusätzlich auf die Basismobilisierung der Bevölkerung stützen kann, was immerhin langfristig den Ausschlag geben könnte. In aller Trauer über die furchtbaren Opfer des angolesischen Volkes bleibt zu hoffen, daß der Imperialismus einer neuen, schweren Niederlage entgegengeht.


**links**

**„links“ gebunden!**

**Die letzten drei Jahrgänge „links“ sind auch gebunden erhältlich. ● Der Jahrgang 1973 ist nur noch in geringer Auflage vorrätig. Er enthält die Nummern 40–50 und kostet DM 25,–. ● Der Jahrgang 1974 enthält die Nummern 51–61 und kostet ebenfalls DM 25,–. ● Der Jahrgang 1975, der ab Mitte Dezember 1975 erhältlich ist, enthält die Nummern 62–72 und kostet DM 30,–. ● Die Preise sind Selbstkosten, also Herstellungskosten der Zeitungen, Bindekosten (sehr stabiler Karton mit Leinenrücken) und Versandkosten. Die Lieferung erfolgt ausschließlich über unseren Verlag (also kein Buchhandel) gegen Vorauszahlung des Preises (Verrechnungsscheck beifügen oder Bestellung gegen Vorausrechnung): Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, 4, Postfach 591.**


**Anmerkungen:**

(1) In den 6 portugiesischen Regierungen nach dem 25. April waren insgesamt ganz überwiegend PS-Mitglieder und Sympathisanten für Außenpolitik und Dekolonisation verantwortlich. Crespo, Minister für Kooperation, und Antunes, Außenminster, die nach dem 11. 11. vergeblich doch noch für eine Anerkennung der MPLA eintraten – vertreten eine schwache Tendenz innerhalb der PS, die stärker für eine Zusammenarbeit mit neutralistischen Staaten eintritt (z. B. Mozambik, Schweden, Jugoslawien).
(2) Vgl. Newsweek, 28-7-75 vitoria certa, Organ der MPLA, 19-7-75

portugal

# Interview mit den Genossen Adelino Gomes - Matos Gomes - Villelmo Henriques

„links"-Redaktion

**Das nachstehende Interview gaben am 16. 11. 1975, unmittelbar nach dem Ende des erfolgreichen Bauarbeiterstreiks in Lissabon, die Genossen Adelino Gomes (Journalist bei RTP und RCP), Matos Gomes (COPCON) und Villelmo Henriques (Mitglied der Landkooperative Quebradas), die direkt aus Portugal kamen, um an der Solidaritätskampagne des Sozialistischen Büros teilzunehmen (siehe Seite 2).**

**Frage:** Ausgehend vom Bauarbeiterstreik, wie ist die Mobilisierung der Rechten (PPD, PS) und der PC zu bewerten. Ist dies eine Kraftprobe, oder hat diese Form der Auseinandersetzung bereits eine neue Qualität erreicht?

**Adelino Gomes:** Mit dem Bauarbeiterstreik haben die Klassenkämpfe eine neue Qualität erreicht, weil er als erster großer Arbeitskampf sich nicht nur auf Lohnfragen beschränkt, sondern sich direkt gegen die Regierung wendet. Die Arbeiter sind sich bewußt geworden, daß sie mit Lohnfragen allein ihre Probleme nicht mehr lösen können. Das zeigt allein schon die erfolgreiche Besetzung der Konstituante, die sich insbesondere gegen die Sozialdemokratie richtet. Bei der Rechten ist angesichts dieser Aktion Panik entstanden. Als Beispiel für die kopflose Reaktion der Führung der Sozialdemokratie ist die Rede von Soares zu bewerten, die er im Norden Portugals hielt. Er behauptete, daß an der Bauarbeiterdemonstration Tausende von ausländischen Demonstranten teilgenommen hätten. Außerdem beklagte sich Soares gestern, (14. November), daß bei der Besetzung die Sozialisten hungern mußten, während die Kommunisten reichlich mit Kroquetten, Wein etc. verpflegt wurden. Ich zitiere hier Mario Soares, aber das hätten auch Leute von der PPD oder CDS sagen können.

Was aus meiner Perspektive weiterhin wichtig ist, daß diese Aktion gegen die Konstituante weder von der Regierung noch von der CP unter Kontrolle gebracht werden konnte, d. h. daß diese Streikbewegung mehr als den von der CP intendierten Plan einer bloßen Regierungsumbildung zum Ziel hatte.

**Frage:** Zeigen die Aktionen der letzten Tage eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in Portugal an?

**Matos Gomes:** Es gibt zweifellos eine Verstärkung der Linken, weil die 6. Regierung von den Arbeitern nicht als die ihre angesehen wird. Einer unmittelbaren Übernahme der Macht durch die Arbeiter steht natürlich die Bourgeoisie entgegen, die allerdings zur Zeit sehr geschwächt ist, weil ihr nicht genügend einsatzfähige Kräfte zur Verfügung stehen, die größere Repressionsmaßnahmen durchführen könnten.

**Frage:** Wie ist die Lage der Medien nach der Sprengung von Radio Renascenca?

**Adelino Gomes:** Es ist klar, daß die 6. Regierung die Presse angreifen muß, weil die Presse nicht auf ihrer Seite steht. Die Taktik der 6. Regierung besteht darin, die Arbeiter in den Zeitungen und Rundfunksendern zu spalten. Bei Radio Clube Portugues, wo zwei Stationen existieren, eine im Norden und eine im Süden, wurde versucht, eine künstliche Spaltung herbeizuführen. Ein anderes Beispiel: Das Gesetz, das die Verbreitung militärischer Nachrichten untersagt, wurde von allen Journalisten ignoriert. Die Regierung sandte an alle Direktionen der Medien eine vertrauliche Note, in der sie die Direktionen — nicht aber die Arbeiter — noch einmal auf das Verbot der Verbreitung militärischer Nachrichten hinwies. Es bestand die Gefahr einer geheimen Zensur, ohne daß die Arbeiter davon Kenntnis bekommen. Als jedoch militärische Nachrichten verbreitet werden sollten, mußte die Direktion intervenieren. Dieses Eingreifen machte den Arbeitern klar, worum es wirklich ging.

**Frage:** Welche Möglichkeiten siehst Du, als Bauer aus dem Süden, zur Lösung der Agrarfrage, insbesondere im Norden?

**Villelmo Henriques:** Wir selbst verfügen nicht mehr über die Mittel, um die Bauern im Norden zu erreichen, z. B. mit Interviews in den Zeitungen, die auch im Norden verkauft werden oder Einladungen, wie sie anfangs noch an uns gerichtet wurden. Darüber hinaus haben die Großgrundbesitzer auch zu gewalttätigen Maßnahmen gegriffen, um Bauern, die Land besetzt hatten, wieder zu vertreiben. Wir können deshalb einfach nicht weg von unserem Land. So bestand in Santarem die Gefahr, daß das Gewerkschaftslokal der Landarbeiter und das Landwirtschaftliche Zentrum angegriffen wurden. Wir mußten unsere eigene Kooperative schützen.

**Frage:** Welche Probleme ergeben sich aus der Spaltung in Nord und Süd für die Landwirtschaft?

**Villelmo Henriques:** Im Norden ist politische Arbeit besonders schwierig, weil dort überwiegend die Bauernschaft aus Kleinbesitzern besteht, während im Süden zuvor die Großgrundbesitzer herrschten. Im Norden haben die Großbauern bis heute noch die Möglichkeit, ihren Grundbesitz zu verteidigen und darüber hinaus können sie auch die mittleren und kleinen Bauern für ihre Ziele und Zwecke benutzen.

**Frage:** Gibt es nationale Pläne zur Lösung der Agrarfrage?

**Adelino Gomes:** Was die Durchführung einer nationalen Agrarreform angeht, so hängt diese von den politischen Kräfteverhältnissen ab. Augenblicklich befinden sich die Kämpfe auf dem Lande in der Defensive. Die Agrarreform ist sogar im Süden noch nicht durchgeführt, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die ihr dann im Norden bevorstehen.

**Villelmo Henriques:** Was die Lage im Norden besonders erschwert, ist vor allem der Einfluß der Priester. Das ist im Süden nicht der Fall. Die Bauern im Süden waren durch ihre schwierige Lebenssituation — so hatte man nicht einmal ein paar Quadratmeter zur Verfügung, um darauf ein Haus zu errichten — durch die bestehende Sklaverei geradezu gezwungen, im Augenblick nach dem 25. April ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und sich das Land anzueignen.

**Matos Gomes:** Im Norden können die Verhältnisse nur durch konkrete Maßnahmen geändert werden. Die Kleinbauern im Norden müssen im Hinblick auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse organisiert werden. Eine wichtige Maßnahme wäre die Fixierung der Preise, damit der kleine Bauer im Norden vorher weiß, zu welchem Preis er seine Waren absetzen kann. Außerdem muß die Verteilung des Saatgutes durch die Streitkräfte durchgeführt und kontrolliert werden. Weiterhin muß der Austausch zwischen Stadt und Land organisiert werden, d. h. daß landwirtschaftliche Güter direkt gegen industrielle Produkte getauscht werden.

**Adelino Gomes:** Ich halte die Argrarfrage für ein zentrales Problem der portugiesischen Revolution, weil sie auch die anderen Fragen wesentlich bestimmt. Wenn die Argrarfrage nicht gelöst wird, kann die ganze portugiesische Revolution in Gefahr geraten. Hier muß auch die portugiesische Linke kritisiert werden, weil die oben erwähnten Maßnahmen schon längst von den Regierungen vor der 6. hätten durchgeführt werden müssen, in denen die Linke einen größeren Einfluß hatte. Diese Fehler werden heute von der Reaktion gesehen und genutzt mit dem Ziel, das Land in Nord und Süd zu spalten. Indirekt hat auch dazu die Medienpolitik der Linken beigetragen, indem sie den Norden als reaktionäre diffamierte und den Süden als progressiv ausgab.

**Frage:** Wen meinst Du mit der „Linken"?

**Adelino Gomes:** Damit ist vor allem die KP gemeint, die in allen bisherigen Regierungen vertreten war. Was die revolutionäre Linke angeht, so muß berücksichtigt werden, daß sie in diesen Gebieten wenige Kader hat und sie bisher bemüht ist, sich vor allem mit den revolutionären Arbeiteravantgarden in den industrialisierten Gebieten zusammenzuschließen. Es kann aber auch als Fehler der revolutionären Linken angesehen werden, daß, auch wenn sie


**PORTUGAL Nachrichten**

Wochenzeitung für ein sozialistisches Portugal

Die PORTUGAL-NACHRICHTEN erscheinen wöchentlich. Sie verstehen sich als Instrument zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit gegenüber der Portugalhetze in den bürgerlichen Massenmedien.

Die PORTUGAL-NACHRICHTEN enthalten eine Chronik der wichtigsten Ereignisse der Woche und sie veröffentlichen die wichtigsten politischen Dokumente aus Portugal. Außerdem berichten sie über die Solidaritätsarbeit in der BRD und anderen Ländern.

Die PORTUGAL-NACHRICHTEN sind „unterparteilich". Genossen aus verschiedenen Organisationen und unorganisierte Genossen arbeiten an ihnen mit.

Der Preis pro EINZELNUMMER beträgt 50 Pfennig.
EINZELABO: 10,- DM für ein Vierteljahr.
Rabatt: ab 10 Exemplaren/Ausgabe
Probeexemplare werden auf Anfrage verschickt.

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Christian Kuls
6 Frankfurt 1
Heidestraße 31
Tel. 0611/49 40 72

KONTO DER ZEITUNG
Christian Kuls
PschA Ffm.
Konto Nr. 53 67 94 - 604

nicht über genügend Kapazität verfügt, im Norden nicht interveniert.

**Matos Gomes:** Die KP, die in allen bisherigen Regierungen vertreten war, hat sich der Asymmetrie des Landes, die durch den Faschismus hervorgebracht wurde, angepaßt, indem sie versucht hat, ihre Aktivitäten in den industrialisierten Ballungszentren um Lissabon und Porto zu kontrollieren. In den Gebieten, wo sie schwach vertreten war, hat sie die Politik der MDP/CDE überlassen. Nach dem 25. April hat sie in putschistischer Manier die lokalen Verwaltungen im Norden übernommen, ohne die Unterstützung der Bevölkerung zu besitzen. Als die Rechte dort stärker wurde, war es ihr ein leichtes, die KP durch Gewalt zu entmachten. Der Antikommunismus ist durch diese Politik der KP in einem Maße und in so kurzer Zeit verstärkt worden, wie es der Faschismus nicht einmal in 50 Jahren erreicht hat.

**Frage:** Wie sieht zur Zeit die Polarisierung innerhalb der Streitkräfte aus?

**Matos Gomes:** Als ein Ergebnis der Entwicklung, wie sie in letzter Zeit stattgefunden hat, kann gesagt werden, daß die MFA als Offiziersorganisation nicht mehr existiert. Mit dem Voranschreiten der Klassenkämpfe haben sich die autonomen Soldatenorganisationen weiterentwickelt — allen voran die SUV —, die sich darauf vorbereiten müssen, auch innerhalb der Armee die Leitung zu übernehmen. Seitdem diese Polarisierung zugenommen hat, gibt es auch eine Anzahl von Offizieren, die sich an die Seite der autonomen Soldatenorganisationen gestellt haben. Die Mehrheit der Offiziere jedoch steht im Klassenkampf auf der anderen Seite, schon allein aus dem Grunde, weil sie sich ihre alten Privilegien erhalten wollen.

**Frage:** Inwieweit gibt es über die Organisierung der Arbeiter, Soldaten und Einwohner hinaus auch eine vertikale Organisationsstruktur, die eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Organisationsebenen ermöglicht, um so eine bessere Ausgangsposition für die Übernahme der Macht anzustreben?

**Matos Gomes:** Diese Koordinationsstrukturen sind schon im Aufbau, allerdings erst lokal begrenzt, vor allem auf die industrialisierten Gegenden. Es gibt einige Beispiele, wo bei Aktionen die Soldaten-, Arbeiter- und Wohnkomitees anwesend gewesen sind. So hat der Kampf der RASP bei Porto eine aktive Unterstützung durch Arbeiter- und Wohnkomitees gefunden.

**Adelino Gomes:** Es gibt Versuche der Regierung, wie jetzt bei der Militärpolizei, die sich bei der Besetzung der Konstituierenden Versammlung auf die Seite der Arbeiter gestellt hat, diese Einheit aufzulösen. Das gilt auch für die Basisbewegung insgesamt: Man versucht, die Basisorganisationen einzeln, eine nach der anderen anzugreifen, nicht aber insgesamt. Für eine große Repression fehlen der Regierung zur Zeit die Kräfte.

**Frage:** In nächster Zeit stehen weitere Lohnkonflikte an. Dies wird zu einer verschärften Konfrontation mit der Regierung führen müssen. Welche Perspektiven ergeben sich daraus?

**Adelino Gomes:** Unter der 6. Regierung haben sich die Klassenkämpfe sehr weit entwickelt. Der Widerstand gegen diese Regierung ist allgemein geworden. Sollte es der revolutionären Linken gelingen, diese Kämpfe zu führen, nicht aber bloß zu kontrollieren, dann wird es zu der schwersten Krise seit dem 25. April kommen. Sollte sie jedoch versuchen, die Kämpfe zu kontrollieren, dann würde es wohl zu einer vorübergehenden Machtverschiebung kommen, die aber nur einen Aufschub der Lösung dieser Krise bedeuten kann.

**Im Interview verwandte Abkürzungen:**

| | |
|---|---|
| RTP | — Radio Televisão Português |
| RCP | — Radio Clube Português |
| PPD | — Volksdemokraten |
| CDS | — Christdemokraten |
| MDP/CDE | — linke Sammlungsbewegung |
| SUV | — revolutionäre Soldatenorganisation |
| RASP | — schweres Artillerieregiment in Porto |

## Das Russell-Komitee für Portugal

### Projektskizze für eine internationale Konferenz

**Das Russell-Komitee für Portugal, das in mehreren europäischen Ländern an Rückhalt gewinnt, hat beschlossen, für den 13./14. Dezember 1975 in Paris eine internationale Konferenz einzuberufen. Diese Entscheidung verleiht dem allgemeinen Gefühl von Dringlichkeit Ausdruck, da die internationale Offensive gegen das portugiesische Volk weiterhin eskaliert. Trotz der heftigen und anhaltenden Angriffe ist das portugiesische arbeitende Volk in der Lage gewesen, eine ganze Reihe aufregender Initiativen auf dem Gebiet von Arbeiterkontrolle in der Wirtschaft und Volksmacht in den Gemeinden zu ergreifen. Diese Initiativen sind wichtige Lehren für die gesamte europäische sozialistische und Arbeiterbewegung: aber sie fordern auch auf zu aktiver Hilfe durch europäische Gewerkschaften und sozialistische Bewegungen, da ihre Fortführung auf keinen Fall ausschließlich als innenpolitisches Problem Portugals betrachtet werden kann, angesichts der Tatsache, daß mächtige wirtschaftliche Interessen und verschiedene staatliche Organisationen in internationalem Maßstab gegen sie agieren. Die Notwendigkeit internationaler Solidarität mit dem portugiesischen arbeitenden Volk wird von Tag zu Tag dringender, nicht nur angesichts von Drohungen solcher Organisationen wie CIA und NATO — wenn auch keine der beiden unterschätzt werden darf —, sondern auch als Reaktion auf systematische Maßnahmen zur „Destabilisierung" der portugiesischen Wirtschaft durch eine ganze Reihe von Organisationen, angefangen von einzelnen übernationalen Gesellschaften bis hin zur EG.**

**Um solche Angriffe abzuwehren, muß die europäische Arbeiterbewegung damit anfangen, darauf Reaktionen zu organisieren, und zwar auf vielen verschiedenen Ebenen. Dazu braucht man nicht nur eine von vielen Seiten gestützte Kampagne gegen die ausländische imperialistische Intervention in portugiesische Angelegenheiten, sondern es ist auch notwendig, nach und nach einen systematischen Austausch zwischen portugiesischen Arbeiterorganisationen und den ihnen entsprechenden Organisationen in anderen Ländern zu entwickeln, um einen übernationalen gewerkschaftlichen Widerstand gegen die diskriminierende und feindliche Politik der internationalen Konzerne hervorzurufen, die die portugiesische wirtschaftliche Entwicklung gewaltsam unterbrochen haben. Solch ein Austausch ist auch im Hinblick darauf wichtig, daß damit die europäische Arbeiterbewegung ermutigt wird, materielle Hilfen zu gewähren, die direkt nützlich sein können. — Die umfassende politische Solidaritätsbewegung mit der portugiesischen Revolution erfordert einen permanenten Fluß von genauen und wichtigen Informationen in allen Weltsprachen.**

**Gleichzeitig mit den Angriffen gegen die portugiesischen Arbeiter intervenieren die imperialistischen Kräfte und die übernationalen Gesellschaften mit voller Kraft, um die Verwirklichung der wirklichen nationalen Unabhängigkeit der früheren portugiesischen Kolonien zu verhindern, vornehmlich in Angola und Timor. In Angola gibt es zusätzlich zu der angenommenen Intervention des CIA gegen die MPLA eine offene militärische Intervention mit Basen in Zaire und Südafrika. In Timor wird die Befreiungsbewegung Fretilin von Indonesien aus angegriffen.**

**Wir schlagen deshalb die folgenden Themen für die Konferenz vor:**

**Verteidigung der portugiesischen Revolution gegen die Umzingelung und ökonomische Sabotage durch die NATO und andere feindliche Institutionen!**

**Verteidigung politischer Aktivisten und Arbeiterorganisationen; Hilfe für Arbeiter, Bauern, Soldaten und Seeleute in ihrem Kampf um Volksmacht und Arbeiterkontrolle!**

**Wir schlagen vor, daß die Konferenz detaillierte Pläne entwirft, um die folgenden Aktivitäten zu initiieren und durchzuführen:**

**1. Entwicklung eines Flusses genauer Informationen über die portugiesische Revolution in alle betroffenen Länder;**

**2. Aufdeckung ausländischer Interventionen gegen die portugiesische Revolution, entweder auf Regierungs- oder Firmenebene, und Organisation von Widerstand gegen solche Aktionen in europäischem und internationalem Maßstab;**

**3. Organisation von politischer und materieller Hilfe für Arbeiter, Bauern, Nachbarschaftskomitees und soldatische Komitees (Unteroffiziere und Mannschaften); Entwicklung von Austausch zwischen diesen und Organisationen der Arbeiterbewegung im Ausland; Unterstützung der Rechte dieser Gremien darauf, sich selbst mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, zu verteidigen;**

**4. Aufdeckung der Interventionen imperialistischer Mächte in Angola und Timor; Hilfe für die Kämpfe der MPLA und Fretilin gegen diese Angriffe.**

**Bertrand Russell House, im November 1975**

**Russell-Komitee für Portugal**

**Die Bertrand-Russell-Friedensstiftung hat das Sozialistische Büro gebeten, den Aufruf für eine internationale Portugal-Konferenz am 13./14. Dezember 1975 in Paris in der BRD zu verbreiten und Zustimmungserklärungen politischer Organisationen und bekannter Persönlichkeiten einzuholen. Das Sekretariat unterstützt die Konferenz und will Vertreter entsenden. Organisationen, die an der Konferenz teilnehmen möchten, wenden sich direkt an Bertrand Russell House, Gamble Street, Nottingham NG 7 4ET, England, Telefon 0602-74 504.**

# Gespräch mit einer spanischen Mutter

**Nach den Militärgerichtsentscheidungen und den nachfolgenden Hinrichtungen im Oktober hat der Militärgerichtshof von Madrid 14 Angeklagte der sogenannten öffentlichen Gerichtsbarkeit übergeben. Obwohl die Verfahren nun als „ordentliche" durchgeführt werden, können sie aufgrund des Antiterroristen-Gesetzes von heute auf morgen in Schnellverfahren umgewandelt werden mit der nicht auszuschließenden Folge, daß die Verhandlungen schnell durchgezogen und ergangene Urteile beinahe sofort vollstreckt werden. Über die Portugal-Spaniengruppe in Westberlin wurden uns verschiedene Materialien über die Situation der Gefangenen zugeleitet, darunter auch Aufzeichnungen über Gespräche mit Verwandten von Angeklagten. Wir drucken nachfolgend ein Gespräch, das mit der Mutter des Genossen Mugika Arregui (Deckname: Ezkerra) geführt wurde. Mugika Arregui — 30 Jahre alt, 2 Kinder — droht die Todesstrafe. Im Gefängnis von Carabanchel wartet er — in totaler Isolierhaft — darauf, wie die Richter über sein Geschick entscheiden.**

**Frage:** Senora Mugika, könnten Sie uns von Ihrer Familie erzählen?

**Antwort:** Ich glaube, wir sind eine klassische Arbeiter- und Baskenfamilie des Baskenlandes. Wir haben 8 Söhne, und von Anfang an bemühten wir uns, daß sie die baskische Sprache lernten und bewahrten. Natürlich atmete das Zuhause immer baskische Atmosphäre, und unsere Kinder haben ihr Land lieben gelernt. Mein Mann kämpfte im Krieg zusammen mit dem baskischen Heer; zum Schluß wurde er verhaftet und zum Tod verurteilt wie viele andere. Nachdem er mehrere Jahre in Gefangenschaft war, erlangte er die Freiheit.

Wir mußten hart arbeiten, um die Familie vorwärtszubringen, und zum jetzigen Zeitpunkt haben wir vier verheiratete Söhne. Wir haben noch einen älteren Sohn als Inaki, der nach Frankreich geflüchtet ist. Wir sind eine sehr miteinander verbundene Familie. Wir haben einige Enkel, die nur baskisch sprechen, und wir sind sehr stolz darauf. In unserem Haus sprechen wir nur baskisch.

**Frage:** Können Sie uns von Ihrem Sohn erzählen?

**Antwort:** Inaki hatte immer schon eine große Persönlichkeit und Dynamik. Uns hat er sehr geachtet, aber er war häufig widerspenstig hinsichtlich seiner Studienverpflichtungen, obwohl ihn das nicht hinderte, die Kurse mit geringster Anstrengung zu bestehen. Ihm gefielen andere Aktivitäten außerhalb der Schule und die Beschäftigung mit Themen, die mit dem Menschen und der Freiheit verbunden waren, mehr. Nach und nach konzentrierten sich seine Studien auf den baskischen Menschen. Als er 17 Jahre alt war, stellten wir fest, daß er sich verändert hatte, und wir begannen uns Sorgen zu machen. Das ist natürlich. Er war häufig nachts nicht zu Hause. Es gab Zeiten, in denen er solche Aktivitäten entwickelte, daß wir ihn dabei überraschten, wie er während des Duschens eingeschlafen war.

Wir hatten Angst um ihn, aber wir konnten ihn nicht bremsen und wir rieten ihm Klugheit. Niemals erzählte er uns von seinen Aktivitäten, aber durch seine Gespräche konnten wir sie erraten. Wir haben ihn in dieser Beziehung immer respektiert.

**Frage:** Wie hat seine Gefangennahme auf Sie gewirkt?

**Antwort:** Ich habe ihm immer gesagt, daß ich ihn lieber tot sähe als zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt. Als ich von seiner Verhaftung erfuhr, mitten in einem großen Schmerz, kam mir derselbe Gedanke. Es empörte mich sehr, zu wissen, daß sie der Polizei verraten worden waren, obwohl ich mich andererseits stolz fühlte bei dem Gedanken, daß man ihn nur so verhaften hatte können nach 14 Jahren Dienst am baskischen Volk. Als ich sein Foto in der Zeitung sah, nach seiner Verhaftung, überlief es mich wie ein Fieberschauer als ich feststellte, daß dieses zerschlagene und entstellte Gesicht das meines Sohnes war. Die Wahrheit ist, daß ich ihn nicht wiedererkennen konnte; wie müssen sie ihn behandelt haben!

**Frage:** Fürchten Sie um sein Leben?

**Antwort:** Ja. Während der letzten Jahre war er der meistgesuchte Mann durch die Polizei, die ihm unzählige Anschuldigungen machte. Sie wissen doch, daß 5 Personen erschossen wurden und daß die Proteste der Welt sie nicht hatte retten können. Ich muß gestehen, daß ich nicht viel Hoffnung habe.

**Frage:** Welche seiner Qualitäten würden Sie hervorheben?

**Antwort:** Wie ich schon vorher sagte, hat mein Sohn eine große Persönlichkeit und Arbeitsfähigkeit. Das sind auffallende Qualitäten bei ihm, aber ich könnte genauso seine offene und tiefe Sensibilität angesichts des Unrechts und jedwedes Typs von Unterdrückung hervorheben. Er ist auch sehr intelligent.

**Frage:** Haben Sie Nachrichten von ihm erhalten nach seiner Verhaftung?

**Antwort:** Er wurde am 18. September verhaftet. Mehr als einen Monat und noch immer ist er in Isolierhaft. Auch sein Anwalt kann nicht zu ihm. Wir wissen nicht, bis wann diese Situation dauern wird. Es wurde uns erzählt, daß er sich jetzt erholt von der schlechten Behandlung in der Generaldirektion der Sicherheitspolizei von Madrid.

**Frage:** Was haben Sie gemacht, als Sie von seiner Verhaftung erfahren hatten?

**Antwort:** Ich fuhr sofort nach Madrid, um zu versuchen ihn zu sehen. Wir haben alles nur Mögliche gemacht, aber wir erreichten nichts. Wir haben mit mehreren Persönlichkeiten gesprochen, die uns nichts geben konnten außer Verständnis. Wir haben keine Pässe, aber andere Familienmitglieder fuhren in unserem Namen nach Rom, um den Papst zu sprechen. Ich bin Katholikin, und es hat mich sehr geschmerzt, daß Paul VI. sich geweigert hatte, sie

---

Bertolt Brecht: **Lob der Dialektik**

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!

---


**Michael Bakunin Gesammelte Werke - Band 1—3**

**INHALT**

**Band 1**

Einleitung von Hans Jörg Viesel
Vorwort
Das knutogermanische Kaiserreich und die soziale Revolution
Geschichte des deutschen Liberalismus
Historische Sophismen der doktrinären Schule der deutschen Kommunisten
Gott und der Staat

**Anhang:**

Philosophische Betrachtungen über das Gottesphantom, über die wirkliche Welt und über den Menschen.
1. Das Weltsystem.
2. Der Mensch, Intelligenz, Wille.
3. Tierische und menschliche Natur.
4. Die Religion.
5. Philosophie, Wissenschaft.

**Band 2**

Vorwort
An die Genossen der Internationalen Arbeiter-Assoziation von Locle und La-Chaux-de-Fonds
Der physiologische oder natürliche Patriotismus
Bakunins Beiträge zur Genfer Egalité, 1869
Protest der Alliance
Ein Brief Bakunins an die Alliance-Sektion in Genf
Bericht über die Alliance

**Anhang:**

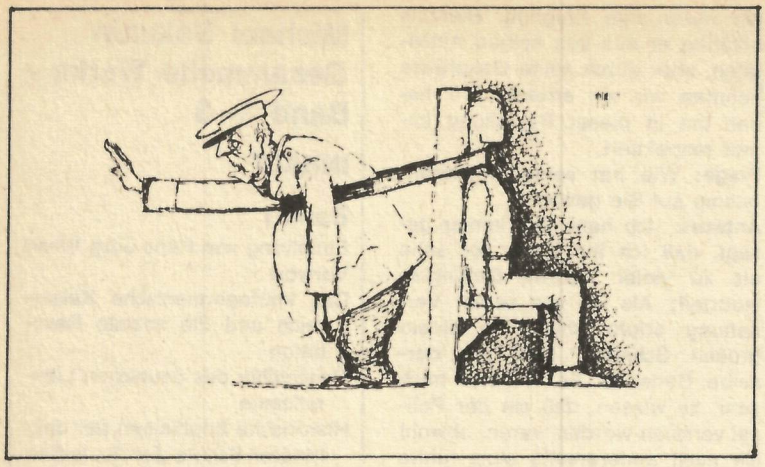
Briefe Bakunins in Angelegenheiten der Alliance-Sektion
Drei Vorträge vor den Arbeitern des Tales von St.-Imier im Schweizer Jura, Mai 1871
Die Kommune von Paris und der Staatsbegriff

**Band 3**

Vorwort
Prinzipien und Organisation der internationalen revolutionären Gesellschaft (1866)
Der Sozialismus (1867)
Brief an La Démocratie (April 1868)
Einige Dokumente der Fraternité internationale und der Alliance secrète vom Herbst 1868
Internationale Brüderschaft
Programm und Ziel der revolutionären Organisation der internationalen Brüder
Geheimes Programm der internationalen sozialistischen Alliance
Aus Briefen Bakunins

**Alle drei Bände werden nur zusammen abgegeben.**
**3 Bände = 42,80 DM**

**KARIN KRAMER VERLAG**
**1 Berlin 44, Postfach 106**



zu empfangen, als wir es brauchten, daß er uns empfange und anhöre.

**Frage:** Welche Auswirkungen hatten die Aktivitäten von Inaki auf die Familie gehabt?

**Antwort:** Schauen Sie. Die Auswirkungen waren doppelte. Einerseits war die Achtung, und die Bewunderung des Volkes und andererseits wurden wir Opfer eines Bombenanschlags im Laden eines Familienmitgliedes. Alles verbrannte, und es gab große Verluste. Unser Telefon wird kontrolliert, und es wurden uns die Pässe abgenommen.

Wir wurden verschiedentlich bedroht, und als wir um Schutz gebeten haben, hat man sich über uns lustig gemacht. Wir wurden schlecht behandelt und geschlagen bei einigen Straßenkontrollen und einiges andere mehr.

**Frage:** Glauben Sie, daß man ihn töten wird?

**Antwort:** Wenn man davon ausgeht, was in diesen letzten Jahren geschehen ist im Baskenland, ist es realistisch, an das Schlimmste zu denken. Das Regime haßt unseren Sohn, weil es weiß, daß er ein bedeutender Feind ist. Sie werden alles nur Mögliche machen, um ihn zu töten, obwohl es scheint, daß sie im Augenblick unschlüssig sind.

**Frage:** Haben Sie viele Solidaritätsbeweise bekommen?

**Antwort:** Unglaublich. Tausende von Details zeigen uns, daß nicht nur das Stadtviertel, in dem er geboren und aufgewachsen ist, seine Verhaftung tief mitempfindet. Inaki war sehr bekannt. Aus allen Teilen von Euskal-Herria erreichen uns Beweise dafür.

Wir konnten uns nicht vorstellen, daß unser Sohn von allen so geliebt und bewundert würde. Wir fühlen uns nicht nur geachtet, sondern geliebt vom Volk. Mitten in unserem Schmerz fühlen wir uns jeden Tag stolzer seinetwegen.

**Frage:** Ihr Sohn hat alles für Euskadi gegeben. Worum würden Sie das baskische Volk bitten?

**Antwort:** Wir denken, daß unser Sohn ein Vorbild für die baskische Jugend ist. Einige werden mit ihm nicht einverstanden sein oder werden es nicht wagen, seinem Weg zu folgen, aber worin wir ihn nachahmen können, ist sein Großmut und seine totale Hingabe an den Dienst am Volk. Heute Baske zu sein bedeutet viele Dinge. Man muß Euskal-Herria ohne Einschränkungen lieben, mit allem was das voraussetzt.

**Frage:** Denken Sie, daß das Volk ihn retten kann?

**Antwort:** Ich weiß es nicht genau. Ich denke jedoch, daß Euskal-Herria, unterstützt von der übrigen Welt, das erreichen kann. Ich hoffe, daß unter dem internationalen Druck die spanische Regierung nicht isoliert bleiben will, und so wird man andere Hinrichtungen vermeiden. Wenn sie nur eines Tages müde werden und uns in Frieden lassen.

**Frage:** Was würden Sie von der internationalen Meinung und von den politischen Persönlichkeiten fordern?

**Antwort:** Daß das baskische Volk nicht vergessen wird. Die Militanten von ETA sind keine Terroristen, sondern Patrioten, die für die Freiheit von Euskadi kämpfen. Wenn das verstanden wird, wird man uns unterstützen und man wird sich klar werden, daß die spanischen Gesetze nicht gemacht sind, um die Terroristen zu strafen, sondern für alle, die für die Freiheit kämpfen.

Mein Sohn wird durch das Volk gestützt, denn hier sympathisieren wir alle mit ETA, ein Beweis dafür ist, daß an den drei Tagen, die der Hinrichtung von Txiki und Otaegui folgten, niemand zur Arbeit gegangen ist.

Ich würde zum Abschluß fordern, daß niemand diejenigen vergißt, denen die Todesstrafe droht und daß die politischen Persönlichkeiten im Moment der Urteilssprechung intervenieren. Das ist alles.

# Frauen im Kampf

**Die folgenden Auszüge aus einer Diskussion sind einer Broschüre entnommen, die von etwa 20 LIP-Frauen geschrieben wurde: „Wir Frauen von LIP – Frauen im Kampf" (hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft ARBEIT und LEBEN, Dietzenbach; Vertrieb durch SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, 60 Seiten, DM 3,–). Die Broschüre erhebt nicht den Anspruch einer konsistenten theoretischen Analyse, sondern will durch sehr verschiedenartige Erfahrungsberichte und deren Diskussion von betroffenen Frauen bestimmte Fragen aufwerfen: „Weshalb sind die besonderen Probleme der Frauen bei LIP und anderswo – mangelnde Qualifikation, mangelnde Ausbildung, geringe Aufstiegsmöglichkeiten, die Schwierigkeit, Familienleben, Haushaltspflichten und politisches Leben usw. in Einklang zu bringen – weshalb sind diese Probleme bei dem phantastischen Ideenaustausch, den unser Konflikt hervorgebracht hat, nicht zur Sprache gekommen? Bestand denn die Gefahr einer Spaltung der Arbeiterschaft, wenn man auf die zusätzlichen Schwierigkeiten eingegangen wäre, die die Frauen haben?"**

PASCALE (eine Kollegin aus Paris auf der Durchreise): Reine, du sagst: „Charles [Piaget] war prima, weil er alles geopfert hat, sogar seine Familie". Du und dein Mann, ihr habt beide am Kampf teilgenommen. Dein Mann war bei vielen Aktionen dabei, die du nicht mitmachen konntest, weil du von der Arbeit im Haushalt in Anspruch genommen warst. Warum sagst du davon nichts in deinem Text? Und außerdem: hättest du wie Charles deine Familie für den Konflikt opfern können?

FRANCOISE: Wenn sie Kinder hat, kann sie es nicht.

ALICE: Aber die Männer haben genauso viele Schwierigkeiten wie die Frauen, auf Versammlungen zu fahren.

FATIMA: Ja, aber sie hatten weniger Sorgen mit dem Haushalt. Die Frauen dagegen hatten oft beides zugleich.

ALICE: Nehmen wir den Fall von O. Seine Frau war mit dem Konflikt überhaupt nicht einverstanden. Schon bald hat sie ihn den ganzen Tag lang Faulenzer geschimpft.

GEORGETTE: Warum hat seine Frau sich so verhalten? Vielleicht hat er sie gar nicht für den Kampf interessiert? Sie blieb zuhause. „Kümmere dich um deine Töpfe usw . . ."

ALICE: Vielleicht. Aber er ist ein Mann, der es immer gewohnt war, zu arbeiten. Zu präzisen Zeiten fortzugehen und heimzukommen, seinen Lohn abzuliefern. Vielleicht konnte er gar nichts erklären. Und als dann der Konflikt ausbrach da wurde seine Frau von den Nachbarn in der Stadt aufgehetzt. Und dann war sie ein Hindernis.

FRANCOISE: Ich jedenfalls, wenn ich auf die Zustimmung meines Mannes gewartet hätte, dann hätte ich nie was getan.

JOSETTE: Ich verstehe nicht, daß manche Leute – Männer oder Frauen – sich von ihrem Partner haben beeinflussen lassen. Wir kämpfen doch um unseren Arbeitsplatz.

FRANCOISE: Wenn ich meinen Lohn heimbrachte, war mein Mann immer ganz zufrieden. Als es darum ging, unseren Arbeitsplatz zu verteidigen, da habe ich nicht lange gefragt: willst du oder willst du nicht? Ich habe getan, was ich für nötig hielt.

FATIMA: Ja, aber du kannst ihn nicht von heute auf morgen – wenn es einen Konflikt bei deiner Arbeit gibt – einfach vor die Wahl stellen: entweder du gibst mir recht oder ich lasse mich scheiden!

JOSETTE: Ja, aber für manche war das nur ein Vorwand. Sie hat


**INTERNATIONALE Marxistische DISKUSSION**

**B. Leineweber/K.-L. Schibel**
**Die Revolution ist vorbei – wir haben gesiegt**
**Die community-Bewegung. Zur Organisationsfrage der Neuen Linken in den USA und der BRD** DM 9,–

**Paul Buhle**
**Marxismus in den USA** DM 5,–

**Giovanni Jervis u.a.**
**Psychotherapie als Klassenkampf** DM 4,–

**Turiner Kollektiv**
**Stadtteilarbeit. Berichte und Analysen** DM 7,–

**Salvati/Beccalli/Ciafaloni/Donolo**
**Arbeitsteilung Kapitalismus – Sozialismus – Utopie** ca. DM 7,–

**A. Hegedüs/M. Vajda**
**Die Neue Linke in Ungarn Band 2** DM 7,–

**Annie C./Pascale Werner**
**Gegen die linken Phallokraten – Frauen bei Lip** DM 3,50

**Jacques Ranciere**
**Wider den akademischen Marxismus** DM 8,–

**Carla Lonzi**
**Die Lust Frau zu sein** DM 6,–

**Jean-Marc Levy-Leblond**
**Das Elend der Physik**
**Über die Produktionsweise der Naturwissenschaften**
**Hrsg. von ÖTV-Mitgliedern am Hahn-Meitner-Institut (Westberlin)** DM 8,–

**Edgar Weick (Hrsg.)**
**Arbeit und Lernen**
**Beiträge zum italienischen Modell des Bildungsurlaubs** DM 11,–

**Merve Verlag Berlin**

ten keine Lust, Versammlungen mitzumachen.
MONIQUE: Das beweist, daß das Leute sind, die im normalen Leben nicht genug miteinander reden. Die sich nicht wirklich einig geworden sind, wie man gemeinsam leben will.
ANNIE: Gerade heute Mittag hat Charles gesagt, er sei ganz damit einverstanden, daß ich kämpfe. Meine Tochter Francoise ist ihm ins Wort gefallen: „O nein, das stimmt nicht, du kannst gar nicht einverstanden sein! Schön, eine Versammlung pro Woche, das geht. Aber seit 21 Jahren macht dir deine Frau ein bequemes Leben — nie wärst du einverstanden, wenn sie wirklich kämpfen würde."
GEORGETTE: Und wie reagiert er, wenn seine Tochter sowas zu ihm sagt?
ANNIE: Er sagt, daß man sich sehr gut ändern kann.
PAULETTE: Vielleicht. Immerhin diskutiert er darüber!
MARIE-CHRISTINE: Er diskutiert mit jedem, weil das sein persönliches Leben nicht verändert. Aber mit seiner Frau . . .
ANNIE: Neulich abends mußte er auf eine Versammlung. Ich nutze die Gelegenheit, um auszugehen. Doch da seine Versammlung verschoben worden war, kam er vor mir nach Hause. Wißt ihr, wie er mich empfangen hat, als ich zurückkam? „Also, wenn ich schon mal früh nach Hause komme, dann bist du nicht da!"
JOSETTE: Um darauf zurückzukommen, was wir vorhin sagten: sobald Kinder da sind, muß sich jemand um sie kümmern.
GEORGETTE: Ja, aber warum immer Annie?
JOSETTE: Vielleicht hat Charles Talent zum Kämpfer?
MONIQUE: Und wer weiß, ob nicht auch Annie Talent dafür hat? Sie konnte das nie unter Beweis stellen. Sie hat nicht nur Talent, Suppe zu kochen!
ANNIE: Francoise sagt ganz richtig zu mir: „Wenn du ein bißchen mehr ausgehen würdest, mehr diskutieren würdest." Ich werde bestimmt keine Fortschritte machen, wenn ich nur die Wäsche bügle und mit den Kindern rede. Mit Charles kann ich praktisch kaum diskutieren. Er will seine Ruhe haben. Er vertieft sich in seine Papiere. Oder er erholt sich eben.
REINE J.: Fernande Vittot reagiert genauso. Sie war froh, daß jemand zu ihr kam, um sie auf dem laufenden zu halten . . .
PASCALE: Dabei waren es eigentlich immer führende Leute, die so großen Wert auf die Popularisierungskampagnen gelegt haben . . . In Wahrheit legten sie zuhause, in ihrem Privatleben, eine konservative Haltung an den Tag: sie kamen von der Arbeit, erklärten nicht, worum es ging, forderten aber andererseits, wie Reine sagt, „große Opfer von ihrer Familie", um den Kampf zu führen. Und das anerzogene Verhalten sitzt so tief, daß bei Lip, obwohl auf vielen Gebieten sehr fortschrittliche Sachen gemacht wurden, beim Problem der Familie kein Versuch unternommen wurde, einige Aufgaben zu lösen: zum Beispiel die Kontakte mit den Frauen von kämpfenden Kollegen.

Bild: Rose

MADELEINE: Das ist ein allgemeines Problem — nicht nur für die Lip-Leute. Fast überall trennt man noch das gesellschaftliche Leben, die kollektive Aktion, vom Privatleben. Im Betrieb vertritt man revolutionäre Ideen, aber zuhause verhält man sich konservativ. Klar, individuell geben sich manche Mühe. Aber wir müssen gemeinsam nachdenken und zu einer kollektiven Lösung kommen. Wir können zeigen, daß die Schwierigkeiten, auch wenn viele sie individuell empfinden, kein individuelles Problem mehr sind, sondern ein allgemeines Problem. Man könnte auch sagen: ein politisches Problem.
REINE H.: Wir haben vielleicht deshalb das Problem des Kindergartens nicht wirklich gestellt, weil wir unbewußt der Familie entfliehen wollten. Weil wir uns in einem Rahmen bewegen wollten, wo weder Mann noch Kinder Zutritt haben. Auf diese Weise konnten wir uns befreit fühlen.

Nr. 49 — Nov. '75: Redaktionskollektiv, „Weder Klagen noch Tränen". Zum Basken-Prozeß / Diskussion: Die ‚andere' Arbeiterbewegung aus Nr. 46 u. 47: Redaktionskollektiv, Wie eine Diskussion (sich) verläuft oder die Theorie in der Zwangsjacke — Bernd Laufs, Andreas Müller, „Und sie verstanden das Wort nicht, das er mit ihnen redete" — Helmut G. Haasis, Thesen zur Problematik des Massenarbeiters beim FIAT-Hauptwerk Torino-Mirafiori / Redaktionskollektiv, Geschichtslose Linke. Zur Organisationsdebatte im Sozialistischen Büro / Juliane Dittrich-Jacobi, Karola Elwert-Kretschmer, Alle Jahre wieder: Verbindlichkeit / Politikon-Interview mit Peter Brückner zum Prozeßausgang / Kritik zu ‚Grenzen der Frauenbewegung' aus Politikon Nr. 45.

Vertrieb: SPARTAKUS-Buchversand, 2 Hamburg 13, Postfach 132251 oder PROLIT-Buchvertrieb, 63 Gießen, Postfach 2969 — Einzelpreis DM 2,—


MADELEINE: Ja, das stimmt. Ich habe auch mal so ein Gefühl der Befreiung erlebt . . . als ich einige Tage einen Lehrgang machte. Aber wenn man schließlich wieder zurückkommt, sind die Schwierigkeiten immer noch da. Man hat gar nichts gelöst.
FATIMA: Es muß ganz deutlich sein, daß wir Charles oder Roland nicht anschwärzen wollen. Mit ihrer Aktion während des Konflikts haben sie der gesamten Arbeiterklasse geholfen, einen Schritt vorwärts zu tun. Das dürfen wir nicht vergessen. Aber jetzt ist es an uns, eine andere Tür zu öffnen. Die es den Frauen der Kollegen — und den Ehefrauen ganz allgemein — ermöglicht, sich dem Kampf anzuschließen, und ihnen die Einsamkeit erspart, die nur denen nützt, die uns ausbeuten.
ANNIE: Ja, mit der Einsamkeit habe ich auch meine Erfahrung gemacht, besonders im August 1973. Da war ich wirklich in der Klemme. Die älteren Kinder waren im Ferienlager oder sonstwo. Und ich war allein mit Christelle, die damals 18 Monate alt war. Sonntags ging ich mit der Kleinen nach Jean-Zay (Schule, in der die Lip-Kommissionen nach dem CRS-Überfall auf die Fabrik weiterarbeiteten). Aber Charles war immer gleich von irgendwas in Anspruch genommen. Ich diskutierte mit denen, die ich kannte — und schließlich ging ich wieder. Ich hätte gern mitgemacht, wäre gern in wichtigen Augenblicken dabeigewesen, um bei den Lip-Leuten zu sein und um alles zu begreifen. Aber auch wenn Francoise da war, hielt ich es für besser, daß sie hinging. Sie ist jung und es macht ihr Spaß. Manchmal hat mir das sehr leid getan. Und manchmal sagte ich mir, daß es besser ist, wenn die jungen Leute es machen. Meine Rolle war, daß ich in der Familie bleibe.
MONIQUE: Deine Rolle?!
MADELEINE: Aber besteht nicht manchmal eine gewisse Komplizenschaft der Frau mit der Rolle, die man ihr zuschreibt? Gibt sie sich wirklich die nötige Mühe und sagt: ich will auch mitmachen. Suchen wir eine Lösung!
REINE J.: Zwanzig Jahre sind wir abgerichtet worden, Mutter einer Familie zu sein. Wir leben die Rolle, die man uns gibt: wir sollen zuhause bleiben, also bleiben wir zuhause.
FATIMA: Haben wir denn wirklich keine andere Wahl?
PASCALE: Die Frau eines kämpfenden Kollegen hat ungeheure Schwierigkeiten, sich dem Kampf anzuschließen: sie ist keine streikende Arbeiterin. Sie hat familiäre Lasten. Und diese Lasten werden noch größer, wenn der Mann von dem Konflikt ganz in Anspruch genommen wird. Wenn sie zudem noch Kinder hat, ist sie total isoliert.
ALICE: Kampf ist sowas wie Berufung. Dazu muß man unverheiratet sein.
FATIMA: Wenn nur Unverheiratete kämpfen, wäre nicht viel gewonnen. Wenn ich meinen Mann nicht hätte, hätte ich nicht diesselbe Kraft, das zu tun, was ich tue. Wir müssen es schaffen, unser Privatleben mit dem Kampf in Einklang zu bringen. Daß wir den Ehepartner teilnehmen lassen zum Beispiel oder in den Versammlungen ein Gleichgewicht schaffen. Daß wir jedenfalls das Problem kollektiv stellen. Wenn ich einmal Kinder haben werde, wie soll ich da weiterkämpfen? Das ist schwer, weil die Frau oft mehr ausgebeutet wird als der Mann.
MONIQUE: Ja, aber wir dürfen nicht dramatisieren. Wir sind auf dem Weg zu einer Geburtenkontrolle, und die Frau wird oft nicht mehr als zwei oder drei Kinder haben. Sie steckt also nur zeitweise für ein paar Jahre in der Klemme.
MADELEINE: Und warum soll nur die Frau in der Klemme stecken und nicht der Mann?


NUMMER 1 ERSCHEINT IM DEZEMBER 75

Eine Zeitung der Schwulenbewegung

AUS DEM INHALT

EDITORIAL DES REDAKTIONSKOLLEKTIVS. DANIEL GUERIN: HOMOSEXUELL UND REVOLUTIONÄR. FAUSTRECHT DER FREIHEIT ODER STELLT FASSBINDER DIE KLASSENFRAGE? DANNECKER/REICHE: DER GEWÖHNLICHE HOMOSEXUELLE - KRITIK/INTERVIEWS. SCHWEDISCHE DEMOKRATIE UND NAZIDEUTSCHLAND. GRUPPEN IN DER PROVINZ. BØSSE: MUSIK AUS DÄNEMARK . . .

SCHWUCHTELTHEMEN

SCHWULE IDENTITÄT. TUNTEN. SADO-MASOCHISMUS. PÄDERASTIE. TRANSVESTITEN. LEDER. MÄNNERROLLE. FEMINISMUS. LINKE UND EMANZIPATION. § 175 : SEXUALITÄT IN DER BRD. FILM. THEATER. KARATE. POESIE. AKUPUNKTUR. BERGSTEIGEN. FLORISTIK. SCHWULENBEWEGUNG.

Eine Zeitung der Schwulenbewegung

erscheint unregelmäßig. Bestellungen an: REDAKTIONSKOLLEKTIV, 1 BERLIN 62, POSTFACH 373. Einzelpreis DM 2, ABO (5 Ausgaben) DM 10. Vorauszahlung auf Postscheckkto. Nr 757 02-105, G. Hoffmann, Sonderkonto, Berlin-West.

## Frankfurter Initiativgruppe gegen die Berufsverbote

Den Angriff des Staates auf die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die häufig zu Berufsverboten führen, ist bislang nicht wirkungsvoll begegnet worden. Weder ist es den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gelungen, über Einzelproteste und -abwehrmaßnahmen hinaus wirkungsvoll den Widerstand zusammenzufassen und zu organisieren, noch haben die Betroffenen selbst von ihren rechtlichen und politischen Möglichkeiten angemessen Gebrauch gemacht.

Dies hat auch seinen Grund darin, daß noch keine Klarheit über die Bedeutung des Angriffs und damit natürlich auch noch keine Einheit über adäquate Gegenmaßnahmen herbeigeführt werden konnte. Dies wirkt sich auch im Einzelfall aus: Verängstigung, Entsolidarisierung und Vereinzelung sind die Folge, sie bestimmen weitgehend das Verhalten von Betroffenen und deren Kollegen.

Diesen Tatsachen will das Aktionskomitee entgegentreten, indem es versucht, durch das Angehen folgender Aufgaben Grundlagen für eine breite Aktionseinheit gegen den staatlichen Angriff zu schaffen:

1. Dem Informationsmangel vieler Betroffener entgegenzuwirken.

Es gilt, ein Informationszentrum sowie eine Informationsschaltstelle zu schaffen, die es ermöglicht, zu informieren

a) über die in Hessen (Frankfurt) angelaufene Berufsverbotspraxis in Bezug auf Bereiche, Vorgehen der Staatsbürokratie, Verhalten der Betroffenen;

b) Über die Aktivitäten, die von einzelnen Gruppen, Initiativen und Organisationen bisher unternommen worden sind, um die Berufsverbotspraxis zu verhindern bzw. den Widerstand gegen diese zu organisieren.

2. Der Rechtsunsicherheit vieler zu Anhörungen Geladener zu begegnen.

Eine Koordinierung der Rechtshilfe für die Betroffenen ist angebracht, ebenso eine Kooperation der Juristen, die mit Fällen politischer Disziplinierung befaßt sind, um Erfahrungen zu systematisieren und Prozeßstrategien zu entwickeln.

3. Die Diskussion um eine der Realität gerecht werdende Einschätzung der politischen Funktion, des Stellenwerts und der Ursachen der Berufsverbotspraxis im öffentlichen Dienst zu führen.

Es gilt, eine politische Einschätzung zu erstellen auf der Grundlage

a) einer Information und Auswertung der politischen Einschätzung aktiver Gruppen und Initiativen;

b) einer konkreten Auswertung der an die vorgegebenen Fälle gebundenen Strategie und Taktik.

All dies soll dazu beitragen, vor allem den selbst Betroffenen zu helfen und ihre Vereinzelung zu überwinden, in der Frage der drohenden Berufsverbote öffentlich initiativ zu werden.

**Kontaktadresse: J. Krause, 6 Frankfurt 90, Leipziger Str. 87**

## Elektrotechniker wehren sich

Die Bundesfachschaftenkonferenz Elektrotechnik, der die Studentenschaften in den Studiengängen Elektrotechnik an Hochschulen, Fachhochschulen und vergleichbaren Instituten in der BRD und West-Berlin angehören, hat auf ihrer 4. Bundeskonferenz die Gesetzesvorlagen zur „Änderung des Strafgesetzbuches und des Versammlungsgesetzes" sowie den „Entwurf eines dreizehnten Strafrechtsänderungsgesetzes" scharf angegriffen. Sie hat die Mitglieder des Bundestages und -rates aufgefordert, die Vorlagen abzulehnen, um „damit zu verhindern, daß eine weitere Entdemokratisierung stattfindet". In der zusammenfassenden inhaltlichen Stellungnahme der Elektrotechniker heißt es u. a.:

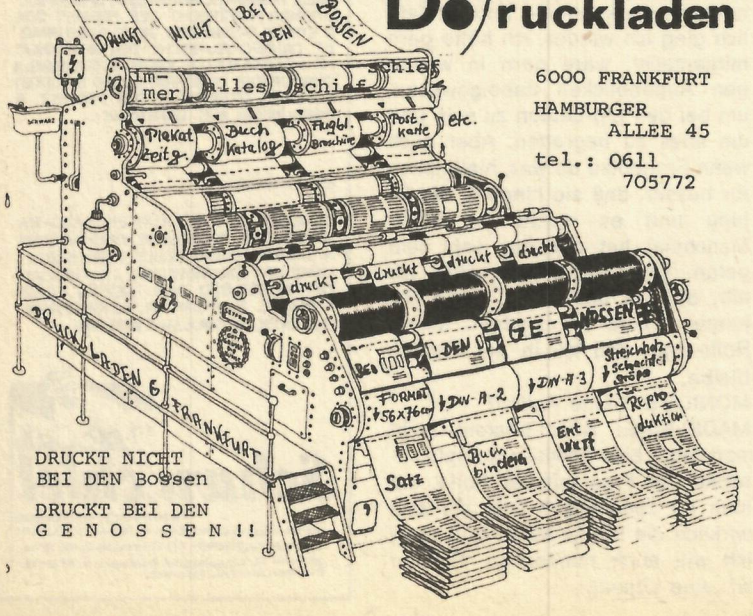
»Die zentrale Zielsetzung aller drei Gesetzentwürfe ist, die „Propagierung der Gewalt" unter Strafe zu stellen. Unter dem Stichwort „Propagierung der Gewalt" wird aber nicht die Verherrlichung imperialistischer Kriege, der Befehl zu Bombardierungen, Giftgaseinsätzen und anderem verstanden, sondern eine „Befürwortung" der Gewalt besonderer Art: „Eine Gewalttätigkeit wird befürwortet, wenn diese als begrüßenswert oder nur als notwendig oder unvermeidbar dargestellt wird". (Drucksache 7/3030, Begründung der Bundesregierung zu ihrem Gesetzentwurf). Ein Journalist, der, in Kenntnis der Schäden, die den Weinbauern der Umgebung Wyhls aus dem dort geplanten Atomkraftwerk entwachsen, schreibt: „Endlich griffen die Bürger zu ihrer letzten Möglichkeit, der Besetzung des Geländes . . ." wird nach den geplanten Gesetzentwürfen mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht. Ebenso soll bestraft werden, wer in einem Flugblatt zur Unterstützung der Bürgerinitiative bei der Besetzung aufruft. . . .

Diese Gesetze bedeuten, wenn sie verabschiedet werden, daß Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung, Interessenvertretung z. B. durch spontane Streiks und Ausschluß von Streikbrechern, sowie Meinungs- und Pressefreiheit beliebig verboten oder erlaubt werden können, da die Straftatbestände sehr weit und unklar gefaßt sind. Diese Gesetze würden einen weiteren Schritt zur Unterdrückung demokratischer Kräfte und damit zur Friedhofsruhe in der BRD bedeuten. . . .

Bei diesen Gesetzen geht es um die Bekämpfung der Bürger, die, wie in Wyhl oder in Rote-Punkt-Aktionen oder in Streiks, ihre Interessen vertreten. Es geht ebenso um die Bekämpfung der Leute, die die Völker der Dritten Welt unterstützen und über ihren Kampf informieren wollen. Insgesamt sollen diejenigen eingeschüchtert und notfalls ins Gefängnis gesperrt werden, die sich für Recht und Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung und Ausbeutung aussprechen oder einsetzen und die diejenigen Organisationen und Personen unterstützen, die kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es um die Entlarvung der herrschenden Zustände und ihre Ursachen geht.

Die Bundesfachschaftenkonferenz sieht es als ihre Pflicht an, umfassend über die Auswirkungen der erwähnten Gesetzesvorhaben zu informieren.«

**Kontaktadresse: Fachschaft Elektrotechnik, 75 Karlsruhe, Kaiserstr. 12**




## Perspektive und Möglichkeiten politischer Gefangenenarbeit

Der Strafvollzug, als ein Bereich staatlicher Gewaltausübung, ist seit der antiautoritären Bewegung immer mehr in das politische Bewußtsein der „linken" Öffentlichkeit gerückt.

Dazu beigetragen haben nicht nur die Informationen aus den Gefängnissen über die brutalen Haftbedingungen, über Isolationsmethoden und die zahlreichen Widerstandsaktionen von Gefangenen, sondern auch die Tatsache, daß in der Auseinandersetzung mit staatlicher Gewalt, – bei Demonstrationen, Streiks, Hausbesetzungen etc. – die Möglichkeit der eigenen Betroffenheit stärker erfahren wurde.

Diese „Betroffenheit" bedingte aber auch wieder zu einem Teil eine wesentliche Beschränkung der politischen Gefangenenarbeit: sie konzentrierte sich immer mehr als eine Art Selbstschutz nur noch auf die eigenen Genossen. Was die Berliner Randgruppentagung 1970 an Ergebnissen einer sozialistischen Randgruppenstrategie hervorbrachte, verlor zunehmend an Relevanz. Die Arbeit reduzierte sich in der Regel auf nur noch eine kleine Gruppe von Gefangenen, die der sogenannten politischen Gefangenen.

Bestimmte Probleme, wie etwa die Frage der Isolationshaft, wurden hauptsächlich, und vor allem in der Öffentlichkeit, nur noch bei diesen Gefangenen herausgestellt. Die ausschließliche Agitation für nur diese Gefangenengruppe durch Rote Hilfen, Komitees gegen Folter u. ä. erschwerte zunehmend eine allgemeine Solidarisierung aller Gefangenen, die – wenn vielleicht auch nicht in dieser extremen Form – doch unter ähnlichen und gleichen Bedingungen inhaftiert sind.

Die politischen Gefangenen mußten dem Normalgefangenen wie ein Fremdkörper erscheinen, die verschärften Justizmaßnahmen in ihrer Besonderheit und ihrem öffentlichen Echo wiederum nur als ein Ausdruck der der „Neuen Linken" immer wieder unterstellten privilegierten Stellung, ihres Nicht-Arbeiter-Seins.

Politische Gefangenenarbeit – soll sie wirksam sein –, d. h. soll sie auf die Dauer einige wesentliche Momente der Gefängnissituation (Isolation, Deprivation etc.) verändern oder die Gefangenschaft selbst beenden, muß die Gesamtsituation in den Gefängnissen und der Gefangenen aufgreifen. Sie kann und darf sich nicht nur auf eine bestimmte Gruppe von Gefangenen beschränken. Im folgenden soll es darum gehen, Möglichkeiten praktischer politischer Arbeitsansätze aufzuzeigen, die alle Gefangenengruppen einbeziehen.

## Isolationshaft am Beispiel Roth

**m Mai 1975 wurde K. H. Roth auf einem Parkplatz in Köln nach einer Schießerei durch Brust- und Bauchschüsse schwer verletzt festgenommen. Laut Haftbefehl werden K. H. Roth vollendeter und versuchter Mord zur Last gelegt. Seitdem K. H. Roth in Haft ist, wird er systematisch isoliert:**

- **Er hat 4 Monate lang keine Zeitungen bekommen. Auch jetzt bekommt er nur ausgewählte Zeitschriften.**
- **Das erste Buch (ein medizinisches Fachbuch) wurde ihm erst nach 4½ Monaten zugestellt. Seit dem 3. 10. 75 soll Roth über ganze Bücher seiner Wahl verfügen.**
- **Der Gebrauch einer Schreibmaschine wurde ihm mit der Begründung untersagt, daß eine Schreibmaschine ‚schlechthin als Waffe gegen Aufsichtsbeamte Verwendung finden könne'.**
- **Der Briefverkehr wird verzögert: ein Brief mit Rückantwort dauert in der Regel 2 Monate.**
- **Seine Briefe werden zensiert: Briefe, in denen er auf seine Haftbedingungen eingeht, werden nicht durchgelassen.**
- **Der Verlobten wurde die Besuchserlaubnis verweigert, womit zusätzliche psychische Belastungen provoziert werden.**

**Flankiert werden diese Maßnahmen durch physische Bedrohungen und psychischen Druck durch Polizei- und Vollzugsbehörden:**

- **So wollte die Bundesanwaltschaft den noch lebensgefährlich Verletzten bereits nach vier Tagen Krankenhausaufenthalt in ein Gefängnislazarett verlegen; ein bei diesem Zustand lebensgefährliches Unternehmen. Nur der Protest von Ärztekollegen verhinderte diesen ‚legalen' Tötungsversuch.**
- **Auch eine gegen die ärztlichen Regeln verstoßende Verzögerung einer Darmverschlußoperation um 15 Stunden durch den verantwortlichen Arzt des Krankenhauses Holweide brachte K. H. Roth in Lebensgefahr.**
- **Die dann schließlich doch noch durchgeführte Operation wurde zu dem Versuch benutzt, Roth noch unter Narkoseeinwirkung zu verhören. Außerdem wurde er während des gesamten Aufenthaltes im Krankenhaus Bergmannsheil (Bochum) Tag und Nacht von Polizeibeamten mit geschulterten Maschinenpistolen am Krankenbett auf der Intensivstation bewacht.**
- **Im Gefängnis wird jeder Kontakt zu anderen Gefangenen verhindert. Die Nebenzellen sind nicht belegt. Der Hofgang findet immer allein statt. Bei der Gesamtfreistunde werden die Fenster seiner Zelle geschlossen. Er ist von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Nachts brennt in der Zelle ununterbrochen das Licht, in unregelmäßigen Abständen finden Kontrollen statt.**

**Das Kollektiv Rote Hilfe München führt eine Unterschriftensammlung verbunden mit einer Aufklärungsaktion durch, um die Aufhebung der Isolationshaft gegen K. H. Roth zu erreichen. Informationsmaterial: Kollektiv Rote Hilfe München, 8 München 40, Nietzschestr. 7b.**

Die bisherige politische Arbeit mit Gefangenen und entlassenen Gefangenen ist gekennzeichnet durch ihr hohes Maß an Unverbindlichkeit und entsprechend geringes Maß an Kontinuität. Nur wenige Gruppen zeichnen sich durch langfristige, organisatorisch verbindliche und praktisch bedeutsame Gefangenenarbeit aus (z. B. Frankfurter Gefangenenrat, einige wenige Rote Hilfen). In der Regel gelang es, die Genossen nur zu einigermaßen spektakulären Anlässen oder im Falle publikumsinteressanter Personen für eine kurze Unterstützung zu gewinnen, aus der sich aber keine längerfristige Mitarbeit entwickelte.

Linke Knasthilfe beschränkte sich zumeist, ebenso wie die betreuerische apolitische Gefangenenarbeit, im wesentlichen auf moralisch-humanitäre und verbal-symbolische Kontakte und Tätigkeiten. Die immer wiederkehrenden Appelle, an die gefangenen Genossen Briefe zu schreiben, sie zu besuchen, Päckchen zu schicken in deprimierender Monotonie seit dem Jahre 1969), signalisiert die Hilflosigkeit gegenüber den Justizmaßnahmen einerseits und dem praktischen Desinteresse der Genossen andererseits. Sowohl in den Hilfsmitteln (Briefe, Aufrufe, Päckchen, Besuche) als auch in der Anspracheform der Genossen, die Solidarität nicht mehr als praktische und auch objektiv vermittelte Notwendigkeit, sondern als moralisches Problem versteht, bleibt man grundsätzlich bürgerlich-moralisch. (So bezweifeln wir auch, daß das dann auftauchende Beschwören vergangener Rechtsstaatlichkeit gegenüber den administrativen und exekutiven Sondermaßnahmen nur „taktisch" ist, nur geschickt „liberal" Gesinnte ansprechen und mobilisieren will. Vielmehr bleibt doch die Kritik generell im Rechtsstaatspostulat stecken, ohne die für linke Theorie und Praxis notwendigen Konsequenzen aus dem Abbau rechtsstaatlich-liberaler Konstruktionen zu ziehen, diesen Abbau als systemwesentlich und nicht als „Entgleisung" zu interpretieren.)

Will politische Gefangenenarbeit nicht nur „linke Caritas" bleiben, die zudem schlechter als die kirchliche funktioniert, so müssen u. E. folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Das Scheitern vieler Gruppen in der praktischen Arbeit mit Gefangenen, mit Entlassenen, Fürsorgezöglingen etc. ist u. a. aus einer ideologischen Verbiesterung abzuleiten, die sich in der starrsinnigen Alternative „Reformismus oder Revolution" zeigt. Diese Alternative basiert auf einem „einfachen Weltbild", das Herrschaft eindeutig und personal identifiziert, das an der klassischen Proletariatsdefinition festhält und zumeist eine teleologisch-naturwüchsige Notwendigkeit revolutionärer Veränderung beinhaltet. Dieser theoretische Interpretationsrahmen, der als Handlungsanleitung dient, schreibt nun die meisten Entwicklungen des Systems, seine Differenzierungen von Herrschaft und den auch gleichzeitig stattfindenden Abbau von klassischen Zwängen, dem Begriff „Reformismus" zu, von dem man sich dann tunlichst distanziert. Was der „Revolution" übrigbleibt, ist dann leider nur noch sehr abstrakte Proklamation des Revolutionären an sich, das Herbeten von Haupt-, Neben- und Grundwidersprüchen. Diese Form der Wirklichkeitsvereinfachung führt aber in der Praxis zum Rückzug aus relevanten Tätigkeitsbereichen: Linke Praxis kann dann entsprechend nur in den „traditionellen", des Reformismus unverdächtigen Bereichen der Fließbandarbeit, der „direkten Aktion" und hauptsächlich in den Bereichen klassischer bürgerlicher Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden. Arbeit in Medien, Organisierung von Dienstleistungsbereichen, Freizeitbereiche, differenzierte Tätigkeiten in Markt und Produktion u. a. mehr werden gemieden. Linke Theorie und Praxis gerät damit in die Nähe religiösen Sektierertums.

Aus diesem Wirklichkeit vereinfachenden Weltbild resultiert weiterhin die Einschätzung der Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern, Gefängnispsychologen und anderen Mitgliedern der betreffenden Institutionen. Als „Agenten des bürgerlichen Staates" oder „der Kapitalisten" bzw. generell als „Schweine" klassifiziert, wird jegliche Zusammenarbeit mit diesen abgelehnt. Das Problem gesellschaftlicher Gewaltausübung wird wiederum auf die charakterliche und moralische Eigenschaft von Individuen reduziert.

Da gerade Sozialarbeiter immer wieder auf ihre politische Isolierung hinweisen, kann man ersehen, daß hier Potentiale für eine erweiterte Gefangenenarbeit ungenutzt bleiben.

- Die betreuerische wie die politische Gefangenenarbeit zeichnet sich jedenfalls hierzulande weiterhin dadurch aus, daß sie sich auf den durch die Justiz bestimmten und definierten Gegenstand und Problemkreis beschränkt. Zentraler Ausgangspunkt ist hier stets die Eigenschaft „Gefangener" zu sein, nicht dessen sonstige Qualifikationen und sozialen Bezüge, von denen die räumliche Isolation nur einen kleinen Ausschnitt noch sichtbar werden läßt. Die Gefangenenarbeit vollzieht so in gewisser Weise die Isolation durch die Justiz nach, Gefangenschaft und Gefängnis werden zum Nabel der Welt wie für die Justiz der partielle Rechtsbruch zur „Substanz" des ertappten Individuums wird.

Dies mag mit seinen Grund darin haben, daß die Neue Linke in der BRD weniger aus den Notwendigkeiten produktiver praktischer Arbeit in gesellschaftlichen Produktionsbereichen als aus intellektuell räsonierendem Zirkelwesen entstanden ist. Die „Gemeinsamkeit" der Genossen war weniger durch materielle Arbeit als durch Gedankengut und Ideologie bestimmt. Konnte dies insbesondere im universitären Bereich, dessen Praxis die Kopfarbeit ja selbst ist, funktionieren, indem man den herkömmlichen Ausbildungsgängen noch sozialistische Ergän-

## Krankheit im Knast am Beispiel Weinrich

**Hannes Weinrich, politischer Gefangener in Karlsruhe, hatte schon Anfang Juni dieses Jahres in einem Schreiben an Richter Kuhn über Blasenschmerzen geklagt. Bereits am 19. 6. 1975 wurden durch einen Urologen Eiterzellen im Prostata-Sekret und verhärtete kleine Blutgerinsel im kleinen Becken festgestellt. Eine ambulante Behandlung in der Untersuchungshaft blieb ohne Erfolg. Bis September verschlechterte sich der Gesundheitszustand von Hannes Weinrich. Die Verteidigung beantragte deshalb am 8. 9. 1975 die Zulassung eines Vertrauensarztes. Der Antrag blieb zunächst mehr als einen Monat liegen. Erst nachdem Hannes Weinrich in der Nacht zum 21. 10. 1975 in seiner Zelle zusammengebrochen war, wurde endlich am 2. 11. 75 Dr. Opitz, ein bekannter Spezialist für Nierenerkrankungen, zugelassen.**

**Dr. Opitz teilte dem Ermittlungsrichter mit, daß eine Verlegung in das Schwerpunktkrankenhaus Willingen-Schwenningen zur erfolgversprechenden Behandlung von Hannes Weinrich erforderlich sei. In der Nacht vom 5. auf den 6. 11. 1975 hatte Hannes Weinrich kolikartige Anfälle, so daß er mehrere Stunden lang immer wieder vor Schmerzen schrie. Nach Auskunft von Dr. Opitz, hat sich sein Gesundheitszustand akut verschlechtert. Dr. Opitz hat am 10. 11. erneut die Verlegung nach Willingen-Schwenningen verlangt.**

**Bei einem Besuch am 10. 11. 75 konnte Hannes Weinrich vor Schmerzen kaum noch reden. Der Ermittlungsrichter Kuhn weigerte sich trotzdem, über den Antrag von Dr. Opitz zu entscheiden und die Verlegung in das vorgeschlagene Krankenhaus zu genehmigen.**

**(Zusammengestellt nach einer Presseerklärung der Rechtsanwälte von Hannes Weinrich. Briefe, in denen die sofortige Haftverschonung für Hannes Weinrich gefordert wird, sind zu richten an Ermittlungsrichter beim BGH, Herrn Kuhn, 75 Karlsruhe, Herrenstr. 45; Durchschläge an Familie Weinrich, 584 Schwerte, Auf der Gunst 12.)**

zungsseminare angliederte, so versagt diese Basis jedoch dann, wenn durch Gefängnis die Möglichkeit des stundenlangen Arbeitskreis-Sitzens nicht mehr gegeben ist.

Für diese Verdoppelung der gesellschaftlichen Isolation Gefangener ist kennzeichnend, daß in der bisher vorherrschenden Arbeit mit Gefangenen kaum horizontale Verknüpfungen zu anderen politischen Arbeitsbereichen und Selbstorganisationsformen gefunden werden. Die durch die Justiz ja nicht einfach ausgelöschten Qualifikationen und Sozialbezüge der Gefangenen bilden selten die Grundlage für den Aufbau von „Arbeitskontakten" zwischen drinnen und draußen. (Vgl. hierzu ausführlicher: Ortner/Wetter: Gefängnis und Familie, Berlin, Karin Kramer Verlag, 1975).

● Demgegenüber wären durch einen neuen Pragmatismus, der ja in keiner Weise theorielos sein muß, sondern ein Ergebnis differenzierter Gesellschaftsinterpretation sein kann, Möglichkeiten für eine erweiterte Gefangenenarbeit gegeben, die den Zirkel von revolutionärer Emphase und ohnmächtiger Depression verläßt; nur als unsystematische Beispiele sollen im folgenden einige Bereiche genannt werden:

**Organisierung von gemeinsamen Besuchstagen im Gefängnis:** Der Kontakt zu den Gefangenen ist schon allein deshalb eingeschränkt, weil die Fahrt zum Gefängnis, das oft in einer anderen Stadt ist, einen ganzen Arbeitstag erfordert oder aber zumindest erhebliche Reisekosten anfallen.

Hier könnte in der Organisierung von gemeinsamen Fahrten eine Möglichkeit liegen, den vereinzelten Angehörigen „praktisch" ihre gemeinsame Situation „erfahrbar" zu machen.

**Juristische Beratung, Behördenkontakt:** Die Macht der Institutionen liegt zum Teil in der Unkenntnis der Leute, die die Leistungen dieser Institutionen beanspruchen müssen. Über die bisherige „strafrechtliche" Beratung hinaus, wäre es sinnvoll, durch Formular-Hilfen, Ermittlungen von Berechtigungen (Sozialhilfen u. a.) Ausschöpfung der Rechtsmittel für Gefangene und ähnliches, den Gefangenen wie auch den Angehörigen hier ein beratendes Büro zur Verfügung zu stellen.

**Arbeit mit Kindern:** Durch eine intensive Zusammenarbeit mit Stadtteilgruppen etc. wäre die Schaffung von Kinderläden anzugehen als Alternative zu den Praktiken der Sozial- und Jugendämter, die Kinder von Strafgefangenen zumeist schnell in Heime einweisen. Im Gegensatz zur mittelständischen Kinderladen-Arbeit kann diese hier allerdings nicht durch hohe Beiträge der Eltern finanziert werden. Hieraus wird es notwendig, Möglichkeiten zu finden, wie z. B. durch angeschlossene Gewerbebetriebe (Reparaturwerkstätten, Fuhrunternehmen, etc.) der Erziehungsbereich mitgedeckt werden kann.

**Arbeitszusammenhang für Strafentlassene:** Es muß nach wie vor das Problem gelöst werden, wie die politisch-praktische Arbeit mit Strafentlassenen, besonders Jugendlichen, gesellschaftlich „sinnvolle" und produktive Arbeit umfassen kann, die auch eine gemeinsame ökonomische Basis bildet. Bisher waren derartige Ansätze meist nur pädagogisch-therapeutisch organisiert (Hobbywerkstätten). Der nächste Schritt wäre der in den Markt- und Verwertungsprozeß. Damit könnten sich auch Möglichkeiten ergeben, die Arbeitskraft der Frauen von Gefangenen in diesen politischen Arbeitszusammenhang einzubeziehen, statt sie in Leichtlohngruppen ausbeuten zu lassen.

Dies könnte umfassen: Organisierung von hauswirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmungen, Einrichtung von Druckereien, die außer Infos auch Lohndruck machen und anderes mehr.

**Öffentlichkeits- und Medienarbeit:** Das, was bisher „Kleinoffsetdruck Öffentlichkeit" war, könnte ausgebaut werden zu einer Medienarbeit, die auch neuere Möglichkeiten der Massenkommunikation aufgreift, so z. B. das Angebot mancher Filmemacher, mit Gefangenen Gruppenfilme zu drehen, der Kontakt zu Verlagen, Theatergruppen etc. Auf diesem Wege besteht die Möglichkeit, nicht nur die „linke" Öffentlichkeit zu erreichen.

Für eine wirksame politische Gefangenenarbeit ist es notwendig, Arbeitsansätze zu entwickeln, die die bisherige Verengung und Fixierung der Arbeit auf das Gefängnis selbst aufhebt, und damit von den beschränkten Möglichkeiten traditioneller Betreuungsarbeit wegkommt. In diesem Sinn sollen die genannten Punkte den Anstoß zu einer weiterführenden Diskussion geben.

**HELMUT ORTNER**
**REINHARD WETTER**

**(Wer einen intensiveren Diskussions- und Arbeitszusammenhang in bezug auf Gefangenenarbeit sucht, schreibe bitte an Informationsdienst Soizalarbeit im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4 Postfach 591.)**

## Gefangenen-Solidarität

**An den Leiter der JVA Butzbach, 6308 Butzbach, Kleeberger Str. 23**
**Erklärung: Ab dem 29. 9. 1975 trete ich in einen dreitägigen Hungerstreik. Mit diesem Hungerstreik möchte ich mich an dem Protest gegen die Ermordung der 5 Spanier durch das Franco-Regime beteiligen. Diese Demonstration hat ihren Wert ausschließlich für mich, soll mir Mahnung und Erinnerung sein, im Widerstand gegen Terror und Unrecht nicht nachzulassen. Ich teile Ihnen dies mit, obwohl nicht die geringste Aussicht besteht, daß Sie etwas vom Solidaritätsgefühl der Schwachen begreifen, oder überhaupt hier die Motivation verstehen können. Dies ist Ihnen schon deshalb unmöglich, weil Butzbach Spanien mit anderen Mitteln ist. Ich will Ihnen und mir lediglich ersparen, daß Sie Ihren Maßnahmenapparat in Bewegung setzen. Dies ist überflüssig, da an eine dreitägige Demonstration gedacht ist, nicht aber ich die Absicht habe, mich umzubringen. Bedauerlicherweise ist der Hungerstreik die einzig legitime Demonstrationsform, die uns hier noch belassen worden ist.**

**MICHAEL HEISE**


## IMPRESSUM

**Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe) ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain) Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,— zuzüglich DM 3,— Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte „links" + „express" Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Solidarität mit Portugal" mit anhängender Zahlkarte; „links"-Extrablatt; Prospekt „Lieferbare Bücher 75/76" des Kübler Verlag; Rechnung für ein Abonnement „links" — sozialistische Zeitung, Jahrgang 1976.**



## Bestellschein

**(bitte gut leserlich schreiben)**

**An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591**

**Ich abonniere ab 1. Januar 1976 „links" sozialistische Zeitung**

**Bezugspreis für das Jahr 1976 DM 23,— (einschl. Versandkosten)**

**Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.**

**Vor- und Zuname:** _____

**Postleitzahl und Wohnort:** _____

**Straße:** _____

**Datum:** _____ _____

**Unterschrift**